



10

2007

Statistische Monatshefte

Aus dem Inhalt:


Internetangebot

Wanderungen

Flächenpotenziale für biogene Rohstoffe



Statistik nutzen



Fotonachweis

Titelfoto: Iris Stadler

Das Internet entwickelt sich immer stärker zum zentralen Instrument der Verbreitung statistischer Informationen. Monatlich verzeichnet das Internetangebot des Statistischen Landesamtes mittlerweile rund 180 000 Seitenabrufe.

Autorenfotos: Manfred Riege, Fotostudio Jörg, Nassau.

10 **2007**

Statistische Monatshefte

60. Jahrgang

Inhalt

kurz + aktuell	685
Internetangebot wird immer stärker genutzt	702
Wanderungen 2006	707
Landwirtschaftliche Flächenpotenziale zur Nutzung biogener Rohstoffe	713
Daten zur Konjunktur	724
Zahlenspiegel Rheinland-Pfalz	749
Neuerscheinungen	759

Herausgeber: Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz
56128 Bad Ems
Telefon: 02603 71-0, Telefax: 02603 71-3150
E-Mail: poststelle@statistik.rlp.de
Internet: www.statistik.rlp.de
Erscheinungsfolge: monatlich

Bestellnummer: Z 2201, ISSN: 0174-2914

© Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz · Bad Ems · 2007

Für nichtgewerbliche Zwecke sind Vervielfältigung und unentgeltliche Verbreitung, auch auszugsweise, mit Quellenangabe gestattet. Die Verbreitung, auch auszugsweise, über elektronische Systeme/Datenträger bedarf der vorherigen Zustimmung. Alle übrigen Rechte bleiben vorbehalten.

Zeichenerklärung

0	Zahl ungleich null, Betrag jedoch kleiner als die Hälfte von 1 in der letzten ausgewiesenen Stelle
-	nichts vorhanden
.	Zahl unbekannt oder geheim
x	Nachweis nicht sinnvoll
...	Zahl fällt später an
/	keine Angabe, da Zahl nicht sicher genug
()	Aussagewert eingeschränkt, da Zahl statistisch unsicher
D	Durchschnitt
p	vorläufig
r	revidiert
s	geschätzt

Für die Abgrenzung von Größenklassen wird im Allgemeinen anstelle einer ausführlichen Beschreibung „50 bis unter 100“ die Darstellungsform „50–100“ verwendet.

Einzelwerte in Tabellen werden im Allgemeinen ohne Rücksicht auf die Endsumme gerundet.

Konjunktur im ersten Halbjahr weiter im Aufschwung

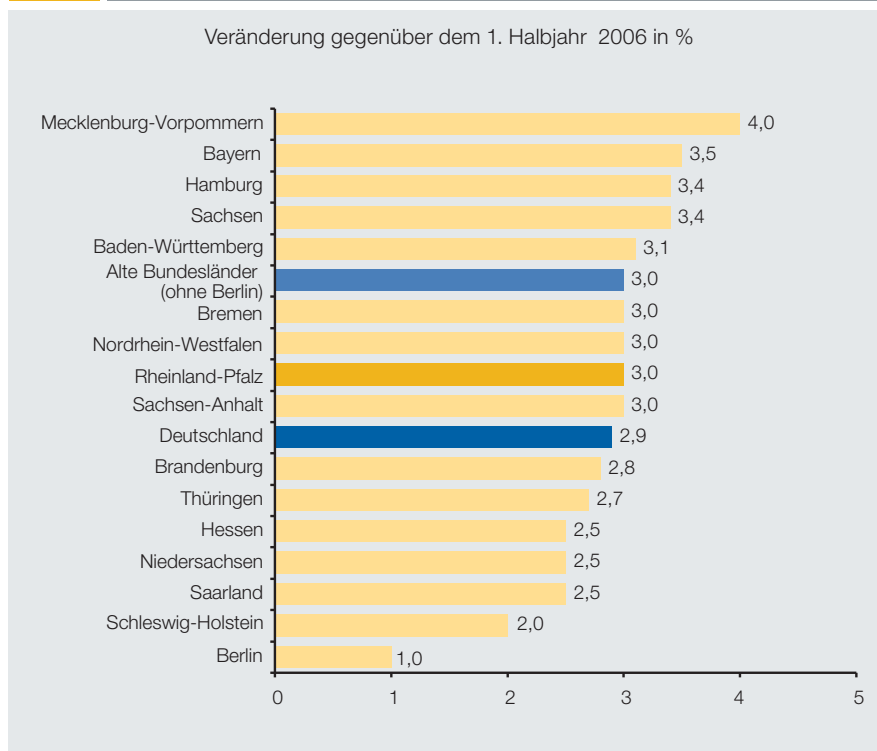
Bruttoinlandsprodukt in Rheinland-Pfalz um 3% gestiegen

Das Bruttoinlandsprodukt ist in Rheinland-Pfalz im ersten Halbjahr 2007 preisbereinigt mit einem Plus von 3% erneut kräftig gestiegen (Jahr 2006: +2,7%). Damit liegt Rheinland-Pfalz gemeinsam mit drei anderen Ländern auf Platz sechs. Im Durchschnitt wuchs die Summe der in Deutschland erbrachten wirtschaftlichen Leistungen preisbereinigt um 2,9%, wobei die Entwicklung in den neuen Bundesländern (ohne Berlin) mit +3,2% etwas besser verlief als in den alten Ländern (ebenfalls ohne Berlin) mit +3%. In jeweiligen Preisen lag die Zuwachsrate in Rheinland-Pfalz bei 4,9% (Deutschland: 4,6%).

Verarbeitendes Gewerbe bleibt Wachstumsmotor

Entscheidend zum gesamtwirtschaftlichen Wachstum beigetragen hat wieder die rheinland-pfälzische Industrie. Die Bruttowertschöpfung im verarbeitenden Gewerbe erhöhte sich preisbereinigt um 8% und damit stärker als im Bundesdurchschnitt (Deutschland: +6,9%; alte Länder ohne Berlin: +6,4%). Bemerkenswert ist, dass knapp zwei Drittel des gesamten Wirtschaftswachstums aus dem verarbeitenden Gewerbe resultierten, obwohl der Bereich nur gut 26% zur gesamten Wirtschaftsleistung beiträgt.

Preisbereinigtes Bruttoinlandsprodukt im 1. Halbjahr 2007 nach Ländern



Der Umsatz des verarbeitenden Gewerbes stieg im ersten Halbjahr 2007 um 11% (Deutschland: +8%). Die Nachfrage aus dem Ausland nahm um 12,4% zu (Deutschland: +10,7%); mit +9,5% stieg allerdings auch der Inlandsumsatz stark an (Deutschland: +6,1%). Die gute Entwicklung erstreckte sich mehr oder weniger auf alle Wirtschaftszweige des verarbeitenden Gewerbes. Vom Aufschwung besonders profitiert hat jedoch der Maschinenbau, der in Rheinland-Pfalz eine überdurchschnittliche Umsatzsteigerung von 22,2% erzielte (Deutschland: +17%), wobei die Inlandsnachfrage und der Export fast gleich stark expandierten. Die Metallindustrie meldete mit +12,7% ebenfalls eine zweistellige

Zuwachsrate, die dennoch unter dem durchschnittlichen Wert für Deutschland (+15,5%) lag. Auch in den umsatzstärksten rheinland-pfälzischen Bereichen, der chemischen Industrie und dem Fahrzeugbau, waren mit +8,6 bzw. +8,5% (Deutschland +8,6 bzw. +7%) kräftige Zuwächse festzustellen. Im Fahrzeugbau beruhte die Zunahme, anders als im Vorjahr, überwiegend auf der stark gestiegenen Produktion für das Ausland.

Das Baugewerbe scheint sich weiter zu erholen. Einen kräftigen Anstieg der Umsätze gab es in den ersten sechs Monaten im Ausbaugewerbe (Rheinland-Pfalz: +8,8%; Deutschland: +5,1%). Der Gesamtumsatz

im Bauhauptgewerbe erhöhte sich im ersten Halbjahr um 3,2%, bundesweit machte die Branche 5,2% mehr Umsatz. Zurückzuführen ist der Anstieg in Rheinland-Pfalz auf den Tiefbau (+9,8%), während der Umsatz im Hochbau, in erster Linie bedingt durch den Rückgang im Wohnungsbau, leicht sank (–0,7%).

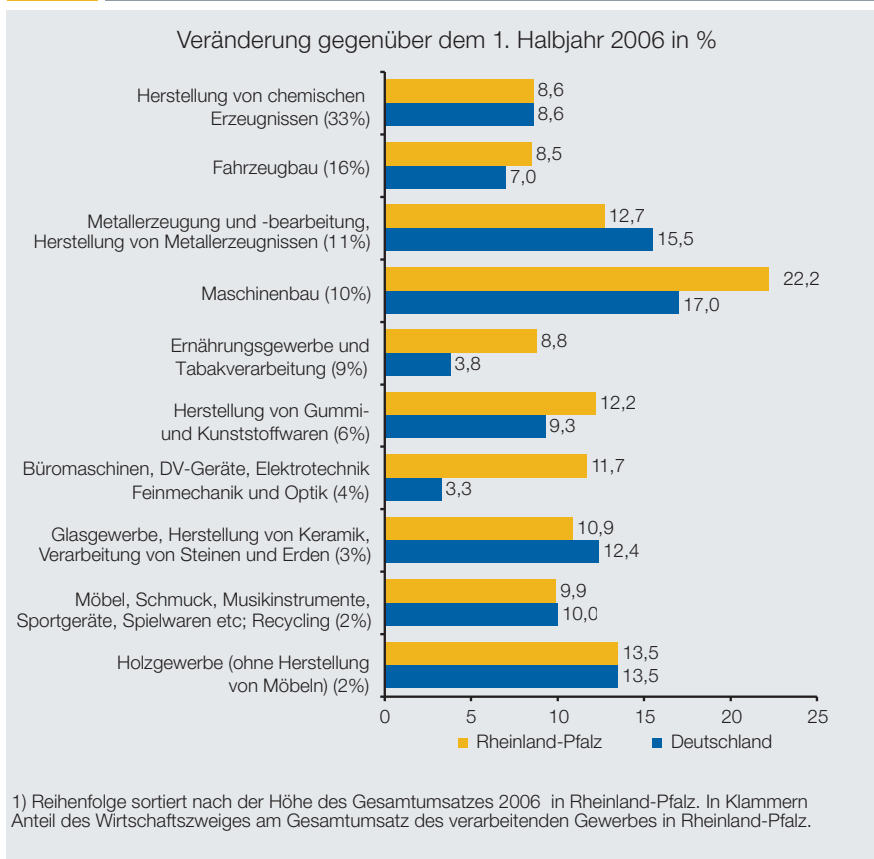
Positive Wachstumsbeiträge auch im Dienstleistungssektor

Zum Wachstum der rheinland-pfälzischen Wirtschaft haben im ersten Halbjahr auch die Dienstleistungsbranchen beigetragen, vor allem die Bereiche „Finanzierung, Vermietung und Unternehmensdienstleister“ sowie „Verkehr und Nachrichtenübermittlung“, während aus dem Bereich „Öffentliche und private Dienstleister“ nur wenige Wachstumsimpulse kamen.

Zum Bereich „Öffentliche und private Dienstleister“ gehören neben der öffentlichen Verwaltung auch Erziehungs- und Unterrichtswesen, Gesundheitswesen, persönliche Dienstleistungen sowie häusliche Dienste; zum Bereich „Finanzierung, Vermietung und Unternehmensdienstleister“ zählen neben dem Kredit- und Versicherungsgewerbe die Dienstleister für Unternehmen, wie z. B. Softwarehäuser, Unternehmensberater, Ingenieurbüros u. Ä.

Die Ergebnisse basieren auf der Halbjahresrechnung des Arbeitskreises „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder“, die sich auf Basisstatistiken des Berichtszeitraumes Januar bis Juni stützt.

Umsätze ausgewählter Wirtschaftszweige¹⁾ in Rheinland-Pfalz und in Deutschland im 1. Halbjahr 2007



Verfügbares Einkommen in Landkreisen höher als in kreisfreien Städten

Durchschnittlich 17 100 Euro pro Einwohner für Konsum und Sparen

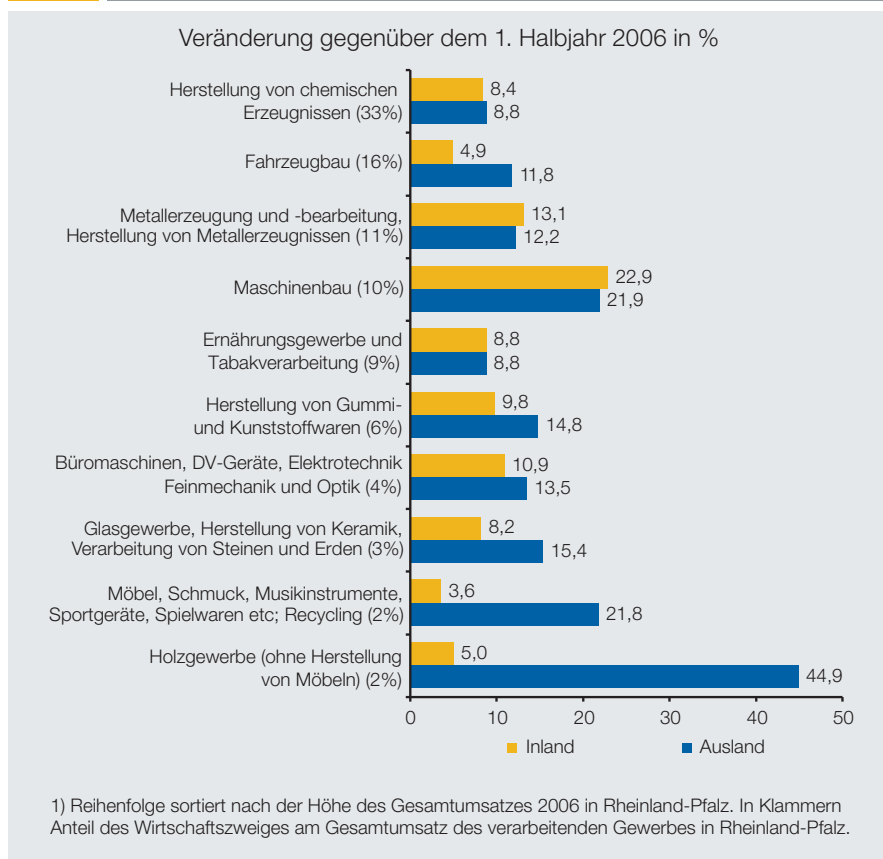
Das durchschnittliche Einkommen, das statistisch betrachtet jedem Rheinland-Pfälzer – gleich welchen Alters – im Jahr 2005 zur Verfügung stand, betrug rund 17 100 Euro. Für Konsumzwecke oder zur Ersparnisbildung konnten damit knapp 240 Euro bzw. 1,4% mehr als im Jahr zuvor verwendet werden. Bei diesen Werten handelt es sich um nominale – also nicht preisbereinigte – Verän-

derungen. Da im Land der Verbraucherpreisindex im gleichen Zeitraum um 2,1% stieg, ist die reale Kaufkraft sogar gesunken.

In Deutschland lag das Pro-Kopf-Einkommen 2005 bei rund 17 700 Euro. Damit hatten die privaten Haushalte in Rheinland-Pfalz etwas weniger Einkommen zur Verfügung als im Bundesdurchschnitt.

Die Bevölkerung in den rheinland-pfälzischen Landkreisen verfügte 2005 im Durchschnitt über rund 570 Euro mehr Einkommen als die Einwohner der kreisfreien Städte. Im Jahr 1992 (seitdem liegen regionalisierte Ergebnisse für die kreisfreien

Inlands- und Auslandsumsätze ausgewählter Wirtschaftszweige¹⁾ im 1. Halbjahr 2007



die Region von der dynamischen Entwicklung des Großherzogtums profitiert. Dagegen nahm das Pro-Kopf-Einkommen in Worms nur um knapp 15% und in Zweibrücken um 18% zu.

Insgesamt betrug 2005 das verfügbare Einkommen der privaten Haushalte in Rheinland-Pfalz gut 69,4 Mrd. Euro – rund 35% mehr als im Jahr 1992. Berücksichtigt man den (für diesen Zeitraum nur für Deutschland ermittelten) Anstieg der Verbraucherpreise um 25,8%, verbleibt über diesen langen Zeitraum nur eine geringe Zunahme des Realeinkommens. Der Anstieg des Pro-Kopf-Wertes fiel mit einem Plus von 28% etwas geringer aus, da in diesem Zeitraum auch die Zahl der Einwohner in Rheinland-Pfalz gewachsen ist (+5,4%).

Das verfügbare Einkommen der privaten Haushalte umfasst sämtliche empfangenen Erwerbs- und Vermögenseinkommen einschließlich der empfangenen Übertragungen (wie Renten, Arbeitslosengeld usw.) und abzüglich der geleisteten Übertragungen (vor allem direkte Steuern und Sozialbeiträge). Es entspricht damit dem Einkommen, das den privaten Haushalten letztendlich zufließt und das sie für Konsum- und Sparzwecke verwenden können.

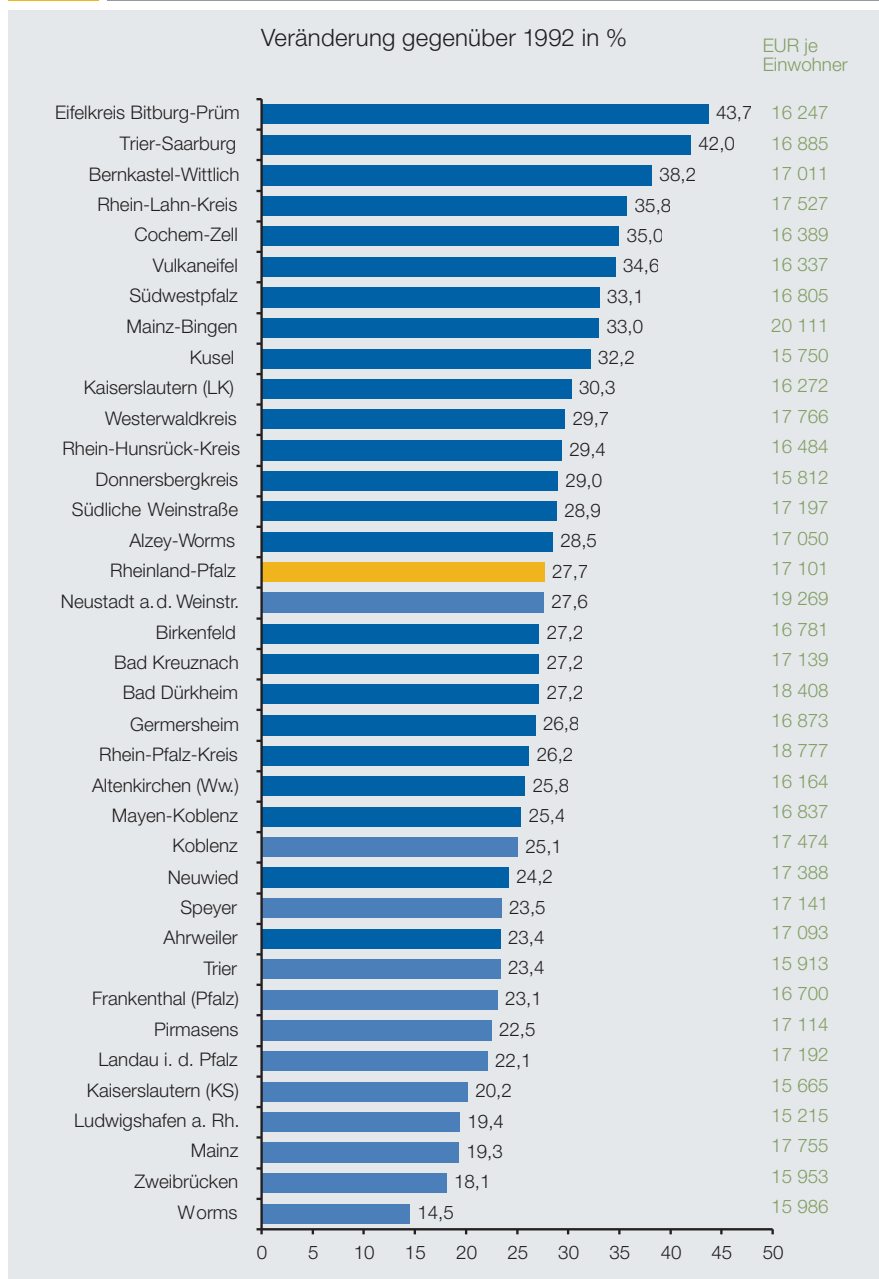
Die Ergebnisse für alle Landkreise und kreisfreien Städte einschließlich Zeitreihen und grafischer Darstellung können auch im Internet unter „Meine Heimat“ (Rubrik Wirtschaft) abgerufen werden.

Städte und Landkreise vor) hatte das durchschnittliche Pro-Kopf-Einkommen in den kreisfreien Städten noch rund 500 Euro über dem in den Landkreisen gelegen.

Zwischen den einzelnen Verwaltungsbezirken zeigen sich erhebliche Unterschiede: Unter den Städten war das höchste Pro-Kopf-Einkommen 2005 mit rund 19 270 Euro in Neustadt an der Weinstraße zu verzeichnen, während in Ludwigshafen durchschnittlich 15 220 Euro zur Verfügung standen. Bei den Landkreisen reichte die Spanne von rund 20 110 Euro im Landkreis Mainz-Bingen bis 15 750 Euro im Landkreis Kusel.

Gegenüber 2004 wie auch auf längere Sicht seit 1992 nahm das Pro-Kopf-Einkommen in den Landkreisen überdurchschnittlich zu. Im Vorjahresvergleich betrug der Zuwachs hier 1,6%, in den kreisfreien Städten dagegen nur 0,8%. Im Gesamtzeitraum seit 1992 war in den Landkreisen mit +30% ein deutlich stärkerer Anstieg zu verzeichnen als in den kreisfreien Städten mit +21%. Im Eifelkreis Bitburg-Prüm und im Landkreis Trier-Saarburg ist das Pro-Kopf-Einkommen in dieser Zeit nominal sogar um knapp 44% bzw. 42% gewachsen. Dazu beigetragen hat die stark gestiegene Zahl der Pendler nach Luxemburg, wodurch

Verfügbares Einkommen der privaten Haushalte je Einwohner 2005 nach Verwaltungsbezirken



Weniger Gewerbeanmeldungen im ersten Halbjahr 2007

Im ersten Halbjahr 2007 lag die Zahl der Gewerbeanmeldungen mit 21 644 um 7,4% niedriger als in den ersten sechs Monaten des Vorjahres.

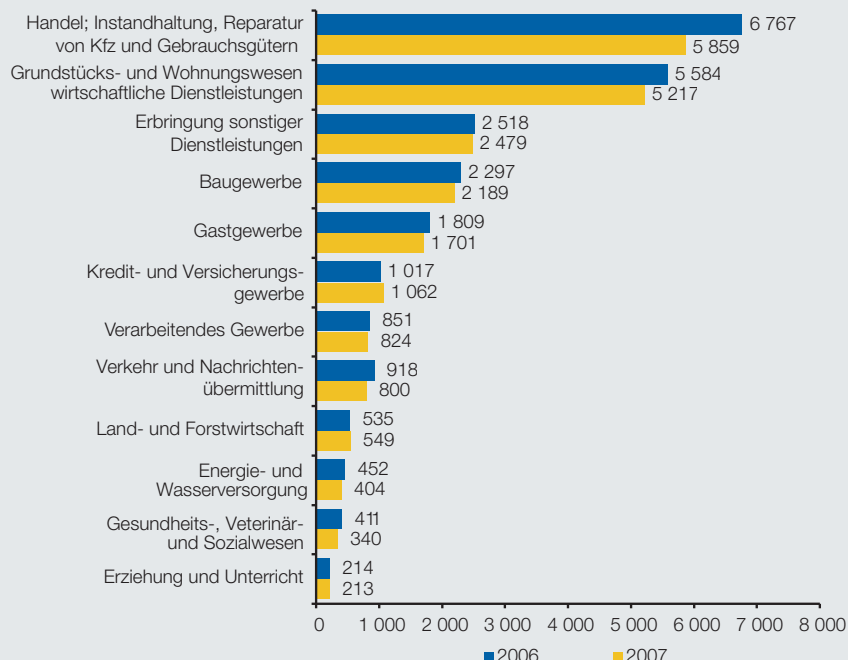
Dagegen bedeuteten die 17 681 Gewerbeabmeldungen eine leichte Steigerung von 0,2%. Bundesweit ging die Zahl der Anmeldungen um 5% zurück, die Zahl der Abmeldungen stieg gegenüber dem ersten Halbjahr 2006 um 1%.

Trotz eines Rückgangs um 13,4% lag der Wirtschaftsabschnitt „Handel; Instandhaltung, Reparatur von Kraftfahrzeugen und Gebrauchsgütern“ mit 5 859 Anmeldungen weiter an erster Stelle. Den zweiten Platz belegte der Abschnitt „Grundstücks- und Wohnungswesen, Vermietung beweglicher Sachen und Erbringung von sonstigen Dienstleistungen“ mit 5 217 Neuanmeldungen; auch hier lag die Zahl niedriger als im ersten Halbjahr 2006. In diesen beiden Wirtschaftsabschnitten wurden von Januar bis Juni 2007 zudem nicht nur die meisten Abmeldungen registriert, sondern dort werden in der Regel auch die meisten Unternehmensinsolvenzen gezählt.

Knapp 84% der Anmeldungen waren Neuerrichtungen, fast 9% betrafen Zuzüge aus anderen Meldebezirken. Übernahmen durch Kauf, Pacht, Erbfolge, Änderung der Rechtsform oder Gesellschaftereintritt lagen bei knapp 8% vor. Die Gewerbeabmeldungen setzten sich zu gut 79% aus Aufgaben, zu über 11% aus Fortzügen und zu gut 9% aus Übergaben zusammen.

Werden die Gewerbeabmeldungen in Bezug zur Einwohnerzahl gesetzt, so stehen bei den kreisfreien Städten Mainz mit 71,2 Meldungen und bei den Landkreisen Ahrweiler mit 59,7 Meldungen je 10 000 Einwohner an erster Stelle. Die wenigsten Anmeldungen je 10 000 Einwohner wurden in der Stadt Pirmasens (49,8) bzw. im Landkreis Trier-Saarburg (40,2) gezählt. Bei den Gewerbeabmeldungen je 10 000 Einwohner lagen die kreisfreie Stadt Pirmasens (55,7) und der Landkreis Bad Dürkheim (53) an

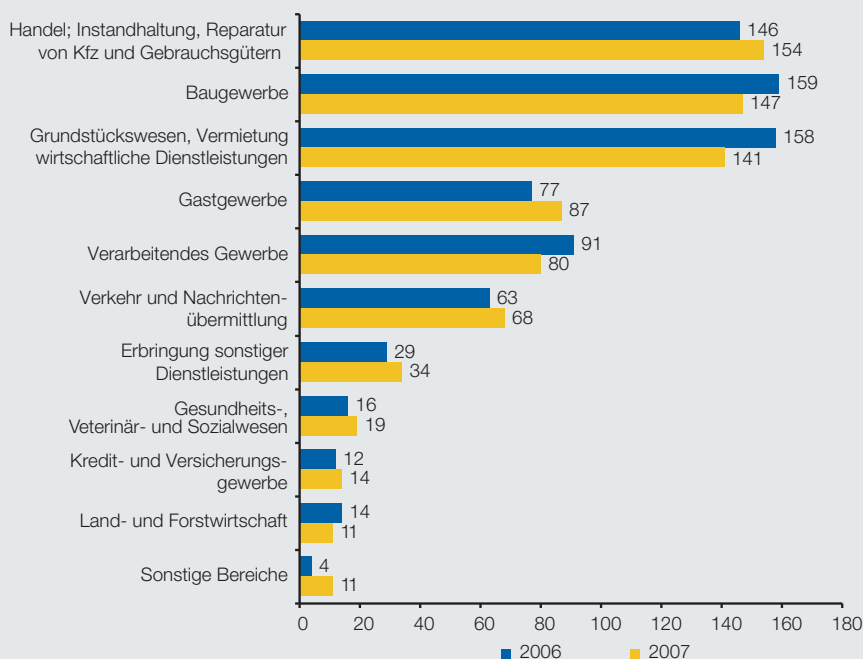
Gewerbeanmeldungen im 1. Halbjahr 2006 und 2007 nach ausgewählten Wirtschaftszweigen



der Spitze. Die geringsten Quoten je 10 000 Einwohner wurden für die Stadt Trier (41) bzw. den Landkreis Trier-Saarburg (30,2) registriert.

Die Gewerbeämter sowie die Starterzentren der Industrie- und Handelskammern liefern monatlich Daten an das Statistische Landesamt. Somit werden die Gewerbetreibenden durch die Statistik selbst nicht zusätzlich belastet. Die Gewerbeanzeigenstatistik liefert wichtige Informationen über Existenzgründungen und Stilllegungen, die in der Wirtschafts-, Wettbewerbs- und Strukturpolitik verwendet werden. Daten über Gewerbeanmeldungen werden auch verstärkt im Hinblick auf deren Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt herangezogen.

Unternehmensinsolvenzen im 1. Halbjahr 2006 und 2007 nach Wirtschaftszweigen



Die Zahlen der Gewerbeanmeldungen dürfen nur mit Vorbehalt mit denen der Gewerbeabmeldungen verglichen werden, da von einer tendenziellen Übererfassung der Anmeldungen und einer Untererfassung der Abmeldungen ausgegangen wird. Zwei wesentliche Gründe bestehen darin, dass nicht jede Gewerbeanmeldung zur dauerhaften Tätigkeit eines neuen Gewerbebetriebs führt und andererseits viele wirtschaftlich nicht mehr aktive Betriebe erst verspätet oder gar nicht abgemeldet werden.

Leichter Rückgang der Unternehmensinsolvenzen

Verbraucherinsolvenzen steigen weiterhin stark an

Die Zahl der Unternehmensinsolvenzen lag in Rheinland-Pfalz im ersten Halbjahr 2007 leicht unter dem Vor-

jahresniveau, während es bei den Verbraucherinsolvenzen erneut einen deutlichen Anstieg gab. Von Januar bis Juni meldeten 766 Unternehmen Insolvenz an, das waren 0,4% weniger als im gleichen Vorjahreszeitraum. Die Zahl der Verbraucherinsolvenzen lag mit 2 276 um 20,6% höher als vor einem Jahr. Bundesweit sank die Zahl der Unternehmensinsolvenzen um 10,8%, die Zahl der Verbraucherinsolvenzen war um 19,8% höher als im ersten Halbjahr 2006.

Mit 154 beantragten Verfahren wurden im Wirtschaftsabschnitt „Handel; Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen und Gebrauchsgütern“ die meisten Unternehmensinsolvenzen registriert. An zweiter Stelle folgte das Baugewerbe mit 147 und auf Platz drei der Bereich „Grundstücks- und Wohnungswesen, Vermietung beweglicher Sachen, Dienstleistungen überwiegend für Unternehmen“ mit 141 beantragten Verfahren.

Werden Unternehmensinsolvenzen auf die Zahl der aktiven Unternehmen bezogen, so steht bei den kreisfreien Städten Trier mit 7,6 Fällen je 1 000 Unternehmen an der ersten Stelle, bei den Landkreisen ist es der Kreis Vulkaneifel mit 9 Fällen je 1 000 Unternehmen. Die jeweils niedrigsten Quoten ergeben sich für die kreisfreie Stadt Zweibrücken (1,8) und den Landkreis Birkenfeld (2,4).

Die meisten Verbraucherinsolvenzen, bezogen auf die Bevölkerungszahl, weist unter den kreisfreien Städten

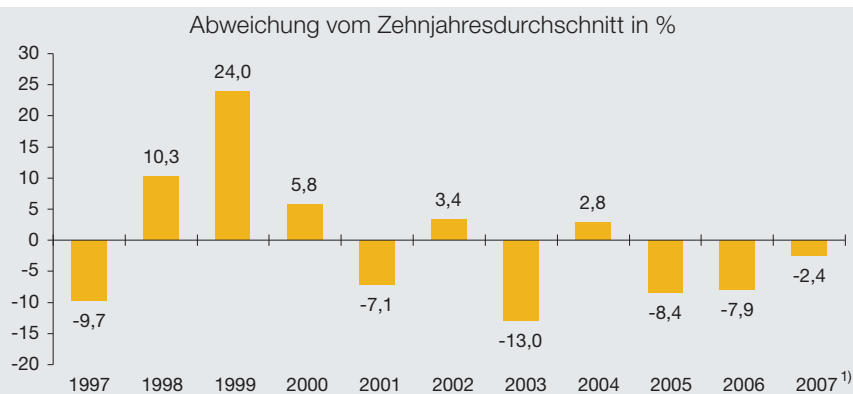
Pirmasens mit 28,5 Fällen je 10 000 Einwohner auf, bei den Landkreisen errechnet sich der höchste Wert für den Kreis Vulkaneifel mit 8 Fällen je 10 000 Einwohner. Die jeweils niedrigsten Quoten wurden für die kreisfreie Stadt Ludwigshafen und den Landkreis Cochem-Zell errechnet. Dort kamen auf 10 000 Einwohner 4,3 bzw. 1,5 Verbraucherinsolvenzen.

Mehr Wein als im Vorjahr erwartet

Zuwachs beim Weißmost, Rotmost auf Vorjahresniveau

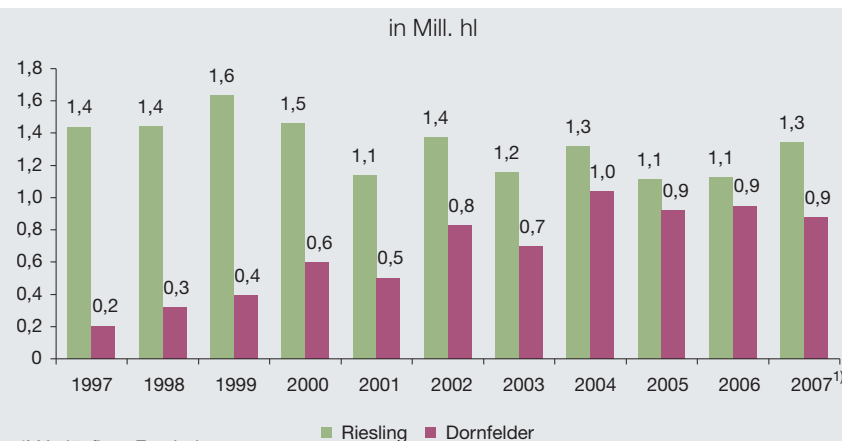
Den ersten Schätzungen von Weinbauexperten zufolge liegt die Erntemenge in Rheinland-Pfalz 2007 bei 6,3 Mill. hl Weinmost und damit um etwa 6% über der des Vorjahres (5,9 Mill. hl). Der Durchschnitt aus

Weinmosternte 1997–2007



1) Vorläufiges Ergebnis.

Erntemengen von Riesling und Dornfelder 1997–2007



1) Vorläufiges Ergebnis.

den vergangenen zehn Erntejahren (6,4 Mill. hl) wird für die Gesamternte aber nicht erreicht. Ausschlaggebend für den Anstieg gegenüber dem Jahr 2006 ist der Weißmost. Die Menge liegt mit erwarteten 4,1 Mill. hl um 8% über dem Vorjahreswert. Rotmost erreicht mit 2,1 Mill. hl das Vorjahresniveau.

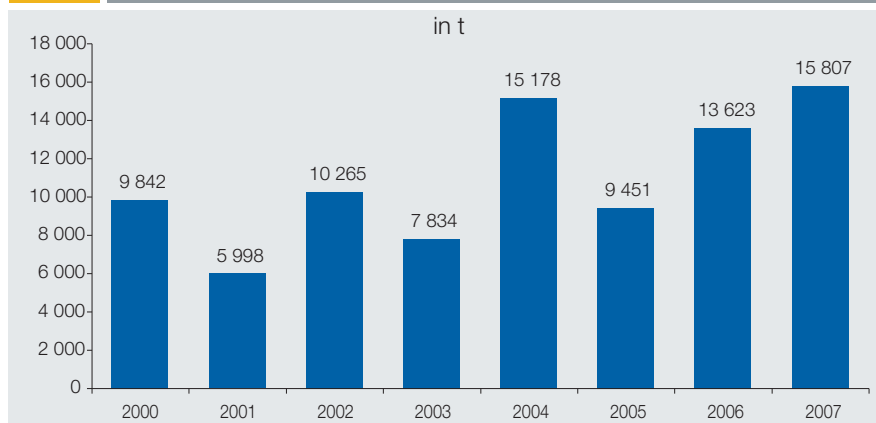
Für die beiden Hauptrebsorten Riesling und Dornfelder sind die Ertrags-erwartungen unterschiedlich. Beim Riesling wird nach zwei Jahren des Rückgangs wieder mit einer größeren Ernte als im Vorjahr gerechnet (1,3 Mill. hl gegenüber 1,1 Mill. hl). Dieser Ertrag würde aber gerade dem langjährigen Durchschnitt entsprechen, sodass ein Überangebot der begehrten Trauben nicht zu befürchten ist. Die Prognosen beim Dornfelder weisen dagegen nach unten und damit weiter in Richtung Marktentlastung. Mit knapp 0,9 Mill. hl werden wohl etwa 100 000 hl weniger auf den Markt gelangen als 2006. Gegenüber dem Boomjahr 2004, als die Erntemenge die Millionen-Hektoliter-Grenze überschritt, wären das rund 16% weniger.

Größte Pflaumenernte erwartet

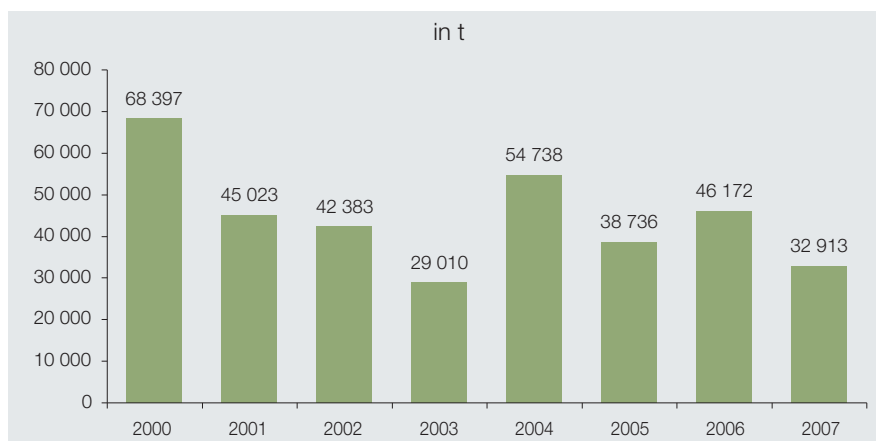
Ein Viertel weniger Äpfel als im Vorjahr

Die diesjährige Ernte von Pflaumen und Zwetschen im Erwerbsobstbau wird sich nach den Ertragsschätzungen der Obstbauexperten auf 15 800 t belaufen und damit das bisherige Rekordergebnis von 2004 um 600 t übertreffen. Gegenüber dem Vorjahr beträgt der Anstieg bei der Erntemen-

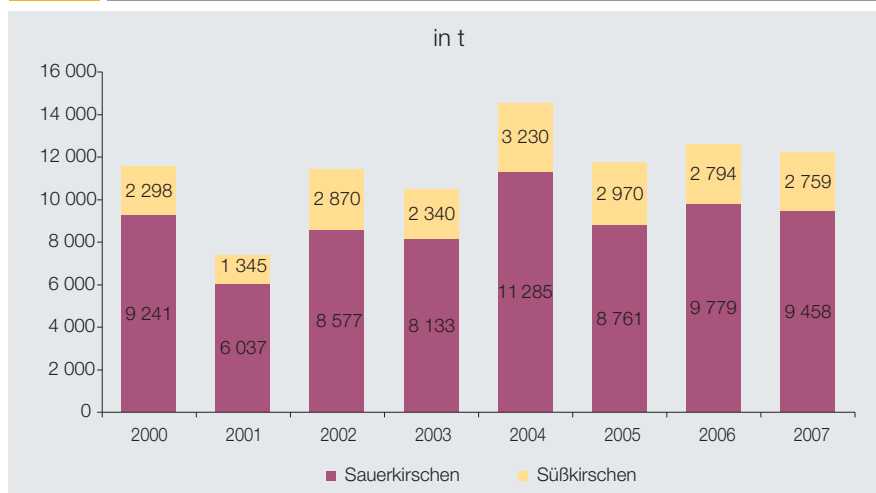
Erntemengen von Pflaumen und Zwetschen 2000–2007



Erntemenge von Äpfeln 2000–2007



Erntemenge von Kirschen 2000–2007



ge mehr als 70%. Gepflückt werden muss das Obst auf einer Fläche von knapp 990 ha.

Auch bei Mirabellen und Renekloden ist von deutlich höheren Erträgen als im Vorjahr auszugehen. Erwartet werden 156 dt je ha, im Jahr 2006 waren es 132 dt. Die Gesamternte wird sich auf 2 700 t belaufen (+29%).

Die Apfelernte wird mit rund 33 000 t um gut ein Viertel kleiner ausfallen als im Jahr 2006. Ursachen hierfür sind der geringere Hektarertrag und die kleinere Anbaufläche. Der Hektarertrag wird mit 216 dt je ha um 16% unter dem Vorjahresertrag liegen.

Neben Äpfeln, Pflaumen und Zwetschen haben auch die Kirschen (1 300 ha) in Rheinland-Pfalz eine größere Bedeutung. Hier hat es erhebliche Veränderungen bei den Anbauflächen gegeben. Aus wirtschaftlichen Gründen wurden Sauerkirschen in den letzten Jahren verstärkt gerodet; sie wachsen nur noch auf 826 ha (-27%). Ertraglich legten sie um 28 auf 115 dt je ha zu, sodass sich eine Gesamterntemenge von 9 500 t ergab. Der Anbau von Süßkirschen wurde dagegen auf 473 ha ausgeweitet (+14%). Mit 2 800 t wurde eine dem Vorjahr entsprechende Menge eingebracht.

Immer mehr Kinder unter drei Jahren besuchen Tageseinrichtungen

Betreuungsquote stieg binnen Jahresfrist von 8,8 auf 11,3%

Die Zahl der unter 3-Jährigen, die in Rheinland-Pfalz eine Kindertages-

einrichtung besuchen, steigt an. Zum Stichtag 15. März 2007 wurden insgesamt 11 150 Jungen und Mädchen betreut, das waren 11,3% aller unter 3-Jährigen. Bei der Erhebung im März 2006 waren es 8 957 Kinder (8,8%) gewesen. Bis 2013 sollen nach den Zielen der Bundesregierung für ein Drittel der Kinder unter drei Jahren Betreuungsplätze zur Verfügung stehen.

Gestiegen ist die Betreuungsquote der unter 3-Jährigen in allen kreisfreien Städten und Landkreisen. Den höchsten Wert unter den kreisfreien Städten verzeichnete wie im Vorjahr Trier mit 19,4%, bei den Kreisen lag erneut der Landkreis Südwestpfalz mit einer Quote von 17,9% an der Spitze. Unter den kreisfreien Städten hatte Worms weiterhin die niedrigste Betreuungsquote, unter den Kreisen bildete nunmehr der Landkreis Vulkaneifel das Schlusslicht.

Der Anteil der 3- bis 6-Jährigen, die eine Kindertageseinrichtung besuchten, war mit 93,5% so hoch wie im Vorjahr – eine Betreuungsquote, die im Jahr 2006 nur in zwei anderen Bundesländern knapp übertroffen wurde (neuere Vergleichszahlen liegen noch nicht vor). Die Zahl der betreuten Mädchen und Jungen lag jedoch wegen der insgesamt sinkenden Kinderzahl mit 101 562 um etwa 3 000 niedriger als ein Jahr zuvor.

Im Landkreis Altenkirchen besuchten 89,4% aller 3- bis 6-Jährigen Tageseinrichtungen. In der kreisfreien Stadt Landau ergab sich rechnerisch ein

Wert von 105,6%; dabei ist zu beachten, dass Einrichtungen auch von Kindern aus benachbarten Kreisen besucht werden.

Im März 2007 gab es in Rheinland-Pfalz insgesamt 2 349 Tageseinrichtungen, in denen 142 301 Kinder betreut wurden. Neben Krippen und Kindergärten sind in diesen Zahlen auch 29 589 Hortplätze für Schulkinder enthalten. Über 71% der versorgten Kinder waren zwischen drei und sechs Jahre alt, 7,8% der Kinder waren noch keine drei Jahre und fast 21% zwischen sechs und 14 Jahre alt. In den Einrichtungen waren rund 24 700 Personen beschäftigt; damit versorgte eine Kraft im Durchschnitt sechs Kinder.

In öffentlich geförderter Kindertagespflege wurden im März 2007 insgesamt 1 873 Kinder von Tagesmüttern und -vätern betreut; das waren 112 mehr als ein Jahr zuvor. Rein privat organisierte Betreuungsverhältnisse, die nicht vom Jugendamt registriert werden, sind statistisch nicht erfasst.

Rund 34 000 BAföG-Empfänger im Jahr 2006

Leichte Zunahme im Land, Rückgang im Bundesgebiet

Im vergangenen Jahr erhielten in Rheinland-Pfalz insgesamt 34 017 junge Menschen Leistungen nach dem Bundesausbildungsförderungsgesetz (BAföG). Dies waren 355 Empfänger bzw. 1,1% mehr als ein Jahr zuvor. Demgegenüber ist die

Kinder in Kindertageseinrichtungen 2006 und 2007 nach Altersgruppen und Verwaltungsbezirken

Kreisfreie Stadt Landkreis Land	Insgesamt		Darunter							
			unter 3-Jährige				3- bis 6-Jährige			
	Anzahl				Quote in %		Anzahl		Quote in %	
	2006	2007	2006	2007	2006 ¹⁾	2007 ²⁾	2006	2007	2006 ¹⁾	2007 ²⁾
Kreisfreie Städte										
Frankenthal (Pfalz)	1 505	1 496	104	115	9,5	10,7	1 135	1 102	90,7	92,8
Kaiserslautern	3 364	3 481	344	355	14,9	15,8	2 176	2 239	93,8	96,2
Koblenz	3 604	3 608	242	296	9,1	11,5	2 459	2 387	94,6	95,1
Landau i. d. Pfalz	1 627	1 633	109	142	10,0	13,1	1 178	1 147	102,8	105,6
Ludwigshafen a. Rh.	6 086	6 104	329	393	7,2	8,7	4 105	4 158	93,2	94,7
Mainz	6 671	6 653	500	524	10,1	10,5	4 546	4 520	92,8	93,7
Neustadt a. d. Weinstr.	1 913	1 866	145	151	10,6	11,3	1 385	1 342	97,9	98,1
Pirmasens	1 381	1 412	74	88	7,9	9,9	939	954	92,2	95,9
Speyer	1 964	1 980	104	134	7,7	10,5	1 258	1 268	90,3	91,2
Trier	3 713	3 855	393	504	15,3	19,4	2 411	2 414	97,2	99,0
Worms	2 888	2 888	112	136	4,9	6,1	2 146	2 127	92,9	93,5
Zweibrücken	1 301	1 271	80	96	9,7	11,9	882	839	93,9	94,5
Landkreise										
Ahrweiler	4 356	4 305	244	338	8,0	11,6	3 292	3 143	91,7	94,6
Altenkirchen (Ww.)	4 367	4 344	170	258	5,0	7,7	3 390	3 269	89,8	89,4
Alzey-Worms	4 871	4 866	311	377	9,5	11,9	3 655	3 529	93,7	94,5
Bad Dürkheim	4 739	4 773	316	428	10,0	14,3	3 413	3 264	93,8	93,5
Bad Kreuznach	5 477	5 391	324	444	8,4	12,0	4 075	3 909	92,4	93,5
Bernkastel-Wittlich	4 043	3 899	248	296	8,7	10,8	3 030	2 929	96,8	97,9
Birkenfeld	2 777	2 741	143	209	7,0	10,4	2 105	2 014	91,3	92,3
Cochem-Zell	2 314	2 194	109	130	6,7	8,5	1 783	1 666	93,0	94,3
Donnersbergkreis	2 824	2 804	153	217	7,3	10,6	2 167	2 109	93,7	96,0
Eifelkreis Bitburg-Prüm	3 462	3 340	136	221	5,5	9,1	2 626	2 466	95,6	95,5
Germersheim	5 115	5 029	339	400	10,3	12,3	3 504	3 395	96,1	96,3
Kaiserslautern	3 921	3 796	318	362	11,7	14,1	2 900	2 794	92,3	93,3
Kusel	2 427	2 378	218	216	12,5	12,6	1 809	1 755	91,5	93,6
Mainz-Bingen	7 492	7 527	448	606	8,2	11,4	5 495	5 495	93,2	94,4
Mayen-Koblenz	7 777	7 763	579	732	10,9	14,1	5 617	5 442	93,1	93,8
Neuwied	6 521	6 492	389	445	8,1	9,7	4 802	4 713	90,2	92,1
Rhein-Hunsrück-Kreis	3 755	3 662	133	195	5,0	7,6	2 872	2 722	94,8	96,3
Rhein-Lahn-Kreis	4 413	4 322	294	357	9,7	12,0	3 203	3 115	94,2	94,9
Rhein-Pfalz-Kreis	5 168	4 948	326	395	9,8	12,1	3 730	3 504	94,7	94,1
Südliche Weinstraße	3 748	3 697	237	357	9,3	14,2	2 842	2 725	93,4	96,4
Südwestpfalz	3 674	3 615	326	368	15,4	17,9	2 468	2 335	96,3	97,9
Trier-Saarburg	4 951	4 835	289	386	8,2	11,3	3 798	3 653	95,1	94,9
Vulkaneifel	2 011	2 006	81	103	5,1	6,9	1 537	1 493	89,3	92,1
Westerwaldkreis	7 460	7 327	290	376	5,4	7,1	5 793	5 626	93,1	94,4
Rheinland-Pfalz	143 680	142 301	8 957	11 150	8,8	11,3	104 526	101 562	93,5	93,5
kreisfreie Städte	36 017	36 247	2 536	2 934	9,8	11,5	24 620	24 497	94,1	95,4
Landkreise	107 663	106 054	6 421	8 216	8,5	11,2	79 906	77 065	93,3	94,3

1) Kinder in Kindertageseinrichtungen am 15. März 2006 bezogen auf die Bevölkerung entsprechenden Alters am 31. Dezember 2005 in %. – 2) Kinder in Kindertageseinrichtungen am 15. März 2007 bezogen auf die Bevölkerung entsprechenden Alters am 31. Dezember 2006 in %.

Zahl der BAföG-Bezieher im Bundesgebiet erstmals seit der Reform der Ausbildungsförderung vor fünf Jahren wieder leicht gesunken (–1,3%).

Von den BAföG-Empfängern in Rheinland-Pfalz waren mehr als zwei Drittel Studierende. Gegenüber dem Vorjahr ist deren Zahl um 127 bzw. 0,6% auf 22 919 gestiegen. Dabei waren 14 779 studentische BAföG-Bezieher (+3,5%) an wissenschaftlichen Hochschulen und 8 086 (–4,4%) an Fachhochschulen immatrikuliert.

Darüber hinaus wurden 11 097 Schülerinnen und Schüler gefördert. Von diesen besuchten 6 537 eine Berufsfachschule (+3,1%) und 671 ein Gymnasium (–10,7%). Der Kreis der Bezieher von „Schüler-BAföG“ wuchs binnen Jahresfrist um 227 Personen bzw. 2,1%.

Die Ausbildungsförderung nach dem BAföG erstreckte sich nicht bei allen Geförderten auf das gesamte Jahr. Im Monatsdurchschnitt 2006 wurden knapp 21 700 Personen (15 000 Studierende sowie 6 700 Schülerinnen und Schüler) und damit 1,7% mehr als im Jahr 2005 unterstützt.

Insgesamt wurden für die Ausbildungsförderung nach dem BAföG von Bund und Land im Jahr 2006 knapp 88,4 Mill. Euro aufgewendet, 740 000 Euro bzw. 0,8% mehr als 2005. An Zuschüssen wurden 55,9 Mill. Euro (63%) und an Darlehen 32,4 Mill. Euro (37%) gewährt. Für die Studierendenförderung wurden

65,5 Mill. Euro und für die Schülerförderung 22,8 Mill. Euro bereitgestellt.

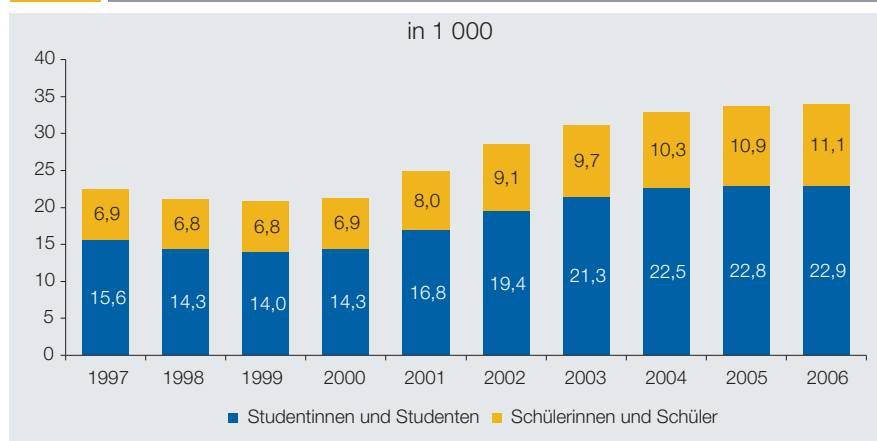
Im Durchschnitt entfiel im vergangenen Jahr auf jeden BAföG-Bezieher ein monatlicher Förderbetrag von 339 Euro. Geförderte Studierende erhielten durchschnittlich 364 Euro, anspruchsberechtigte Schülerinnen und Schüler 285 Euro je Monat.

Mehr Güterumschlag in den Häfen im ersten Halbjahr 2007

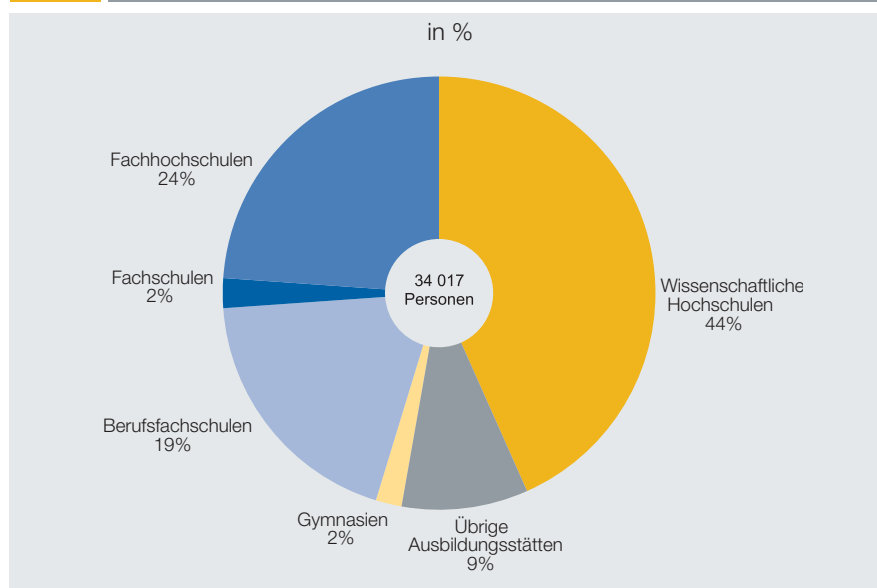
Zuwachs um 6,5% auf 12,7 Mill. t

Im ersten Halbjahr 2007 verzeichneten die rheinland-pfälzischen Binnenhäfen im Vergleich zum Vorjahreszeitraum einen kräftigen Zuwachs an umgeschlagenen Gütern. Insgesamt meldeten die Schiffs- und

Empfängerinnen und Empfänger von BAföG-Leistungen 1997–2006



Empfängerinnen und Empfänger von BAföG-Leistungen 2006 nach Bildungsgängen



Frachtführer einen Güterumschlag von 12,7 Mill. t, das waren 780 000 t bzw. 6,5% mehr als von Januar bis Juni 2006. Rund 62% der Güter wurden für den grenzüberschreitenden Transport umgeschlagen, 38% hatten ihr Ziel bzw. ihre Herkunft in Deutschland.

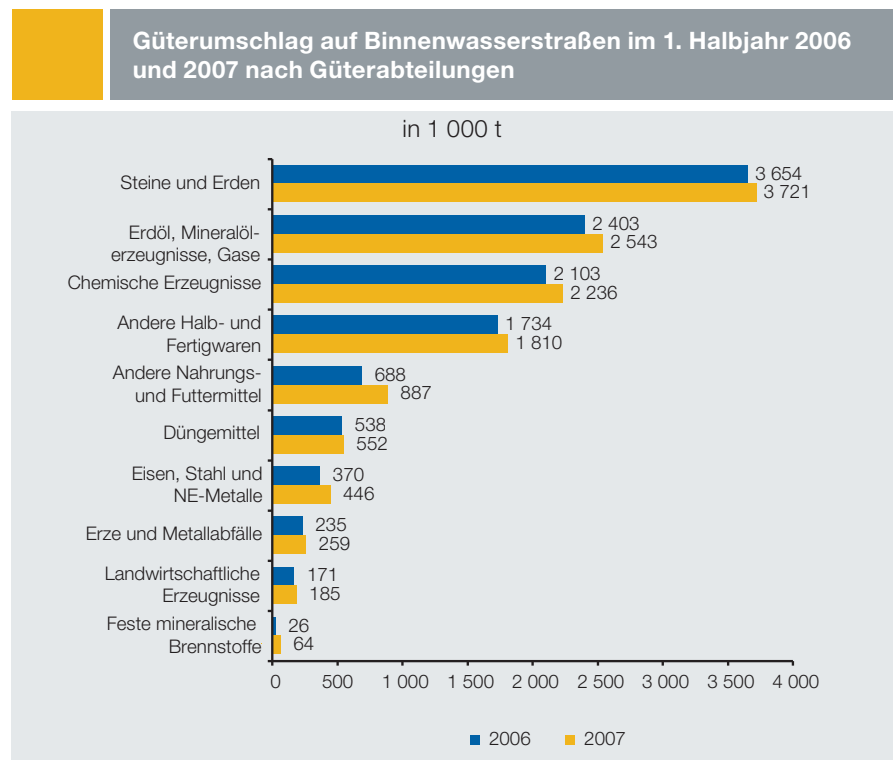
Innerhalb der Güterabteilungen entfiel der höchste Frachtumschlag mit 3,7 Mill. t auf Steine und Erden, es folgten Erdöl, Mineralölerzeugnisse und Gase mit rund 2,5 Mill. t sowie chemische Erzeugnisse mit 2,2 Mill. t. An Halb- und Fertigwaren wurden 1,8 Mill. t geladen und entladen, auf Nahrungs- und Futtermittel entfielen rund 0,9 Mill. t.

In allen zehn ausgewiesenen Güterabteilungen waren im Vorjahresvergleich Umschlagszuwächse zu verzeichnen. Der Güterumschlag für die Gruppe der fossilen Brennstoffe (Öl, Benzin, Gas) stieg gegenüber dem ersten Halbjahr 2006 um 5,8%. Zweistellige Zuwachsraten verzeichneten Nahrungs- und Futtermittel (+29%), Erze und Metallabfälle (+10%) sowie Eisen, Stahl und NE-Metalle (+21%).

Der umschlagstärkste Hafen im ersten Halbjahr 2007 war Ludwigshafen mit knapp 4 Mill. t, gefolgt von Mainz mit 1,4 Mill. t und Andernach mit 1,3 Mill. t.

Verkehrsbetriebe beförderten im Jahr 2006 rund 268 Mill. Fahrgäste

Die im Schienennahverkehr und im gewerblichen Personenverkehr tä-



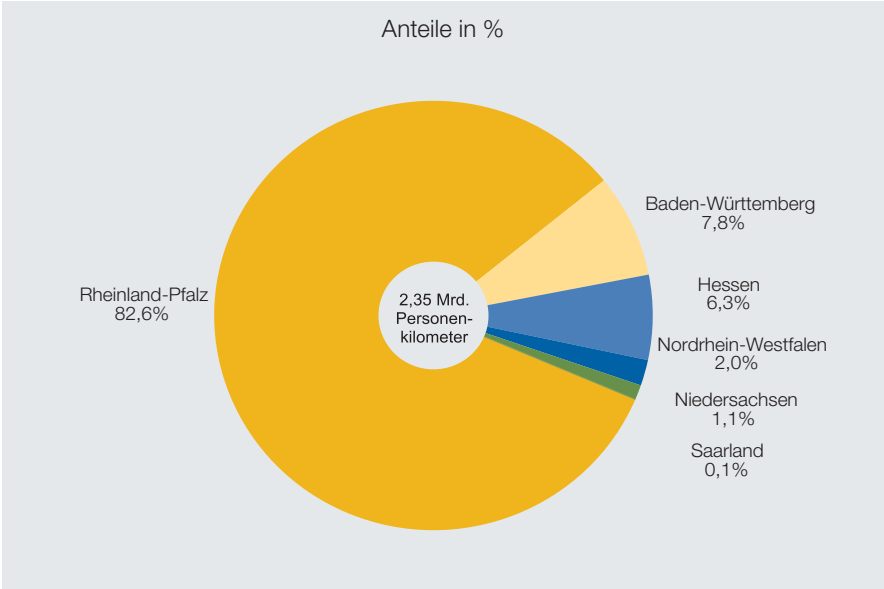
tigen rheinland-pfälzischen Unternehmen beförderten im Jahr 2006 insgesamt 268,3 Mill. Fahrgäste. Das waren rund 2,3 Mill. mehr als im Vorjahr (+1%). Im Liniennahverkehr mit Eisenbahnen bzw. Straßenbahnen sowie Bussen waren 262,9 Mill. Fahrgäste unterwegs (98%), den Gelegenheitsverkehr mit Omnibussen nutzten 5,4 Mill. Fahrgäste, davon rund 3,2 Mill. im Fernverkehr über 50 Kilometer. Bei einer Gesamtfahrleistung von 176 Mill. Fahrzeugkilometern errechnet sich für das Jahr 2006 eine Beförderungsleistung von insgesamt 4,36 Mrd. Personenkilometern, davon 2,92 Mrd. im Liniennahverkehr und 1,44 Mrd. im Gelegenheitsverkehr.

Von den fast 263 Mill. Fahrgästen im Schienen- und Liniennahverkehr nutzten rund 225 Mill. den Omnibus (85,6%), gut 30 Mill. fuhren mit der

Straßenbahn auf den zwei verbliebenen Netzen in Mainz und Ludwigshafen (11,5%) und nur 8,6 Mill. Fahrgäste stiegen in Eisenbahnen (3,3%). Dabei ist jedoch zu berücksichtigen, dass die Nahverkehrsleistungen im Zugverkehr in Rheinland-Pfalz überwiegend von Unternehmen aus den angrenzenden Bundesländern Hessen und Nordrhein-Westfalen erbracht werden.

Umgekehrt beschränkt sich die Beförderungsleistung der rheinland-pfälzischen Verkehrsunternehmen nicht ausschließlich auf das Land. Von den insgesamt 2,35 Mrd. Personenkilometern im Schienen- und Liniennahverkehr wurden 1,94 Mrd. auf rheinland-pfälzischem Boden erbracht (knapp 83%), außerdem 183,7 Mill. in Baden-Württemberg, 147,3 Mill. in Hessen, 46,5 Mill. in Nordrhein-Westfalen, 26,5 Mill. in

Beförderungsleistung rheinland-pfälzischer Verkehrsunternehmen im Schienen- und Liniennahverkehr 2006 nach Ländern



Niedersachsen sowie 1,5 Mill. im Saarland.

Die Ergebnisse basieren auf den Meldungen der rheinland-pfälzischen Verkehrsbetriebe zur jährlichen Statistik der Personenbeförderung.

Von Januar bis August weniger Todesopfer, aber mehr Verletzte im Straßenverkehr

Deutlich mehr verunglückte Personen bei einer nahezu konstanten Zahl

von Verkehrsunfällen wurden von Januar bis August in Rheinland-Pfalz registriert. Im Straßenverkehr verloren 151 Menschen ihr Leben, das waren vier weniger als im gleichen Vorjahreszeitraum. Schwer verletzt wurden 2 766 Unfallbeteiligte, rund 200 bzw. 7,5% mehr als von Januar bis August 2006. Die Zahl der Leichtverletzten lag mit 11 699 ebenfalls um 7,5% höher als im Vorjahreszeitraum.

Insgesamt registrierte die Polizei in den ersten acht Monaten dieses Jahres 81 416 Verkehrsunfälle und damit 1,4% mehr als vor einem Jahr.

Die Ergebnisse der Straßenverkehrsunfallstatistik basieren auf den monatlichen Meldungen der Polizeidienststellen in Rheinland-Pfalz.

Straßenverkehrsunfälle in Rheinland-Pfalz

Unfälle Verunglückte	August 2007	Veränderung gegenüber dem Vorjahresmonat	Januar bis August 2007	Veränderung gegenüber dem Vorjahreszeitraum	
	Anzahl			%	
Unfälle insgesamt	10 263	255	81 416	1 116	1,4
Unfälle nur mit Sachschaden	8 658	82	70 153	236	0,3
Unfälle mit Todesopfern und Verletzten	1 605	173	11 263	880	8,5
Getötete	27	9	151	-4	-2,6
Schwerverletzte	377	35	2 766	193	7,5
Leichtverletzte	1 661	94	11 699	815	7,5

Verbraucherpreise in Rheinland-Pfalz im September 2007

Nachdem die Jahresteuerrate in den vergangenen Monaten unter der 2%-Marke gelegen hatte, stieg sie im September mit 2,3% auf den höchsten Wert seit November 2005. Die Erhöhung der Treibstoffpreise und damit die Entwicklung des Teilindex Verkehr hatten hier einen erheblichen Einfluss. Kraftstoffe verteuerten sich gegenüber September 2006 um 8,7%, beim Teilindex Verkehr gab es einen Anstieg um 4,4%.

Bei den Nahrungsmitteln stehen erneut die Molkereiprodukte im Blickpunkt. Wie schon im August lagen auch im September die Preise für frische Vollmilch (+16,6%), H-Milch (+12,1%) und Butter (+48,3%) erheblich über dem Niveau des Vorjahresmonats. Deutlich verteuert

haben sich zudem Speisequark (+25,8%) sowie Schnittkäse (+7,7%) und Weichkäse (+8,2%). Dagegen waren saisonabhängige Nahrungsmittel rund 2% günstiger; dazu zählen etwa verschiedene Gemüse- und Salatsorten, wie z. B. Tomaten (-18,4%).

Gegenüber August 2007 errechnete sich eine vergleichsweise geringe Erhöhung des Verbraucherpreisindex um 0,1%. Die deutlichen Ausschläge bei Bekleidung und Schuhen (+2,8%), bei Beherbergungsdienstleistungen (-11,3%) und bei Pauschalreisen (-5,8%) sind auf saisonale Gründe, wie den Übergang auf die Herbstmode und das Ende der Haupturlaubszeit, zurückzuführen.

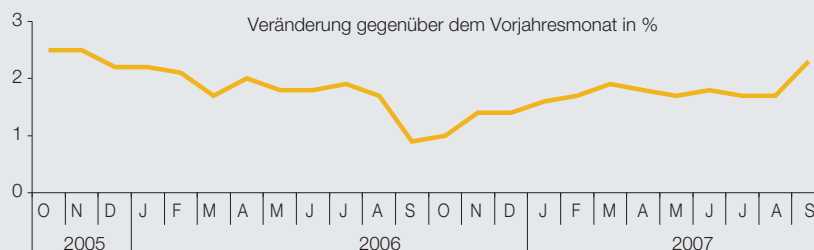
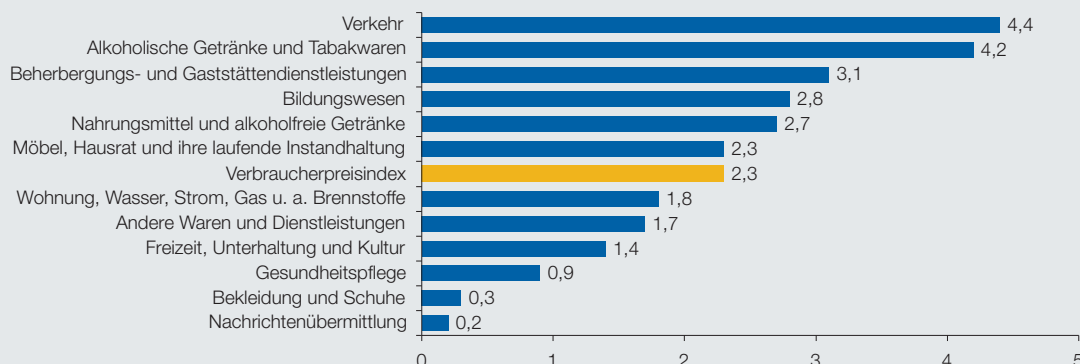
Verbraucherpreisindex

Der Verbraucherpreisindex misst die durchschnittliche Preisveränderung der Waren und Dienstleistungen, die von privaten Haushalten für Konsumzwecke gekauft werden. Berücksichtigt werden Güter des täglichen Bedarfs, Mieten, langlebige Gebrauchsgüter und Dienstleistungen. Der Verbraucherpreisindex dient als Indikator für die Beurteilung der Geldwertstabilität und als Inflationsmaßstab.

Rund um die Monatsmitte erheben in Rheinland-Pfalz in 11 Berichtsgemeinden 16 Preismittler im Auftrag des Statistischen Landesamtes in ca. 2 000 Berichtsstellen (z. B. Kaufhäuser) etwa 18 000 Einzelpreise. Dabei werden die Preisveränderungen von etwa 750 genau beschriebenen Waren und Dienstleistungen erfasst. Die Preisveränderungen werden gemäß der Verbrauchsbedeutung, die den Waren und Dienstleistungen bei den Ausgaben der privaten Haushalte zukommt, im Preisindex berücksichtigt.

Verbraucherpreisindex im September 2007

Veränderung in den Waren- und Dienstleistungsgruppen gegenüber September 2006 in %



September 2007

Verbraucherpreisindex: +2,3%

Ausgewählte Preisentwicklungen:
Speisequark: +25,8%
Tomaten: -18,4%

Aus der amtlichen Statistik

eGovernment-Preis für Gewerbe-Online

Präsident Berres: Beispiel für Innovation durch föderalen Wettbewerb

„Gewerbe-Online“, das vom Statistischen Landesamt Rheinland-Pfalz entwickelte Verfahren zur elektronischen Erfassung und Verarbeitung von Gewerbeanzeigen, hat einen Preis im eGovernment-Wettbewerb des Bundes erhalten. In der Kategorie „Verwaltungsinterne Prozesse“ erreichte „Gewerbe-Online“ unter 22 eingereichten Vorschlägen den 3. Platz. Präsident Jörg Berres nahm in Berlin die Auszeichnung entgegen.

Berres hob nochmals die gute Zusammenarbeit zwischen Kammern, Kommunen, Ministerien und Statistischem Landesamt bei der Entwicklung sowie beim Einsatz des Verfahrens hervor und dankte dem Projektleiter Joachim Müller.

Das Statistische Landesamt hatte den Anstoß gegeben und das Verfahren in enger Zusammenarbeit mit den Industrie- und Handelskammern, den Handwerkskammern, den kommunalen Spitzenverbänden sowie dem Innen- und dem Wirtschaftsministerium innerhalb von acht Monaten zur Produktionsreife entwickelt. „Wir mussten immer wieder feststellen, dass durch die bisherigen Übermittlungswege die Qualität der Daten nicht optimal war“, erklärte Berres.

Gewerbe-Online erleichtert seit Februar 2007 den mit Gewerbeanzeigen befassten Behörden die Arbeit und spart Kosten. Zugleich steigt die Qualität der Informationen durch die medienbruchfreie Übermittlung; Mehrfacherfassungen und Übertragungsfehler werden vermieden. Rund 300 Stellen, die mit Gewerbemeldungen zu tun haben, sind über Gewerbe-Online umfassend vernetzt.

Gewerbemeldungen werden in Rheinland-Pfalz von 212 kommunalen Gewerbeämtern sowie von 16 Starterzentren der Industrie- und Handelskammern entgegengenommen. Die Handwerkskammern werden diesen Service ebenfalls in Kürze anbieten können. Von den 212 Gewerbeämtern sind aktuell 152 angemeldet, die Starterzentren sind komplett an das Verfahren angeschlossen. Über 70% der Gewerbemeldungen werden derzeit schon über Gewerbe-Online verarbeitet.

Unter der Schirmherrschaft des Bundesministers des Innern, Dr. Wolfgang Schäuble, wurden in Berlin zum siebten Mal die Preisträger des eGovernment-Wettbewerbs gekürt. Insgesamt hatten 56 Organisationen aus allen Verwaltungsebenen ihre Teilnahmeunterlagen für den Wettbewerb eingereicht.

Gewerbe-Online

Was ist Gewerbe-Online?

Gewerbe-Online dient der Erfassung von An-, Um- und Abmeldungen von Gewerben durch Gewerbeämter und Starterzentren. Mit einer Gewerbesoftware erfasste Daten können in Gewerbe-Online übermittelt werden. Alle Informationen werden zentral an eine Verwaltungsstelle im Statistischen Landesamt Rheinland-Pfalz elektronisch übersandt, dort auf Gültigkeit der Wirtschaftszweigverschlüsselung geprüft und gegebenenfalls korrigiert. Die berechtigten Empfangsstellen erhalten die Daten im elektronischen Format durch zentralen Versand über das Formularmanagementsystem (PDF, DATML/RAW usw.).

Voraussetzungen zur Nutzung von Gewerbe-Online:

Der Zugriff auf die Formulare zur Gewerbemeldung erfolgt über das Internet www.gewerbe-online.rlp.de mittels eines handelsüblichen PCs mit Internetzugang, Adobe-Reader (5.0 oder höher), Internet-Browser (Internet-Explorer, Firefox o. ä.).

Bildungsindikatoren im Ländervergleich

Rheinland-Pfalz mit Spitzenpositionen bei Absolventenquote an Hochschulen und Bildungsbeteiligung im Vorschulalter

In Rheinland-Pfalz absolvieren überdurchschnittlich viele junge Menschen eine Hochschulausbildung. Dies ist ein zentrales Ergebnis der von den Statistischen Ämtern des Bundes und der Länder herausgegebenen Publikation „Internationale Bildungsindikatoren im Ländervergleich“, die in Ergänzung zu der von der OECD veröffentlichten Studie „Bildung auf einen Blick“ ausgearbeitet wurde.

Dass sich Rheinland-Pfalz in der akademischen Ausbildung stark engagiert, spiegelt sich beispielsweise in der Studienanfängerquote wider, die den Anteil der Studienanfänger im ersten Hochschulse semester an der altersspezifischen Bevölkerung misst. Diese Quote liegt mit 38% knapp zwei Prozentpunkte über dem Bundesdurchschnitt. Hessen (43%) und Baden-Württemberg (39%) nehmen hier gemeinsam mit Rheinland-Pfalz unter den Flächenländern die ersten Plätze ein. Die Ausbildungsleistung der hiesigen Hochschulen zeigt sich auch bei den Absolventenzahlen. Mehr als ein Fünftel der jungen Erwachsenen schließt hierzulande erfolgreich eine akademische Ausbildung ab. Im deutschlandweiten Vergleich nimmt Rheinland-Pfalz mit einer Absolventenquote von 20,4% die Spitzenposition unter allen Flächenländern ein, gefolgt von Hessen (20,2%) und Baden-Württemberg (20%). Ein Vergleich mit dem OECD-Durchschnitt von 36,4% ist nur bedingt tauglich, da in anderen OECD-Mitgliedstaaten Ausbildungsgänge im Hochschulbereich angesiedelt sind, die in Deutschland im dualen System bzw. an Fachschulen angeboten werden.

Im Rahmen der zwischen Bund und Ländern im Hochschulpakt 2020 getroffenen Vereinbarungen sollen in den kommenden Jahren auch in Rheinland-Pfalz die Studienplatzkapazitäten einschließlich der erforderlichen Personalkapazitäten noch einmal deutlich ausgeweitet werden.

Bislang zeigt sich an den Hochschulen im Land eine eher ungünstige Betreuungsrelation. Auf einen Wissenschaftler kommen knapp 16 Studierende, das sind annähernd doppelt so viele wie im Saarland, das im Bundesländervergleich die beste Betreuungsrelation aufweist. Bundesweit liegt die Relation bei zwölf Studierenden je Wissenschaftler. Bei der Interpretation dieser Maßzahl muss allerdings beachtet werden, dass es sich um eine rein rechnerische Durchschnittsgröße handelt, die nur bedingt Aussagen über die Lehr- und Lernsituation an den Hochschulen zulässt. Der Wert wird maßgeblich von der Fächerstruktur bestimmt. In Rheinland-Pfalz liegen die Ausbildungsschwerpunkte im Bereich der Sozial-, Rechts- und Wirtschaftswissenschaften sowie der Geistes- und Erziehungswissenschaften. Diese Fachrichtungen weisen traditionell eine andere Betreuungsrelation auf als naturwissenschaftlich-technische Studiengänge.

Die Aussagen der Indikatorensammlung beschränken sich nicht auf den Hochschulbereich. Die Broschüre beleuchtet vielmehr das gesamte Bildungssystem, ausgehend von der vorschulischen Förderung bis hin zum „lebenslangen Lernen“.

Für Rheinland-Pfalz können aus der rund 130 Seiten umfassenden Veröffentlichung für das Jahr 2005 (bzw. 2004) beispielsweise folgende Ergebnisse herausgelesen werden:

- Rheinland-Pfalz hat ein gut ausgebautes System der vorschulischen Betreuung. Dies zeigt die Bildungsbeteiligung der Drei- und Vierjährigen. Rund 92% der Kinder in dieser Altersgruppe besuchen eine öffentliche oder private Bildungseinrichtung. Das ist der höchste Anteil im gesamten Bundesgebiet. Im Bundesdurchschnitt liegt der Anteil bei 78,8% (OECD: 68,5%).

- Im Primarbereich der Schulen (Klassenstufen 1 bis 4) werden 21,9 Schülerinnen und Schüler je Klasse unterrichtet. Die durchschnittliche Klassengröße liegt damit im Bundesdurchschnitt (22). Auf eine Lehrkraft entfallen in diesem Bereich rund 18,3 Schülerinnen und Schüler. Das zahlenmäßige Schüler-Lehrkräfte-Verhältnis auf Bundesebene liegt bei 18,8 Schülerinnen und Schülern je Lehrkraft.
- Auch in der Sekundarstufe I, d. h. in den Klassenstufen 5 bis 10 weiterführender Schulen, liegt die durchschnittliche Klassengröße mit knapp 25 Schülerinnen und Schülern je Klasse im Bundesdurchschnitt. Mit knapp 17 Schülerinnen und Schülern je Lehrkraft ist die Betreuungsrelation an den hiesigen Schulen ungünstiger als im Bundesdurchschnitt (15,5 Schülerinnen und Schüler je Lehrkraft).
- Die Lehrkräfte im Primarbereich und im Sekundarbereich I sind in Deutschland zwar deutlich älter als im OECD-Mittel. Rheinland-pfälzische Lehrerkollegien weisen allerdings eine im Bundesvergleich ausgesprochen günstige Altersstruktur auf. So sind hierzulande knapp 10% der im Primarbereich eingesetzten Lehrerinnen und Lehrer jünger als 30 Jahre. Im Bundesdurchschnitt liegt der Anteil um mehr als drei Prozentpunkte niedriger. Im Bereich der Sekundarstufe I liegt der Anteil der unter 30-jährigen Lehrkräfte im Land mit 8% sogar mehr als vier Prozentpunkte über dem Bundeswert.
- Studienanfänger aus Rheinland-Pfalz und dem Saarland sind mit 20,8 Jahren vergleichsweise jung. Lediglich aus Thüringen und Sachsen stammende „Abiturienten“ waren mit 20,3 Jahren um sechs Monate jünger. In diesen beiden Ländern wird die Hochschulreife bereits nach einer Regelschulzeit von zwölf Jahren erlangt. Für Deutschland insgesamt ergibt sich ein durchschnittliches Alter von 21 Jahren bei Studienantritt.
- Rund 21% der 25- bis 64-jährigen Rheinland-Pfälzerinnen und Rheinland-Pfälzer verfügen über einen Fachschul- bzw. Hochschulabschluss (ein Abschluss im sogenannten Tertiärbereich). Dieser Anteil liegt um vier Prozentpunkte unter dem Bundesdurchschnitt und um fünf Prozentpunkte unter dem OECD-Mittel. Den höchsten Anteil der Bevölkerung zwischen 25 und 64 Jahren mit einem Bildungsabschluss im Tertiärbereich weisen die Länder Berlin (35%), Sachsen (33%) und Brandenburg (32%) auf, den niedrigsten Bremen, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen und das Saarland mit jeweils 20%. Zwischen Männern und Frauen bestehen diesbezüglich zum Teil deutliche Unterschiede. Diese fallen in den neuen Ländern wesentlich geringer aus als in den Ländern des früheren Bundesgebietes. In Rheinland-Pfalz verfügen 27% der Männer, aber nur 16% der Frauen über einen Abschluss im Tertiärbereich (Deutschland: Männer 30%; Frauen 21%). Diese Diskrepanz ist vor allem auf die älteren Jahrgänge zurückzuführen. In den jüngeren Alterskategorien gleichen sich die Abschlussquoten zunehmend an.
- Rheinland-pfälzische Hochschulen haben eindeutige Ausbildungsschwerpunkte in den Sozial-, Rechts- und Wirtschaftswissenschaften sowie in den Geistes- und Erziehungswissenschaften. Im Jahr 2005 erlangten 38% der Absolventen einen sozial-, rechts- bzw. wirtschaftswissenschaftlichen Abschluss. Das ist der bundesweit zweithöchste Anteil. In geistes- und erziehungswissenschaftlichen Fächern wurden in keinem anderen Bundesland anteilmäßig so viele Absolventen ausgebildet: Hier liegt Rheinland-Pfalz mit einem Anteil von 29% an der Spitze. Demgegenüber war der Anteil der Absolventen in den mathematisch-naturwissenschaftlichen sowie in den technischen Studiengängen mit knapp 25% der zweittiefste unter allen Bundesländern. Dieser Wert entspricht dem OECD-Durchschnitt. Deutschland erzielt mit 33% im internationalen Vergleich einen überdurchschnittlich hohen Absolventenanteil in den Natur- und Ingenieurwissenschaften.
- Bildung ist eine wesentliche Voraussetzung für bessere Beschäftigungsaussichten. In Rheinland-Pfalz – wie auch im OECD-Durchschnitt – sind 72% der 25- bis 64-Jährigen erwerbstätig. Das sind zwei Prozentpunkte mehr als im

Bundesdurchschnitt. Im Allgemeinen steigen mit zunehmendem Bildungsstand auch die Beschäftigungsquoten. Im Hinblick auf Hochqualifizierte (Personen mit einem Abschluss im Tertiärbereich) weisen Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz (jeweils 86%) im Ländervergleich die höchsten Beschäftigungsquoten auf. Die niedrigsten Werte für diese Gruppe der 25- bis 64-Jährigen ergeben sich für Berlin (78%) und Mecklenburg-Vorpommern (77%). Bei den Geringqualifizierten, also den Personen, die höchstens über den Sekundarabschluss I und damit beispielsweise nicht über eine Berufsausbildung verfügen, reichen die Beschäftigungsquoten von 37% in Mecklenburg-Vorpommern bis zu 59% in Baden-Württemberg. Rheinland-Pfalz liegt hier mit einem Wert von 51% knapp unter dem Bundesdurchschnitt von 52%. Deutschland bleibt um vier Prozentpunkte unter dem OECD-Durchschnitt. Ein Grund hierfür ist, dass es in Deutschland zu wenige Arbeitsplätze für Geringqualifizierte gibt.

- In Deutschland beliefen sich im Jahr 2004 die Gesamtausgaben für Bildungseinrichtungen auf 7 000 Euro je Bildungsteilnehmer. Mit 6 400 Euro entfallen auf die rheinland-pfälzischen Schülerinnen und Schüler sowie Studierenden die im Ländervergleich geringsten Pro-Kopf-Beträge. Die höchsten Ausgaben pro Bildungsteilnehmer wendete mit 8 700 Euro die Hansestadt Hamburg auf. Speziell im Hochschulbereich reichten die Pro-Kopf-Ausgaben von 9 300 Euro je Studierenden in Rheinland-Pfalz bis 14 700 Euro im Saarland. Auch hier darf bei der Interpretation der Zahlen das spezifische Ausbildungsspektrum der rheinland-pfälzischen Hochschulen nicht außer Acht gelassen werden. So können beispielsweise in den Rechts-, Wirtschafts- und Sozialwissenschaften, aber auch in den Geistes- und Erziehungswissenschaften deutlich mehr Studierende von einer wissenschaftlichen Lehrkraft betreut werden als in naturwissenschaftlich-technischen Fächern. Dementsprechend geringer sind die erforderlichen Ausgaben. In Relation zur Wirtschaftskraft gesehen, liegen die rheinland-pfälzischen Bildungsausgaben mit 4,2% des Bruttoinlandsprodukts leicht über dem Bundesdurchschnitt. Den relativ höchsten Beitrag wendet das Land Thüringen mit 6,1% seines Bruttoinlandsprodukts auf.
- Die Teilhabe am lebenslangen Lernen ist bei den 25- bis 64-jährigen Rheinland-Pfälzerinnen und Rheinland-Pfälzern nur unterdurchschnittlich ausgeprägt. Lediglich 6,7% der Erwachsenen (7,3% der Männer und 6,2% der Frauen) nehmen an Aus- und Weiterbildungsmaßnahmen teil. Im Bundesdurchschnitt liegt die Teilnahmequote am lebenslangen Lernen bei 7,7%, im EU-Durchschnitt bei 9,7%.

In der Veröffentlichung werden diese und zahlreiche weitere Kernindikatoren des OECD-Programms sowie einige EU-Indikatoren tabellarisch sowie grafisch auf Länderebene dargestellt und kommentiert.

Die Veröffentlichung kann als PDF-Datei (1 413 kB) kostenfrei aus dem Internet heruntergeladen werden. Das Printexemplar kostet 18 Euro und kann bei allen Statistischen Ämtern des Bundes und der Länder bestellt werden.



Internetangebot wird immer stärker genutzt



Von Jürgen Hammerl

Das Internet entwickelt sich immer stärker zum zentralen Instrument der Verbreitung statistischer Informationen. Seit dem Start des neuen Angebots im Sommer 2005 steigt die Zahl der Zugriffe auf die Webseite des Statistischen Landesamtes. Auch in der Datenerhebung bekommt das Internet einen immer höheren Stellenwert. In diesem Beitrag wird gut zwei Jahre nach der Neugestaltung eine Bilanz gezogen. Im Mittelpunkt steht dabei die Nachfrage nach den Themengebieten sowie nach den verschiedenen Darstellungsformen.

Unter www.statistik.rlp.de wurden zu Beginn des Jahres 2005 durchschnittlich rund 19 000 Seitenaufrufe pro Monat registriert. Seinerzeit wurde unter dieser Adresse lediglich ein Basisangebot von ausgewählten Daten vorgehalten, gewissermaßen ein Überblick über das Informationsspektrum des Statistischen Landesamtes.

Monatlich
180 000
Seitenaufrufe

Nach dem Start des neuen Angebots im Juni 2005 gingen die Zugriffszahlen sprunghaft nach oben und überschritten im Dezember 2005 die Marke von 100 000 pro Monat. Aktuell liegt die Zahl der monatlichen Seitenaufrufe bei rund 180 000. Vom Überblicksangebot ist der Internetauftritt zu einer umfassenden Informationsplattform geworden, die aktuelle Daten auf dem schnellsten Weg zu den Nutzern bringt und zugleich eine ergiebige Quelle für Recherchen ist.

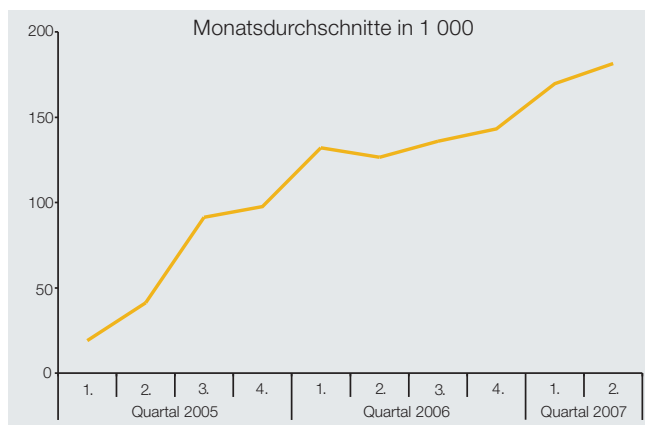
Die Nutzerinnen und Nutzer werden mit einer thematischen Gliederung geleitet, die ein rasches Auffinden der gesuchten Informationen ermöglicht. Zur besseren Übersicht sind die Themen in die drei Blöcke Wirtschaft, Staat und Gesellschaft unterteilt.

Seit Anfang 2006 werden die Zugriffe nach Themengruppen gezielt ausgewertet. Über den gesamten Zeitraum bis einschließlich Juni 2007 lag der Themenbereich „Bevölkerung und Gebiet“ mit 10,5% der Zugriffe an der Spitze, dicht gefolgt von den Bereichen „Tourismus, Gastgewerbe, Handel“ sowie „Landwirtschaft“, auf die jeweils genau 10% der Zugriffe entfielen. Mit einem Anteil von 9% gehörte auch der Bereich „Industrie, Bau, Handwerk, Energie“ zur Spitzengruppe. Jeweils weniger als 3% der Zugriffe entfielen auf die Themen „Gesundheit“, „Löhne, Gehälter, Arbeitskosten“, „Sozialleistungen“, „Haushalte und Familien“ sowie „Rechtspflege“.

Vier Themen-
gebiete nahezu
gleichauf an der
Spitze

S 1

Seitenaufrufe vom 1. Quartal 2005
bis zum 2. Quartal 2007



Periodizität und
Umfang ent-
scheidend

Bei der Interpretation der Rangfolge ist zu berücksichtigen, dass die Themengebiete sehr unterschiedliche Umfänge haben. Noch entscheidender dürfte die Periodizität neuer Inhalte sein. Bei den am stärksten gefragten Themenbereichen werden in der Regel monatlich neue Daten angeboten, zu- meist in Form von Pressemitteilungen und Statistischen Berichten, während in den Themengebieten am Ende der Skala fast ausschließlich Jahresergebnisse produziert werden.

Auch die regionale Tiefe, in der die Daten angeboten werden können, spielt bei der Zugriffshäufigkeit eine Rolle. Viele Bevölkerungsdaten werden bis zur Gemeindeebene dargestellt, während beispielsweise der Themenbereich Rechtspflege ganz überwiegend Landeszahlen bietet.

Großes Interesse
an aktuellen
Informationen

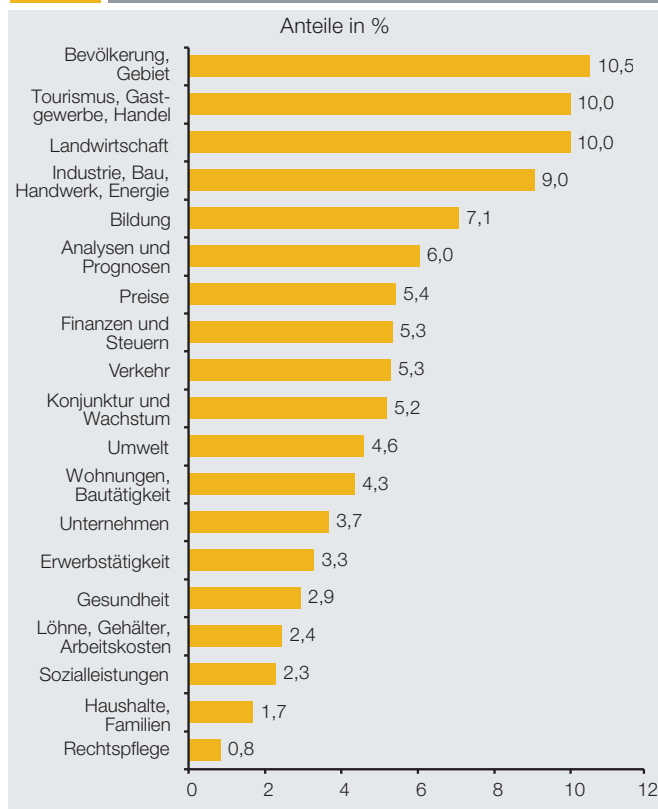
Dass die Nutzerinnen und Nutzer stark an aktuellen Informationen interessiert sind, macht die Auswertung der Zugriffe nach Untermenüs deutlich. Unter jedem Thema ist eine einheitliche Untermenü-Struktur angelegt, bestehend aus den Punkten Fachbeiträge, Kurzpräsentationen, Pressemitteilungen, Tabellen und Veröffentlichungen.

Newsletter informieren über neue Pressemitteilungen und Publikationen

Fast 50% aller Zugriffe entfielen im Zeitraum von Januar 2006 bis Juni 2007 auf die Pressemitteilungen. Sie sind der schnellste Weg, die neuesten Daten einer breiten Öffentlichkeit zugänglich zu machen, und werden ausschließlich über das Internet angeboten. Interessierte haben die Möglichkeit, einen Newsletter zu abonnieren – entweder für das gesamte Spektrum oder für ausgewählte Themen. Per E-Mail erhalten sie dann einen Link auf die aktuellste Pressemitteilung. Gut 200 Pressemitteilungen

S 2

Seitenaufrufe von Januar 2006 bis Juni 2007
nach Themengebieten



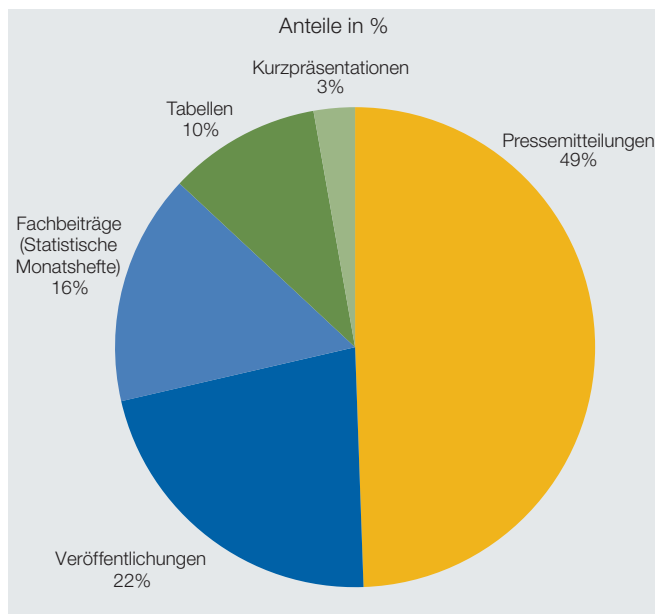
pro Jahr und ein Nutzerkreis, der weit über die Medien hinausgeht, erklären den hohen Anteil an Zugriffen.

Die Veröffentlichungen rangierten mit knapp 22% aller Seitenaufrufe an zweiter Stelle. Auch dieses Ergebnis wird wesentlich von einem Newsletter bestimmt. Nutzerinnen und Nutzer werden auf diese Weise einmal wöchentlich über Neuerscheinungen informiert, und zwar entweder zu allen oder aber zu ausgewählten Themen. Die Newsletter enthalten Links, mit denen die PDF-Dateien direkt und kostenfrei heruntergeladen werden können. Einige wenige Produkte, die ausschließlich auf kostenpflichtigen Versandmedien angeboten werden (umfangreichere Printpublikationen, CD-ROM bzw. DVD), kann der Interessent mit wenigen Klicks bestellen.

Newsletter
informieren
wöchentlich
über neue
Publikationen

S 3

Seitenaufrufe vom Januar 2006 bis Juni 2007 nach Untermenü-Punkten



Der neue Internetauftritt hat es ermöglicht, beim Vertrieb der Basisprodukte – hierunter fallen vor allem die Statistischen Berichte – neben dem kostenpflichtigen Postversand einen kostenfreien Download anzubieten. Über 80% der Publikationen werden inzwischen via Internet abgerufen, nur noch knapp ein Fünftel wird in gedruckter Form per Post verschickt.

[Monatsheftbeiträge zum kostenfreien Herunterladen](#)

Neben aktuellen Informationen suchen die Internetnutzer auch ausführliche Analysen. Die Fachbeiträge aus den Statistischen Monatsheften, die einzeln als PDF-Datei kostenfrei abgerufen werden können, vereinten seit Anfang 2006 knapp 16% der Zugriffe auf sich. Neben den Beiträgen aus den aktuellen Monatsheften wird ein umfangreiches Archiv angeboten, das die seit dem Jahr 2001 erschienenen Aufsätze umfasst.

Aufgrund der Informationsdichte, welche die zum Download angebotenen Statistischen

Im Detail

Abruf von Statistischen Berichten

Seit dem Start des neuen Internetangebots im Juni 2005 werden alle neu erscheinenden Statistischen Berichte als PDF-Datei zum kostenfreien Download angeboten. Neben den jeweils aktuellsten Berichten wird ein Archiv älterer Ausgaben vorgehalten.

Mit durchschnittlich 271 monatlichen Abrufen in der Zeit von Januar 2006 bis Juni 2007 liegt der Bericht „Verbraucherpreisindex in Rheinland-Pfalz und Deutschland“ an der Spitze; die Daten werden beispielsweise für die Anpassung von Mietverträgen benötigt. Mit durchschnittlich 241 Downloads pro Monat steht der monatliche Bericht zu Gästen und Übernachtungen im Fremdenverkehr an zweiter Stelle, gefolgt von der einmal jährlich aktualisierten Publikation „Bevölkerung der Gemeinden“ mit durchschnittlich 176 Downloads pro Monat. Auch hier zeigt sich, dass monatliche Aktualisierung bzw. tiefe regionale Gliederung große Auswirkungen auf die Zahl der Zugriffe haben.

Die Betrachtung der Titel am Ende der Liste ist gegenwärtig noch nicht sonderlich aussagekräftig, da viele Berichte im Lauf der Jahre 2006 und 2007 erstmals zum Download angeboten wurden, also über einen wesentlich kürzeren Zeitraum verfügbar waren. Tendenziell weisen aber diejenigen Berichte die niedrigsten Zugriffszahlen auf, die sich an ein eng begrenztes Fachpublikum wenden. Zu nennen sind hier etwa die Berichte über die Kriegsopferfürsorge, die Binnenschifffahrt oder die Baumschulerhebung.

Gruppieren nach Themen, liegen die Statistischen Berichte des Bereiches „Landwirtschaft“ mit durchschnittlich 832 Abrufen je Monat an erster Stelle, gefolgt von „Industrie, Bau, Handwerk, Energie“ mit 782 Downloads sowie „Finanzen und Steuern“ mit 756 heruntergeladenen PDF-Dateien pro Monat. Die tiefe fachliche und regionale Gliederung, welche die Statistischen Berichte in diesen drei Themenfeldern bieten, spiegelt sich in dieser Rangfolge ebenso wider wie die relativ große Zahl der Titel. Im Themenbereich Rechtspflege am Ende der Liste (durchschnittlich 39 Abrufe pro Monat) gibt es nur wenige Statistische Berichte, die zudem nur einmal jährlich erstellt werden.

Berichte bieten, aber auch bedingt durch die Pressemitteilungen, die mit Grafiken und Tabellen Sachverhalte anschaulich darstellen, haben die sogenannten Basistabellen

[Tabellen und Kurzpräsentationen bieten schnellen Überblick](#)

Im Detail

Analysen und Prognosen

Die Gliederung des Menüs nach Themen wird ergänzt durch den übergreifenden Punkt „Analysen und Prognosen“. Da die wissenschaftlich fundierte Aufbereitung der Daten zunehmend an Bedeutung gewinnt und die Analysen sich in der Regel aus mehreren Statistikbereichen speisen, wird dieser Punkt separat im oberen Bereich der Menüleiste angeboten. Dort können beispielsweise die Publikationen des Analyseteams, etwa die Jahreswirtschaftsberichte und die Wahlanalysen, abgerufen werden.

Ein eigener Unterpunkt ist dem Thema „Demografische Entwicklung“ gewidmet, zu dem das Statistische Landesamt vor einigen Jahren ein zweibändiges Werk mit Modellrechnungen bis zum Jahr 2050 herausgegeben hat. Derzeit erfolgt eine Aktualisierung; die entsprechenden Publikationen sollen im Bereich „Analysen und Prognosen“ zum kostenfreien Download angeboten werden. Großer Nachfrage erfreuen sich die tabellarischen Aufbereitungen der Projektionen für die Landkreise und die kreisfreien Städte sowie für die Verbandsgemeinden und die verbandsfreien Gemeinden, die für die einzelnen Gebiete als PDF-Dateien abgerufen werden können.

Der Unterpunkt „Rheinland-Pfalz regional“ ist aus einer Untersuchung über die Zukunftsfähigkeit der Landkreise Bad Kreuznach, Birkenfeld und Mainz-Bingen entstanden. Die Daten zu den analysierten Merkmalen für alle zwölf kreisfreien Städte und 24 Landkreise sowie für die fünf Planungsregionen in den „Datenblättern“ sind in übersichtlicher Tabellenform aufbereitet. Der „Datenkompass“ enthält zudem die wichtigsten Kennzahlen für die einzelnen kreisfreien Städte und Landkreise in kompakter Form. Sowohl die Datenblätter als auch der Datenkompass stehen als PDF-Dateien zum kostenfreien Download zur Verfügung.

Gut 2 400 Mal wurde zwischen Januar 2006 und Juni 2007 im Monatsdurchschnitt auf den Bereich „Analysen und Prognosen“ zugegriffen; das waren rund 6% aller Seitenaufrufe.

an Bedeutung verloren. Nur gut 10% der Zugriffe entfielen seit Anfang 2006 auf diese Darstellungsform, die im früheren Internetauftritt das Kernelement war. Tabellen sind jedoch als schneller Überblick über ein Themengebiet ebenso wichtig wie die Kurzprä-

sentationen, die rund 3% der Zugriffe auf sich vereinigten. Mit einem weiteren thematischen Ausbau und gezielten Hinweisen in der Rubrik „Neu“ auf der Startseite soll die Zahl der Zugriffe auf Tabellen und Kurzpräsentationen erhöht werden.

Die bisherigen Betrachtungen bezogen sich auf das sogenannte „statische“ Angebot, also jenen Teil des Internetauftritts, dessen Inhalte im Wesentlichen manuell gepflegt werden. Daneben gibt es aber auch Bereiche, die sich direkt aus der Datenbank, dem Landesinformationssystem (LIS), speisen und die damit automatisch auf dem aktuellen Stand sind.

„Meine Heimat“ sehr gefragt

Kernelement dieses „dynamischen“ Teils ist die Rubrik „Meine Heimat“. Dahinter verbirgt sich ein Angebot von Informationen über alle Ortsgemeinden, verbandsfreien Gemeinden, Verbandsgemeinden, kreisfreien Städte und Landkreise sowie das Land Rheinland-Pfalz. Mit wenigen Mausklicks können sich die Nutzer ein umfangreiches Datenspektrum erschließen. Die Ergebnisse des Abrufs werden in Tabellen und Grafiken dargestellt. Neben aktuellen Angaben, beispielsweise zu den Einwohnerzahlen, zur Erwerbstätigkeit oder zu den Kommunal финанzen, werden auch Zeitreihen angezeigt. Außerdem besteht die Möglichkeit, die ausgewählte Gemeinde mit den Kommunen derselben Einwohnergrößenklasse zu vergleichen – ein Service, der nicht nur für Kommunalpolitiker interessant ist. Zahlreiche Kommunen nutzen die Möglichkeit, von ihren Internetseiten direkt auf den Abruf für ihr Gebiet zu verlinken. Auch bei den übrigen Nutzern von www.statistik.rlp.de kommt „Meine Heimat“ gut an. Seit dem Start im Juni 2005 wurden

„Meine Heimat“
bietet regionale
Daten

durchschnittlich 18 000 Abrufe pro Monat registriert.

Online-Datenbank
für erfahrene
Nutzer

Ein wichtiges Anliegen bei der Neukonzeption des Internetangebots war die einfache Navigation, also das Auffinden der gesuchten Information mit wenigen Klicks. Auch Nutzerinnen und Nutzer, die sich selten oder auch erstmals mit der amtlichen Statistik befassen, sollen auf diese Weise angesprochen werden. Im dynamischen Teil gibt es jedoch einen Bereich, der sich an versierte Nutzer wendet: die Online-Datenbank. Sie ist eine hinsichtlich der in regionalen und fachlichen Tiefe reduzierte Version des Landesinformationssystems und setzt gewisse Grundkenntnisse sowohl in der amtlichen Statistik als auch im Umgang mit Datenbanken voraus. Durchschnittlich 3 000 Abrufe pro Monat belegen, dass die Zahl dieser Nutzer dennoch nicht gering ist.

Datenerhebung via Internet

Entlastung der
Wirtschaft

Von wachsender Bedeutung ist das Internet auch für die Datenerhebung. Immer mehr Unternehmen und Behörden, die mit ihren regelmäßigen Meldungen Garanten für die Erstellung verlässlicher Statistiken sind, ziehen die Online-Übertragung dem klassischen Papierfragebogen vor. Das entlastet die Wirtschaft und hilft dem Statistischen Landesamt, Kosten zu sparen. Wegen seiner wachsenden Bedeutung wird der Bereich Online-Erhebungen derzeit in Navigation und Optik grundlegend überarbeitet. Beabsichtigt ist unter anderem, die Untermenüs zu den einzelnen Themen um den Punkt „Datenerhebung“ zu ergänzen.

Der vor gut zwei Jahren vollkommen neu konzipierte Internetauftritt des Statistischen Landesamtes Rheinland-Pfalz hat sich in der Praxis bewährt und wird auf Basis des

Info

Online-Datenerhebung

Zur Entlastung der Wirtschaft, aber auch zur Zeit- und Kostenersparnis in den statistischen Ämtern bietet die amtliche Statistik für eine wachsende Zahl von Erhebungen die Möglichkeit, Daten online zu übermitteln. Das Angebot zur bequemen Datenübermittlung via Internet steht auf drei Säulen:

- IDEV (Internet-Datenerhebung im Verbund): Die von der Statistik benötigten Daten werden von den berichtspflichtigen Unternehmen, Betrieben und Verwaltungen in einer Online-Eingabemaske erfasst und verschlüsselt an das Statistische Landesamt gesandt. IDEV wird derzeit für rund 30 Statistiken angeboten, zum Jahresende 2007 sollen es rund 50 Statistiken sein.
- eSTATISTIK.core (eSTATISTIK Common Online Rawdata Entry): Dieses Verfahren geht einen Schritt weiter als IDEV und bietet über entsprechende Schnittstellen die Möglichkeit, Daten direkt aus dem Rechnungswesen eines Unternehmens zu gewinnen und per Knopfdruck online an das Statistische Landesamt zu senden. Die Datenübermittlung via eSTATISTIK.core ist derzeit für fünf Erhebungen möglich.
- Formularservice: Für diejenigen Auskunftspflichtigen, die sich gerne weiterhin an der Struktur und dem Aussehen des Papierformulars orientieren möchten, gibt es mit dem Formularservice die Möglichkeit, den gewohnten Erhebungsbogen als Online-Formular auszufüllen. Für einige Erhebungen werden die Bogen zum Ausdrucken für das manuelle Ausfüllen angeboten. Im Formularservice stehen derzeit die Erhebungsbogen für gut 30 Statistiken zur Verfügung.

Erreichten weiterentwickelt. Neben den Erfahrungen des zentralen Auskunftsdienstes mit häufig gestellten Fragen fließen insbesondere auch Anregungen von Nutzern in den Ausbau des Informationsangebots ein.

Jürgen Hammerl, Diplom-Sozialwirt, leitet das Referat Presse, Auskunftsdienst.

Wanderungen 2006



Von Malte Usczeck

Die hohen Wanderungsgewinne, die Rheinland-Pfalz in den ersten Jahren nach der Wiedervereinigung Deutschlands verzeichnen konnte, gehören vermutlich der Vergangenheit an. Im Jahr 2006 belief sich die Nettozuwanderung auf rund 4 200 Personen. Dies war der niedrigste Stand seit dem Fall der Mauer im Jahr 1989. Gegenüber den

anderen Bundesländern ergab sich ein Wanderungsgewinn, gegenüber dem Ausland entstand erneut ein leichter Wanderungsverlust.

Der Begriff „Wanderung“ in der amtlichen Statistik

Verlegung des alleinigen oder des Hauptwohnsitzes

Die Wanderungsstatistik erfasst die räumliche Bewegung von Personen über die Gemeindegrenzen innerhalb von Rheinland-Pfalz (Binnenwanderung) sowie die Zu- und Fortzüge über die Grenzen des Landes hinweg (Außenwanderung). Darüber hinaus werden auch Wechsel des Wohnungsstatus, wie die Änderung einer Nebenwohnung in eine Hauptwohnung, erhoben. Unter dem Begriff „Wanderung“ ist somit jedes Beziehen bzw. jeder Auszug aus einer alleinigen Wohnung oder einer Hauptwohnung sowie die Änderung des Status einer Wohnung zu verstehen. Umzüge innerhalb einer Gemeinde bleiben unberücksichtigt, da sie nicht zu einer Veränderung des Bevölkerungsstandes der Gemeinde führen.

Wanderungen innerhalb einer Gemeinde werden nicht erfasst

Wanderungsbilanz 2006 im Überblick

Im Jahr 2006 ergaben die Wanderungsbewegungen per Saldo einen Zuwanderungsüberschuss von rund 4 200 Personen. Dieser Wanderungsgewinn errechnete sich aus einem Wanderungsvolumen von

98 600 Zuzügen und 94 400 Fortzügen. Im Jahr zuvor lag der Wanderungsgewinn bei 7 900 Personen. Im Jahr 2001 zogen noch 21 000 Personen mehr nach Rheinland-Pfalz als das Land verließen. Im längerfristigen Vergleich sank das Wanderungsplus 2006 auf den niedrigsten Stand nach dem Fall der Mauer im Jahr 1989. Zum Vergleich: 1990, im Jahr der Wiedervereinigung Deutschlands, hatte der Saldo mit fast 63 000 einen Spitzenwert erreicht.

Wanderungsgewinn schrumpft

Der aktuelle Rückgang der Wanderungsgewinne ist auf eine gesunkene Zahl an Zuzügen bei einer gleichzeitig gestiegenen Zahl an Fortzügen zurückzuführen. So verlegten 2006 gut 1 500 Personen weniger ihren Hauptwohnsitz nach Rheinland-Pfalz als im Jahr zuvor, während 2 200 Personen mehr als im Vorjahr das Land verließen. Damit waren im Jahr 2006 – bis auf eine Ausnahme – die niedrigsten Zuzugszahlen seit 20 Jahren zu verzeichnen. Die Zahl der Fortzüge aus Rheinland-Pfalz hat sich seit 2004 stetig erhöht, liegt aber noch deutlich unter den Fortzugszahlen von Ende der 1990er-Jahre.



Gestiegener Wanderungsgewinn bei Ausländerinnen und Ausländern ...

Die Unterscheidung nach der Nationalität ergibt ein differenziertes Bild: Die Wanderungsbilanz der ausländischen Bevölkerung wies 2006 wie im Jahr zuvor mehr Zu- als Fortzüge aus. Mit 34 000 Zuzügen und 27 700 Fortzügen von Ausländerinnen und Ausländern ergab sich hier ein Zuwanderungsüberschuss von 6 300 Personen (2005: 6 000 Personen).

... aber Wanderungsverlust bei der deutschen Bevölkerung

Bei der deutschen Bevölkerung war dagegen erstmals seit 20 Jahren für Rheinland-Pfalz wieder ein Wanderungsverlust zu verzeichnen, der sich auf 2 100 Personen belief (64 700 Zuzüge gegenüber 66 800 Fortzügen). Im Jahr 2001 war für die deutsche Bevölkerung noch ein Wanderungsgewinn von 9 700 Personen festzustellen, der bis 2005 auf knapp 1 900 Personen zurückging.

Wanderungsgewinne gegenüber den anderen Bundesländern rückläufig

Die Wanderungen über die Landesgrenze – aus der Sicht des Landes die Außenwanderung – setzen sich zusammen aus dem Wanderungsgeschehen mit den anderen Bundesländern und dem Wanderungsgeschehen mit dem Ausland.

Auf die Wanderungsverflechtungen mit den anderen Bundesländern entfallen rund zwei Drittel des Außenwanderungsvolumens. Im vergangenen Jahr verlegten 66 700 Personen aus dem übrigen Bundesgebiet ihr Domizil nach Rheinland-Pfalz, während fast 61 500 Personen das Land mit einem Ziel in den anderen Bundesländern verließen. Daraus ergab sich ein Wanderungsgewinn von etwa 5 200 Personen. Ein Jahr zuvor

Zwei Drittel des Außenwanderungsvolumens entfallen auf andere Bundesländer

lag die Nettozuwanderung noch bei fast 9 000 Personen. Insgesamt wanderten in Rheinland-Pfalz seit dem Fall der Mauer im Jahr 1989 aus dem übrigen Bundesgebiet 295 000 Menschen mehr zu als dorthin abwanderten; davon kamen 91 000 aus den neuen Ländern.

Stärkere
Wanderungs-
verflechtungen
mit den Nachbar-
ländern

Die stärksten Wanderungsverflechtungen bestanden auch im Jahr 2006 erwartungsgemäß mit den großen Nachbarländern Nordrhein-Westfalen (16 800 Zu- und 16 000 Fortzüge), Hessen (14 400 Zu- und 13 200 Fortzüge) und Baden-Württemberg (13 400 Zu- und 12 700 Fortzüge).

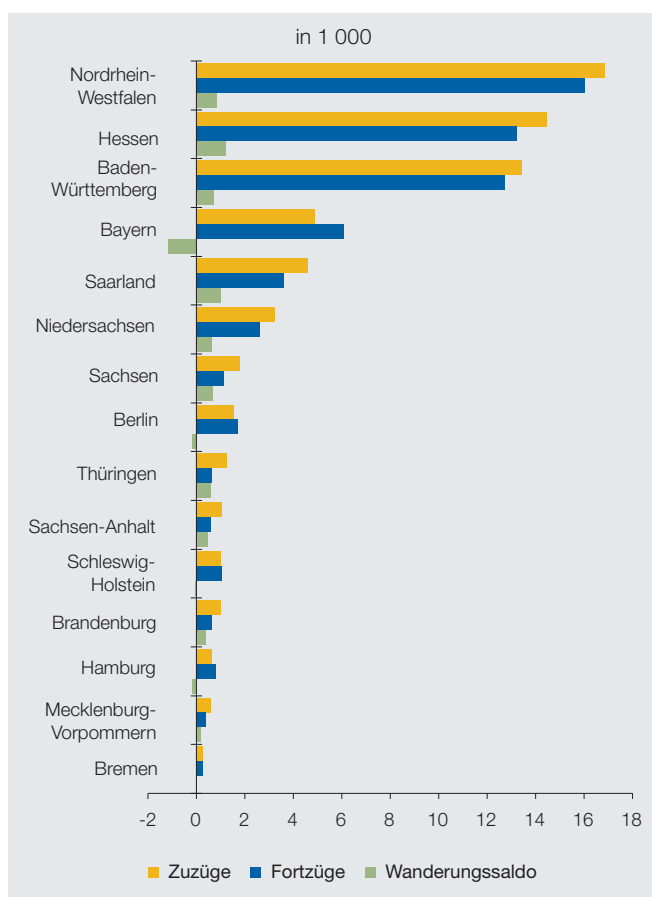
Das Wanderungsvolumen mit dem Saarland fällt dagegen bei 4 600 Zu- und 3 600 Fortzügen weniger ins Gewicht. Dennoch resultierte daraus nach Hessen (+1 200) und noch vor Nordrhein-Westfalen (+800) der zweitgrößte Wanderungsgewinn (+1 000) gegenüber einem anderen Bundesland im Jahr 2006. Die verhältnismäßig hohe Nettozuwanderung aus dem Saarland ist wohl nicht zuletzt auf die von den Städten Trier und Landau zum 1. Januar 2007 bzw. zum 1. Juni 2006 eingeführte Zweitwohnungsteuer zurückzuführen, die sicherlich viele aus dem Saarland stammende Studierende dazu veranlasst hat, ihre Nebenwohnung in Trier bzw. Landau in eine Hauptwohnung umzuwandeln.

Hoher Wanderungsgewinn gegenüber dem Saarland

Zweitwohnungsteuer beeinflusst Wanderungsstatistik

S 2

Wanderungsverflechtung mit den anderen Bundesländern 2006 nach Ländern



Aus den neuen Bundesländern verlegten im Jahr 2006 insgesamt rund 5 700 Personen ihren Hauptwohnsitz nach Rheinland-Pfalz, während umgekehrt 3 400 Personen aus Rheinland-Pfalz in die neuen Bundesländer abwanderten. Damit ist die Nettozuwanderung aus den neuen Bundesländern gegenüber dem Vorjahr leicht von 2 500 auf 2 300 Personen gesunken. Sie hat sich zwischen 2001 und 2006 von 4 700 auf 2 300 Personen mehr als halbiert. Diese Entwicklung ist auf eine von Jahr zu Jahr sinkende Zahl von Zuzügen bei annähernd konstanten Fortzugszahlen zurückzuführen. Die Wanderungsgewinne gegenüber den ostdeutschen Ländern entfielen hauptsächlich auf Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen.

Sinkende Zuzugszahlen verringern Wanderungsgewinne gegenüber den neuen Ländern

Wanderungsverluste gab es lediglich gegenüber Bayern (–1 200), Hamburg und Berlin (jeweils –200) sowie Schleswig-Holstein (–100).

Wanderungsverluste gegenüber vier Bundesländern

Wanderungsverlust gegenüber dem Ausland leicht gesunken

Höchster
Wanderungs-
verlust gegenüber
der Schweiz

Die Wanderungsverflechtungen mit dem Ausland¹⁾ umfassten im vergangenen Jahr 32 000 Zuzüge und 33 000 Fortzüge; sie führten damit zu einem Wanderungsverlust von 1 000 Personen. Im Jahr 2001 war noch ein Wanderungsgewinn von 8 100 Personen festzustellen, der seitdem kontinuierlich gesunken ist und 2005 – erstmals seit 2000 – wieder in einen negativen Saldo (–1 100 Personen) umschlug. Die höchsten Wanderungsverluste hatte Rheinland-Pfalz im vergangenen Jahr gegenüber der Schweiz (–512 Personen), Italien (–409 Personen), den Vereinigten Staaten (–327 Personen) sowie Kanada (–243 Personen) und Österreich (–225 Personen). Dem standen Nettozuwanderungen vor allem aus Polen gegenüber, die sich seit dem EU-Beitritt dieses Landes im Jahr 2004 von 1 500 auf 3 000 Personen im vergangenen Jahr verdoppelt haben. Daneben waren Luxemburg (+519 Personen) und Ungarn (+493 Personen) die Staaten mit dem höchsten Zuzugsüberschuss.

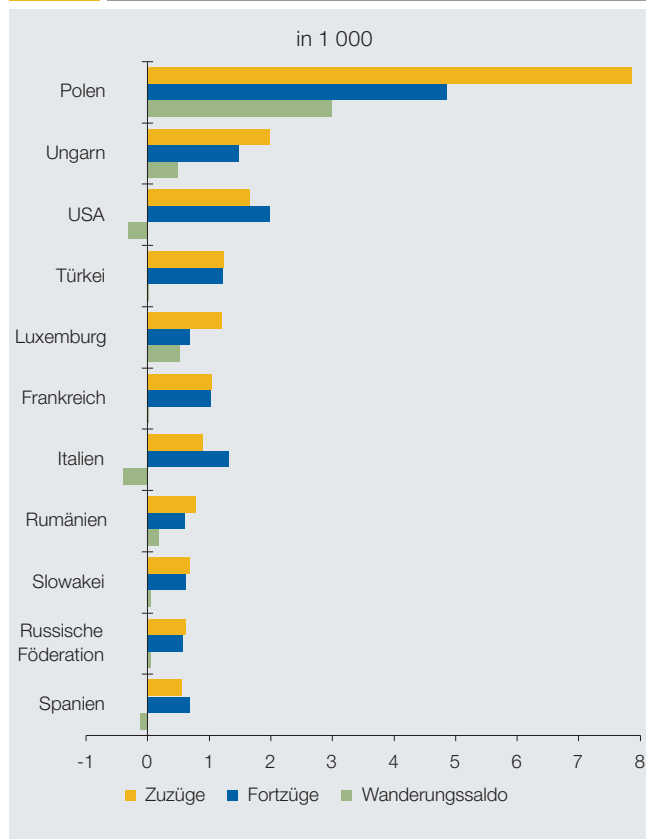
Die Migration zwischen Rheinland-Pfalz und dem europäischen Ausland führte 2006 zu einem Wanderungsgewinn von 3 100 Personen. Im Jahr 2001 lag der Zuwanderungsüberschuss gegenüber diesen Ländern noch bei 7 000 Personen. Der Rückgang resultierte aus allmählich abnehmenden Zuwanderungen und steigenden Abwanderungen, die insbesondere das Gebiet der ehemaligen Sowjetunion und die Türkei betrafen.

Bei den Wanderungsbewegungen mit dem außereuropäischen Ausland ergab sich 2006 ein Wanderungsgewinn von 400 Personen. Im Jahr 2001 lag der Wanderungs-

1) Einschließlich der Fälle mit unbekanntem Herkunfts- bzw. Zielgebiet.

S 3

Wanderungsverflechtung mit dem Ausland 2006 nach ausgewählten Staaten

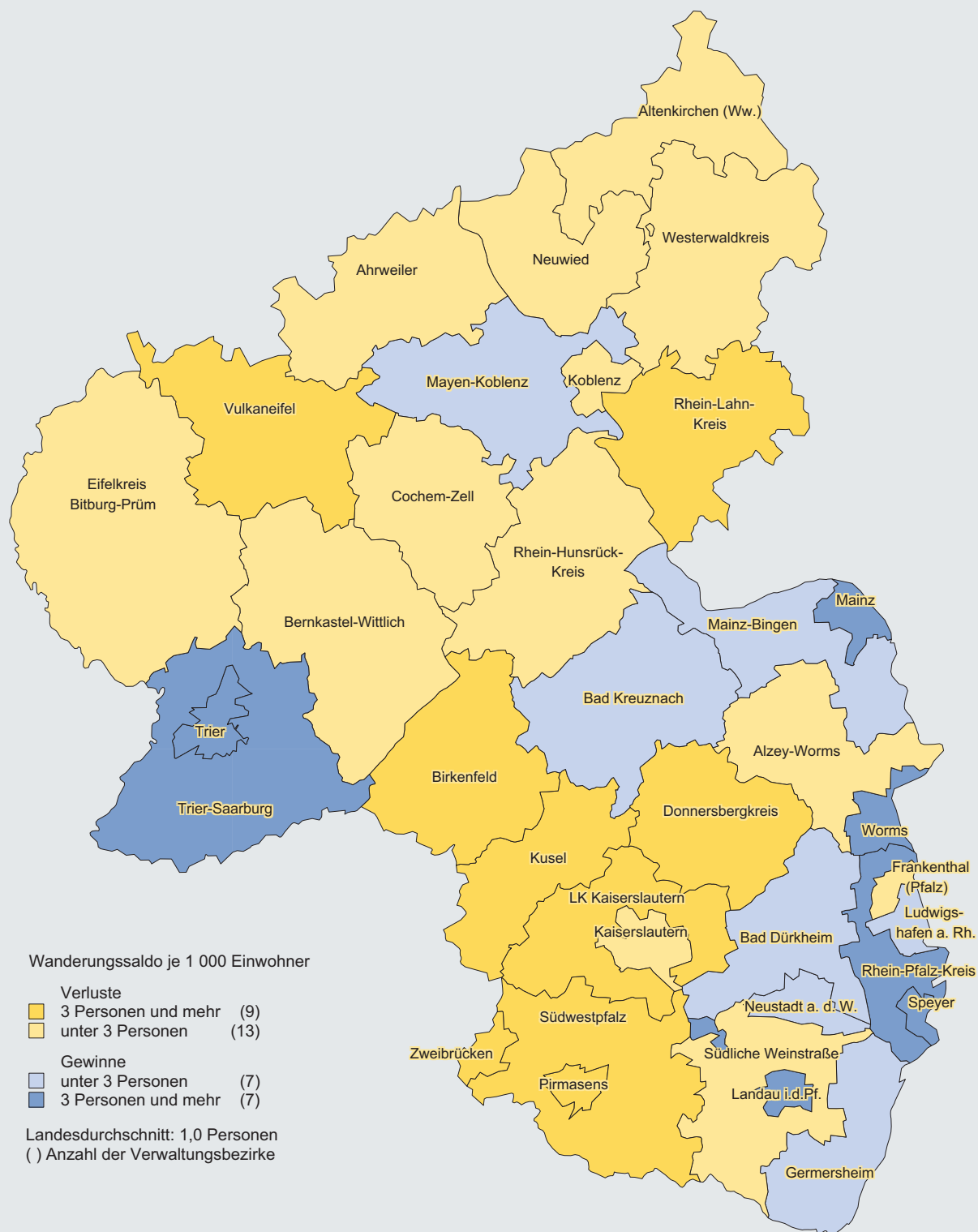


gewinn noch bei 6 200 Personen. Dieser Entwicklung liegt in erster Linie eine rückläufige Zahl von Zuzügen, aber auch eine steigende Zahl von Fortzügen, vor allem nach Asien, zugrunde.

Zahl der ins Ausland ziehenden Deutschen nimmt weiter zu

Im vergangenen Jahr wanderten 6 900 Deutsche, 600 mehr als im Jahr zuvor, aus Rheinland-Pfalz ins Ausland ab. Seit 2004 ist die Zahl der aus dem Ausland kommenden Deutschen auf jährlich etwa 4 400 Personen zurückgegangen, während die Zahl derer, die Rheinland-Pfalz ins Ausland verließen, kontinuierlich stieg; dies führte im Jahr 2006 zu einem Wanderungsverlust von 2 500 Personen.

2006 zogen
6 900 Deutsche
aus Rheinland-
Pfalz ins Ausland



USA
bevorzugtes
Zielland

Von den bevorzugten Zielländern sind an erster Stelle die Vereinigten Staaten zu nennen. Dorthin zog es 1 100 Deutsche aus Rheinland-Pfalz; es folgten die Schweiz (675), Frankreich (528), Polen (419) und Spanien (407). Insbesondere die Schweiz hat offensichtlich an Beliebtheit bei den deutschen „Auswanderern“ gewonnen, wie die im Jahr 2006 um 39% gestiegene Zahl der Fortzüge zeigt. Gemessen an der prozentualen Veränderung rücken auch andere Staaten in den Vordergrund. So war bei der Zahl der Deutschen, die nach Luxemburg abwanderten, gegenüber dem Vorjahr eine Steigerung von 33% zu verzeichnen, gefolgt von Spanien (+21%), Österreich (+20%) und Kanada (+13%).

Diese Zahlen lassen allerdings keine definitive Aussage darüber zu, ob es sich hier tatsächlich um Fortzüge im Sinne einer Auswanderung handelt, da in der Wanderungsstatistik keine Angaben über Dauer und Motiv der Migration erfasst werden. Gleichwohl kann aufgrund der in den letzten Jahren gestiegenen Fortzugszahlen bei gleichzeitig konstanten Zuzugszahlen von Deutschen aus dem Ausland vermutet werden, dass es sich bei einem Teil der Fälle um „echte“ Auswanderungen handelt.

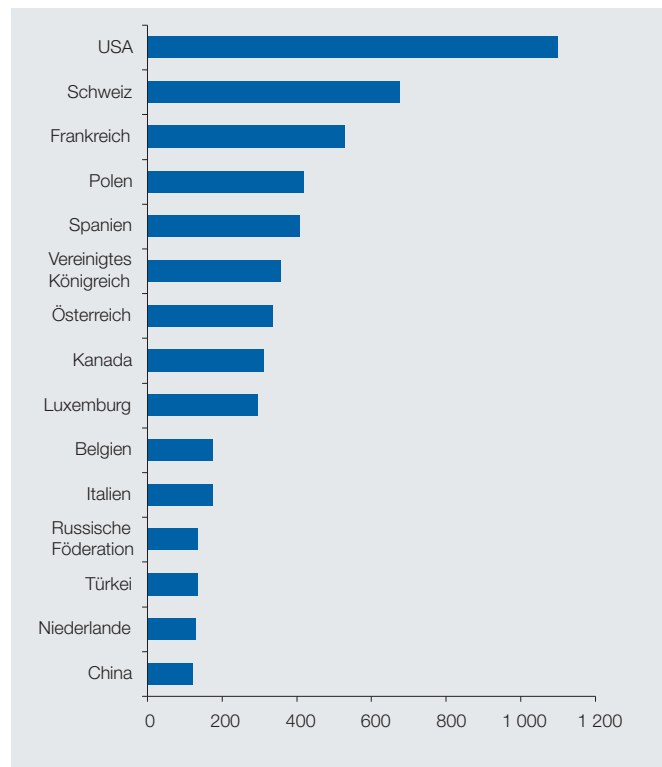
Deutliche regionale Unterschiede

14 Gebiete
mit positiver
Wanderungs-
bilanz

Eine regionalisierte Betrachtung des Wanderungsgeschehens zeigt deutliche Unterschiede auf der Kreisebene. Von den 36 Verwaltungsbezirken wiesen 14 im Jahr 2006 einen positiven Wanderungssaldo auf. Der mit Abstand höchste Wert ergab sich dabei mit 37,5 Personen je 1 000 Einwohner für die Stadt Trier, gefolgt von Landau mit 25,9 und Mainz mit 10. Zu den Wanderungsgewinnen dieser drei Universitätsstädte ist allerdings anzumerken, dass sie sich wahrscheinlich in erster Linie auf die

S 5

Fortzüge von Deutschen ins Ausland 2006 nach ausgewählten Staaten



Einführung einer Zweitwohnungsteuer im Laufe des Jahres 2006 bzw. Anfang 2007 und die damit einhergehende Umwandlung von Nebenwohnungen zu Hauptwohnungen zurückführen lassen. Am ungünstigsten verlief die Entwicklung der räumlichen Bevölkerungsbewegung in der kreisfreien Stadt Pirmasens, die einen Wanderungsverlust von 9,2 Personen je 1 000 Einwohner hinnehmen musste. Die höchsten positiven Salden unter den Landkreisen hatten der Rhein-Pfalz-Kreis (4,6), sowie die Kreise Trier-Saarburg (4,4) und Mainz-Bingen (2,3) zu verzeichnen.

Malte Usczeck, Diplom-Verwaltungswirt (FH), leitet das Sachgebiet Bevölkerung, Gebiet, Erwerbstätigkeit.

Landwirtschaftliche Flächenpotenziale zur Produktion biogener Rohstoffe



Von Gerd Kramer

Angesichts der abzusehenden Erschöpfung der Vorkommen fossiler Energieträger werden derzeit auf vielen Ebenen Anstrengungen unternommen, die Energieerzeugung der Zukunft auf eine nachhaltige Basis zu stellen. Als eine zielführende Option wird die verstärkte energetische Nutzung erneuerbarer Rohstoffe diskutiert. Neben der

Energiegewinnung durch den Rohstoff Holz aus der Forstwirtschaft werden auch Nutzungsalternativen aus der Landwirtschaft im zukunftsfähigen Energiemix aus erneuerbaren Energieträgern eine Rolle spielen. Landwirtschaftliche Nutzflächen werden dabei sowohl der klassischen Nahrungs- und Genussmittelerzeugung als auch der Produktion nachwachsender Rohstoffe zur Energiegewinnung dienen. In diesem Beitrag wird versucht, die sich derzeit aus den statistischen Quellen ergebenden verfügbaren Flächenpotenziale für biogene Nutzungsalternativen abzuschätzen.

Der zusätzliche Verbrauch von biogenen Rohstoffen aus der Landwirtschaft setzt die Verfügbarkeit entsprechender Flächen voraus. In die folgenden Betrachtungen zu potenziellen Flächen für Rohstoffe sind jene Flächen einbezogen, die derzeit landwirtschaftlich genutzt werden bzw. genutzt werden könnten. Unberücksichtigt bleiben dabei Siedlungs- und Verkehrsflächen, Wald- sowie Wasserflächen. Auch Faktoren, die die Nutzungsoption „Biogene Rohstoffe“ beeinflussen – wie z. B. die Veränderung des Selbstversorgungsgrades mit Grundnahrungsmitteln aus heimischer Produktion oder die Widmung potenzieller Rohstoff-

flächen für Naturschutzzwecke – bleiben außer Betracht.

Zur Untersuchung der Datenlage kommen aus flächenstatistischer Sicht zwei Erhebungen in Frage: die Bodennutzungshaupterhebung in den rheinland-pfälzischen landwirtschaftlichen Betrieben und die Flächenerhebung, in der die Landesfläche von Rheinland-Pfalz nach Nutzungsarten festgestellt wird.

Untersuchungsgrundlagen

Die Bodennutzungshaupterhebung ist eine seit 1958 durchgeführte agrarstatistische

Info

Biogene Rohstoffe

Der Begriff „Biogene Rohstoffe“ umfasst alle Rohstoffe pflanzlichen und tierischen Ursprungs. Er ist weiter gefasst als der ebenfalls vielfach gebräuchliche Terminus „Nachwachsende Rohstoffe“, der sich fast ausschließlich auf die pflanzlichen Rohstoffe bezieht. Der Verwendungszweck (z. B. für die menschliche Ernährung, als stoffliche Nutzung oder als Energieträger) ist dabei zweitrangig. Zu den Rohstoffen pflanzlichen Ursprungs zählen die Erzeugnisse aus der Landwirtschaft (z. B. Getreide, Gemüse, Obst) einschließlich ihrer sonstigen Bestandteile (z. B. Vegetationsrückstände wie Getreidestroh, Rübenblätter, Gehölzschnitt) und die Biomasse aus der Forstwirtschaft (z. B. Laubholz, Nadelholz, Rindenmulch). Rohstoffe tierischen Ursprungs stammen von den Tieren aus der Viehhaltung, der Fischerei und der Jagd (z. B. Fleisch, Wolle, Gülle). Aus diesen primären Rohstoffen lassen sich über weitere Verarbeitungsstufen Grundstoffe – wie Cellulose, Stärke, Kohlenhydrate, Fette, Alkohole, Öle, Gase usw. – herstellen, die wiederum zentrale Bausteine in Wertschöpfungsketten bilden.

Rohstoffe pflanzlicher und tierischer Herkunft können Alternativen zur heutigen, noch überwiegend auf fossiler Basis beruhenden energetischen und stofflichen Erzeugung darstellen – angesichts der abzusehenden Erschöpfung der Vorkommen an nicht erneuerbaren Rohstoffen zukünftig fast schon eine Notwendigkeit. Auch wegen der weitgehenden Neutralität in ihren CO₂-Bilanzen wird die verstärkte Ausrichtung auf biogene Rohstoffe global an Bedeutung gewinnen.

Daten der Landwirtschaftsverwaltung werden für die Agrarstatistik genutzt

Befragung in den landwirtschaftlichen Betrieben mit einer landwirtschaftlich genutzten Fläche (LF) von mindestens 2 ha.¹⁾ Im Rahmen der grundsätzlich als Primärstatistik aufgelegten Bodennutzungshaupterhebung wird heute auch auf Angaben aus der Landwirtschaftsverwaltung zurückgegriffen. Zur Validierung der landwirtschaftlich ge-

1) Diese Erfassungsgrenze gilt seit 1999. Darüber hinaus werden auch Betriebe mit geringerer landwirtschaftlich genutzter Fläche einbezogen, wenn sie bestimmte Kulturen anbauen (z.B. mehr als 0,3 ha bestockte Rebfläche) oder wenn ihre Nutztierhaltung einen bestimmten Umfang überschreitet (z.B. die Haltung von acht und mehr Schweinen).

2) Über einen Umsteigerkatalog werden die Flächen aus den Verwaltungsangaben in die Anbauflächen des statistischen Nutzungsartenkataloges umgesetzt.

nutzten Fläche aus der amtlichen Statistik ist es sinnvoll, die Flächenangaben aus der Bodennutzungshaupterhebung mit den Angaben aus Verwaltungsverfahren (Landwirtschaftliche Betriebsdatenbank) zu vergleichen.

In Tabelle 1 werden die Ergebnisse der Bodennutzungshaupterhebung (BO) und die Verwaltungsdaten der Landwirtschaftlichen Betriebsdatenbank (LBD) für das Jahr 2005 gegenübergestellt.²⁾ Das Ackerland aus dem Ergebnis der BO weicht von den Ackerflächen der LBD nur geringfügig ab. Die Fruchtartengruppen des Ackerlandes weisen Abweichungen zwischen 0,2% und 6% auf. Die Angaben zur Ackerflächenstilllegung stimmen sehr gut überein. Beim flächenmäßig bedeutenden Grünland übersteigen die Flächen aus der LBD die Flächen nach der BO um knapp 1%.

Die übrigen Zahlen zu den Kulturarten aus der LBD sind nicht repräsentativ für die Bodennutzung der Betriebe in Rheinland-Pfalz. Obstbaubetriebe und Baumschulen nehmen kaum Verwaltungsleistungen (Förderprogramme, Flächenstilllegung usw.) in Anspruch und sind folglich nicht in der Betriebsdatenbank vertreten. Die Angaben der LBD zur Rebfläche sind überhöht. Im Jahr 2005 kam es teilweise zu Doppelnachweisen von Flächen aus Förderprogrammen.

Wird die landwirtschaftlich genutzte Fläche der LBD um den Fehler bei der Rebfläche bereinigt, stehen sowohl aus der BO als auch aus der LBD rund 719 000 ha zu Buche. Wird zur landwirtschaftlich genutzten Fläche der BO die Differenz zu den geringfügig höheren Acker- (+ 876 ha) und Grünlandflächen (+2 329 ha) aus der LBD hinzugezählt, ergibt sich eine land-

Eckwert 2005:
725 000 ha LF
in der Hand von
Betrieben

T 1

Agrarflächen gemäß der Agrarstatistik bzw. der Landwirtschaftlichen Betriebsdatenbank 2005 nach Nutzungsarten

Nutzungsart	Bodennut- zungshaupt- erhebung (BO)	Landwirt- schaftliche Betriebsda- tenbank (LBD)	Abweichung LBD gegenüber BO	
			ha	%
Ackerland	396 396	397 272	876	0,2
Getreide einschließlich Mais	243 994	243 490	-504	-0,2
Hackfrüchte	30 975	30 524	-451	-1,5
Hülsenfrüchte	2 718	2 571	-147	-5,4
Gemüse, Erdbeeren, sonstige Gartengewächse	11 823	11 116	-707	-6,0
Handelsgewächse	40 724	41 500	776	1,9
Ackerfutterpflanzen	35 723	37 263	1 540	4,3
Flächen, für die eine Stilllegungsprämie gezahlt wird (einschließlich sonstige Brache)	30 846	31 016	170	0,6
Obstanlagen	5 621	3 565	-2 056	-36,6
Rebfläche	63 681	(77 316)	(13 635)	(21,4)
Baumschulen	634	161	-473	-74,6
Dauergrünland	251 594	253 923	2 329	0,9
Wiesen	63 610	63 780	170	0,3
Mähweiden	148 182	151 140	2 958	2,0
Weiden	35 057	33 728	-1 329	-3,8
Hutungen	4 745	5 275	530	11,2
Übrige landwirtschaftlich genutzte Fläche	956	445	-511	-53,5
Landwirtschaftlich genutzte Fläche	718 883	732 682	13 799	1,9
Nicht mehr genutzte Fläche	3 290	2 164	-1 126	-34,2
Wald, Forsten, Holzungen	24 336	18 960	-5 376	-22,1
Sonstige Flächen	7 879	6 990	-889	-11,3
Selbstbewirtschaftete Gesamtfläche der Betriebe	754 387	760 795	6 408	0,8

wirtschaftlich genutzte Fläche von rund 722 000 ha. Werden die nicht mehr genutzten Flächen der Betriebe (BO: 3 290 ha; LBD: 2 162 ha) hinzugerechnet, so liegt die Fläche der maximalen landwirtschaftlichen Nutzung bei gut 725 000 ha.

mehr oder weniger genutzte Grünlandpotenzial erstreckt sich über eine Fläche von etwa 254 000 ha.

Nachwachsende Rohstoffe mit steigender Bedeutung

Zur näheren Beschreibung der regionalen Flächenverfügbarkeit biogener Rohstoffe aus der Landwirtschaft ist ein Blick auf die Anbauflächen der Fruchtarten sinnvoll, die bereits jetzt nicht mehr den landbaulichen Schwerpunkt der Bereitstellung von Grundstoffen für die Ernährung von Menschen und Tieren darstellen. Hierbei handelt es sich um die breite Palette der Stoffe, die in der Landwirtschaft unter dem Begriff „Nachwachsende Rohstoffe“ vorzugsweise auf Ackerflächen angebaut werden (siehe Text-

725 000 ha für
landwirtschaft-
liche Produktion

Im Jahr 2005 standen demnach rund 725 000 ha in der Hand von Betrieben befindliche Flächen für die landwirtschaftliche Produktion zur Verfügung. Diese Fläche kann als relativ gesicherter Maximalwert der landwirtschaftlich genutzten oder nutzbaren Fläche der über die Agrarstatistik bzw. die Verwaltungsdaten erfassten Betriebe angesehen werden. Die ackerbauliche Nutzung beträgt dabei knapp 400 000 ha, davon sind rund 31 000 ha stillgelegte Flächen. Das

2006 etwa
1,56 Mill. Hektar
Anbaufläche für
Energie- und
Industriepflanzen

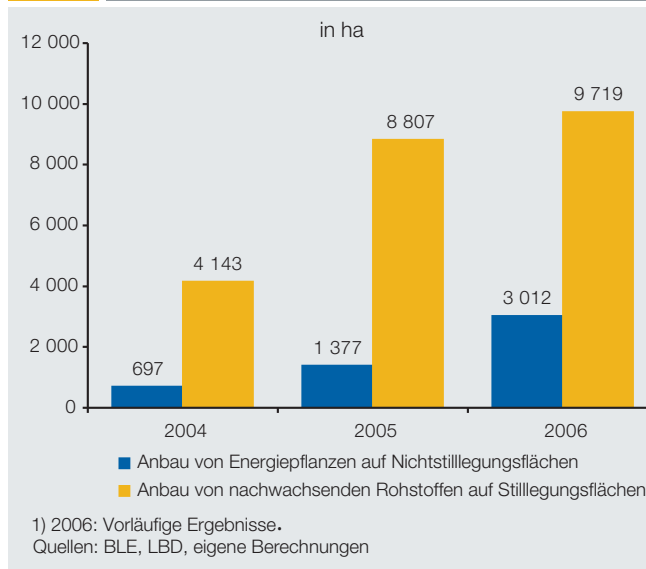
kasten „Biogene Rohstoffe“). Sie sind von zunehmender Bedeutung. Schätzungen der Fachagentur für Nachwachsende Rohstoffe e. V.³⁾ gehen deutschlandweit von 1,56 Mill. ha Anbaufläche für Energie- und Industriepflanzen im Jahr 2006 aus. Das entsprach etwa 13% des Ackerlandes.

Verlässliche Flächenangaben zu den nachwachsenden Rohstoffen aus amtlichen Quellen sind derzeit nicht möglich. Die Flächen für den Anbau nachwachsender Rohstoffe werden in der Bodennutzungsstatistik den einzelnen Fruchtarten zugeordnet. Sie sind also nicht in den Stilllegungsflächen des Ackerlandes enthalten. Konkrete Ansatzpunkte bieten derzeit nur Datenrecherchen aus Verwaltungsverfahren wie InVeKoS⁴⁾. Das vorhandene Anbaupotenzial nachwachsender Rohstoffe kann so zumindest über die Auswertung von stillgelegten Flächen und über Zahlen aus neueren Prämienregelungen⁵⁾ abgeleitet werden. Die Bundesanstalt für Landwirtschaft und Ernährung führt bundesweit eine Datenbank, aus welcher der Umfang an nicht für den Nahrungs- bzw. den Futtermittelsektor angebauten Fruchtarten des stillgelegten Ackerlandes und des Energiepflanzenanbaus ersichtlich ist.

Dabei ist aber grundsätzlich zu berücksichtigen, dass Flächenangaben zu Verwendungszwecken im Nicht-Nahrungsmittelbereich derzeit nur das widerspiegeln, was über Antragstellungsverfahren bei den

S 1

Anbauflächen von nachwachsenden Rohstoffen und Energiepflanzen 2004 – 2006¹⁾



Landwirtschaftsbehörden in die Landwirtschaftliche Betriebsdatenbank einfließt oder bei obersten Landesbehörden und oberen Bundesbehörden vorliegt. Insbesondere die seit 2004 bestehende Energiepflanzenprämie mit der Möglichkeit, auf nicht stillgelegten Flächen Pflanzen für eine energetische Verwendung anzubauen, wird derzeit nur von einem geringen Teil der Landwirte genutzt. Der tatsächlichen energetischen Verwendung zugrunde liegende Anbauzahlen, z. B. zum Einsatz von Getreide in Bioethanolanlagen oder von Silomais in Biogasanlagen, können derzeit nur grob geschätzt werden. Die „Dunkelziffer“ zur energetischen oder stofflichen Verwendung ist dementsprechend hoch. Erst mit einem differenzierten Fragenkatalog dürfte sich die Repräsentanz der Daten über die Erzeugung von Biogas erhöhen. Für 2007 werden dazu im Rahmen der Bodennutzungsstatistik die Betriebe befragt.

Energiepflanzen-
prämie nur von
wenigen Land-
wirten genutzt.

Wie aus Schaubild 1 ersichtlich wird, nahm der Umfang nachwachsender Rohstoffe

3) Siehe hierzu www.nachwachsende-rohstoffe.de.

4) Das „Integrierte Verwaltungs- und Kontrollsystem“ ermöglicht Flächennachweise aus der Agrarförderung.

5) Energiepflanzenprämie nach Verordnung (EG) Nr. 1782/2003 des Rates vom 29. September 2003 und Verordnung (EG) Nr. 1973/2004 der Kommission vom 29. Oktober 2004 in der jeweils geltenden Fassung. Im Gegensatz zum Anbau von nachwachsenden Rohstoffen auf stillgelegten Flächen ist der Energiepflanzenanbau (unter Gewährung einer Prämie von 45 Euro je ha) auf nicht stillgelegten Ackerflächen möglich.

auf Stilllegungsflächen und der Anbau von Energiepflanzen auf Nichtstilllegungsflächen in Rheinland-Pfalz in den Jahren 2004 bis 2006 von 4 800 ha auf 12 700 ha zu. Beide Anbaukategorien zusammen erreichten damit zuletzt gut 3% des Ackerlandes. Im Verhältnis zu den nachwachsenden Rohstoffen auf Stilllegungsflächen erlangte der Anbau von Energiepflanzen auf Nichtstilllegungsflächen dabei mehr und mehr an Bedeutung. Wie die Zahlen von 2006 zeigen, haben die Landwirte den Anbau von Energiepflanzen auf Nichtstilllegungsflächen relativ stark auf jetzt 3 000 ha ausgeweitet.

50 000 ha für
biogene Roh-
stoffe nutzbar

Die Fachagentur für nachwachsende Rohstoffe weist für Deutschland im Jahr 2005 einen Flächenanteil für biogene Rohstoffe von 12 bis 13% des Ackerlandes aus. Auf Rheinland-Pfalz übertragen wären dies rund 50 000 ha. Diese Zahl erscheint für das Jahr 2005 realistisch: Werden zu den Stilllegungsflächen (31 000 ha) die Flächen für nachwachsende Rohstoffe bzw. Energiepflanzen (10 200 ha) hinzugezählt, wird ein Ackerlandanteil von gut 10% erreicht. Wird weiterhin berücksichtigt, dass speziell im Futterpflanzenbereich aus dem Silomaisanbau (19 000 ha) nicht unbeträchtliche Ressourcen für hofeigene Biogasanlagen verwendet werden, und darüber hinaus nicht aufgegliederte Sammelpositionen des Ackerlandes aus der Bodennutzungsstatistik (z. B. „alle anderen Handelsgewächse“, „andere Ölfrüchte“) Flächenzugänge denkbar sind, so ergibt sich eine Gesamtfläche von 50 200 ha.

Flächenpotenziale außerhalb betrieblicher Nutzungen

Neben den Angaben über Flächen aus betrieblichen Landnutzungen stellen die Flächendaten der Landesvermessungs- und Katasterverwaltung Rheinland-Pfalz

geografische Basisinformationen dar. Sie werden im Rahmen der in vierjährlichem Turnus durchzuführenden Flächenerhebung aufbereitet.

Die Landwirtschaftsfläche der Flächenerhebung ist definiert als die Fläche, die der Landwirtschaft dient. Sie ist der vermessungstechnisch ermittelte landwirtschaftliche Teil der Gesamtfläche eines Gebietes (Gemarkung, Gemeinde, Kreis usw.) und insofern mit diesem genau verortet. Alle Flächen, die von der Vermessungs- und Katasterverwaltung nicht als Landwirtschaftsfläche eingestuft werden, unterliegen einer anderen Primärnutzung (Wald, Siedlung und Verkehr, Wasser usw.), der sogenannten „tatsächlichen Nutzung“. Diese Nutzungsarten werden regelmäßig im Rahmen von Feldvergleichen vor Ort aktualisiert.

Demgegenüber ist die landwirtschaftlich genutzte Fläche der Bodennutzungshaupterhebung an Betriebe gekoppelt. Die landwirtschaftlich genutzte Fläche der Betriebe besteht aus Eigentums- bzw. Pachtflächen und ist eindeutig mit der betrieblichen Eigenschaft verknüpft. Liegt kein landwirtschaftlicher Betrieb im Sinne der Statistik vor (z. B. weil ein Betrieb zu klein geworden ist und die vorgegebenen Erfassungsgrenzen nicht mehr erreicht), so tauchen dessen Flächen in der betrieblichen Bodennutzungsstatistik nicht auf. Bezüglich der Verortung der betrieblichen Flächen gilt, dass alle zum Betrieb gehörenden Flächen unabhängig von ihrer tatsächlichen geografischen Lage dort nachgewiesen werden, wo der Sitz des Betriebes liegt. Diese Flächen können demnach auch außerhalb des Gebietes liegen, in dem der Betrieb seinen Sitz hat.

T 2

Landwirtschaftsfläche 2004 und landwirtschaftlich genutzte Fläche der Betriebe 2005 nach Ländern

Land	Boden- fläche insgesamt	Landwirtschaftsfläche 2004		Landwirtschaftlich genutzte Fläche 2005			
		insgesamt	Anteil an der Boden- fläche	insgesamt	Anteil an der Boden- fläche	Abweichung gegenüber der Landwirtschafts- fläche	
						ha	%
		ha	%	ha	%	ha	%
Baden-Württemberg	3 575 174	1 655 939	46,3	1 446 464	40,5	-209 475	-12,7
Bayern	7 055 215	3 531 542	50,1	3 248 227	46,0	-283 315	-8,0
Brandenburg	2 947 808	1 461 714	49,6	1 336 335	45,3	-125 379	-8,6
Hessen	2 111 494	899 318	42,6	771 810	36,6	-127 508	-14,2
Mecklenburg- Vorpommern	2 317 845	1 481 277	63,9	1 358 119	58,6	-123 158	-8,3
Niedersachsen	4 761 972	2 897 943	60,9	2 634 501	55,3	-263 442	-9,1
Nordrhein-Westfalen	3 408 413	1 709 759	50,2	1 511 861	44,4	-197 898	-11,6
Rheinland-Pfalz	1 985 337	846 489	42,6	718 883	36,2	-127 606	-15,1
Saarland	256 974	113 501	44,2	78 628	30,6	-34 873	-30,7
Sachsen	1 841 482	1 025 389	55,7	913 120	49,6	-112 269	-10,9
Sachsen-Anhalt	2 044 591	1 281 208	62,7	1 174 257	57,4	-106 951	-8,3
Schleswig-Holstein	1 576 329	1 119 599	71,0	1 007 366	63,9	-112 233	-10,0
Thüringen	1 617 196	873 629	54,0	799 422	49,4	-74 207	-8,5
Stadtstaaten	205 134	35 139	17,1	24 966	12,2	-10 173	-29,0
Deutschland	35 704 963	18 932 446	53,0	17 023 959	47,7	-1 908 487	-10,1

Aus der Gegenüberstellung von Landwirtschaftsfläche und landwirtschaftlich genutzter Fläche können die Flächenreserven sichtbar gemacht werden, die noch über die momentane betriebliche Nutzung hinaus landwirtschaftlich genutzt werden können. Liegt der Anteil der von den (über die Agrarstatistik erfassten) landwirtschaftlichen Betrieben genutzten Flächen an der Landwirtschaftsfläche unter 100% bzw. ist die Relation der landwirtschaftlich genutzten Fläche zur Gesamtfläche kleiner als die der Landwirtschaftsfläche zur Gesamtfläche, ergibt sich eine potenzielle Flächenverfügbarkeit für landwirtschaftliche Nutzungen. Derartige Flächen könnten somit z. B. auch für die Produktion biogener Rohstoffe in Frage kommen. Die Flächendifferenz zwischen der Landwirtschaftsfläche und landwirtschaftlich genutzten Fläche ist das direkte Maß für die Flächenverfügbarkeit in einem bestimmten Gebiet.

Tabelle 2 stellt Landwirtschaftsfläche und landwirtschaftlich genutzte Fläche der Betriebe in den einzelnen Bundesländern gegenüber. Bundesweit besteht ein Unterschied von 5,3 Prozentpunkten zwischen den auf die Gesamtfläche bezogenen Anteilen der Landwirtschaftsfläche bzw. der landwirtschaftlich genutzten Fläche. Während die Landwirtschaftsfläche in Deutschland bei einem Anteil von 53% liegt, erreicht die landwirtschaftlich genutzte Fläche nur 47,7%. In absoluten Zahlen entspricht dies einer – über die Bundesländer verteilten – Fläche von 1,9 Mill. ha. Das ist ein Flächenunterschied, der immerhin fast der Landesfläche von Rheinland-Pfalz entspricht.

In allen Bundesländern ist die landwirtschaftlich genutzte Fläche geringer als die Landwirtschaftsfläche. Dass Betriebe nicht alle Flächen nutzen, die für die Landwirtschaft zur Verfügung stehen, ist zu erwarten. Insgesamt liegt die landwirtschaftlich genutz-

Deutschlandweites
Flächenpotenzial
von 1,9 Mill. ha

T 3 Bodenfläche 1996, 2000 und 2004 ¹⁾ nach Nutzungsarten						
Schlüsselnummer	Nutzungsart	1996	2000	2004		
				Fläche	Anteil	Veränderung zu 2000
				ha	%	
100/200	Gebäude- und Freifläche	103 073	108 349	113 444	5,7	4,7
300	Betriebsfläche	10 143	10 286	10 663	0,5	3,7
310	darunter Abbauland	4 748	4 721	4 702	0,2	-0,4
400	Erholungsfläche	29 050	30 040	30 950	1,6	3,0
500	Verkehrsfläche	118 292	119 737	121 755	6,1	1,7
600	Landwirtschaftsfläche	861 714	850 123	846 489	42,6	-0,4
610	Ackerland	496 286	476 529	464 157	23,4	-2,6
620	Grünland	282 990	289 567	297 415	15,0	2,7
630	Gartenland	2 715	2 606	2 512	0,1	-3,6
640	Weingarten	69 046	68 367	67 358	3,4	-1,5
650	Moor	62	62	61	0,0	-1,8
660	Heide	5	5	4	0,0	-22,8
670	Obstanbaufläche	9 172	9 000	8 568	0,4	-4,8
680	Landwirtschaftliche Betriebsfläche	825	865	868	0,0	0,3
690	Brachland	613	3 123	5 547	0,3	77,7
700	Waldfläche	806 179	809 806	823 612	41,5	1,7
800	Wasserfläche	26 950	27 014	27 112	1,4	0,4
900	Flächen anderer Nutzung	29 901	29 951	11 312	0,6	-62,2
940	darunter Friedhof	1 906	1 938	1 952	0,1	0,7
999	Bodenfläche insgesamt	1 985 303	1 985 308	1 985 337	100	0,0
100/200, 300 (ohne 310), 400, 500, 940	Siedlungs- und Verkehrsfläche	257 716	265 630	274 061	13,8	3,2

1) Stichtag jeweils 31.12.; einschließlich des gemeinschaftlichen deutsch-luxemburgischen Hoheitsgebietes.

Deutsche regionale Unterschiede

te Fläche in Deutschland rund 10% unter der Landwirtschaftsfläche. Wie ein Blick auf die einzelnen Bundesländer zeigt, sind die regionalen Unterschiede beträchtlich. Die Stadtstaaten und das Saarland weisen mit Abweichungen von –29 bis –31% die größten Unterschiede auf. Unter den Flächenländern ist Rheinland-Pfalz mit –15,1% das Land mit der zweitgrößten Abweichung. Mit Hessen (–14,2%), Baden-Württemberg (–12,6%) und Nordrhein-Westfalen (–11,6%) folgen drei Bundesländer, die – ebenso wie das Saarland – an Rheinland-Pfalz grenzen. Damit ergibt sich im mittleren Teil Westdeutschlands ein räumlicher Schwerpunkt mit hohen Flächendifferenzen.

Besonders hoch sind die Flächenunterschiede in den von Mittelgebirgen und einem hohen Waldanteil – und dementsprechend einem relativ geringen Anteil an Landwirtschaftsfläche – geprägten Ländern Rheinland-Pfalz, Hessen und Saarland. Die Anteile der landwirtschaftlich genutzten Fläche der Betriebe an der Bodenfläche insgesamt sind hier – abgesehen von den Stadtstaaten – die niedrigsten in Deutschland. Das bedeutet, dass die Verfügbarkeit von Flächen, die nicht von landwirtschaftlichen Betrieben genutzt werden, besonders hoch ist. In Rheinland-Pfalz waren es im Jahr 2005 fast 128 000 ha, das entsprach 6,4% der Landesfläche.

T 4

Agrarflächen gemäß Flächenerhebung 2004 bzw. Agrarstatistik/LBD 2005 nach Nutzungsarten

Flächenerhebung (FE) 2004			Bodennutzungshaupterhebung (BO)/Landwirtschaftliche Betriebsdatenbank (LBD) 2005		
Nutzungsart	Fläche FE		Fläche BO/LBD		Nutzungsart
	insgesamt	Anteil an der Landwirtschaftsfläche	insgesamt	Anteil an der landwirtschaftlich genutzten Fläche	
	ha	%	ha	%	
Landwirtschaftsfläche	846 489	100	725 377	100	Landwirtschaftlich genutzte Fläche ¹⁾
Ackerland ²⁾	465 517	55,0	397 272	54,8	Ackerland ³⁾
Grünland	297 415	35,1	253 923	35,0	Dauergrünland ³⁾
Baumschule	1 152	0,1	634	0,1	Baumschulen
Weingarten	67 358	8,0	63 681	8,8	Rebfläche
Obstanbaufläche	8 568	1,0	5 621	0,8	Obstanlagen
Brachland	5 547	0,7	3 290	0,5	Nicht mehr genutzte Fläche
Sonstige Landwirtschaftsfläche ⁴⁾	933	0,1	956	0,1	Übrige LF ⁵⁾

1) Einschließlich nicht mehr genutzter Fläche. – 2) Einschließlich Gartenland (ohne Baumschule). – 3) Ergebnis der LBD. – 4) Landwirtschaftliche Betriebsfläche, Moor, Heide. – 5) Haus- und Nutzgärten, Weihnachtsbaumkulturen, Korbweiden- und Pappelanlagen außerhalb des Waldes.

Entwicklung der Flächen geht auf veränderte Erhebungsmethodik zurück

Tabelle 3 stellt die Ergebnisse der letzten drei Flächenerhebungen für Rheinland-Pfalz dar. Bei der Entwicklung der Landwirtschaftsfläche zwischen 2000 und 2004 (–0,4%) sowie bei der Zunahme des Grünlandes bzw. dem Rückgang des Ackerlandes spielen Zugänge von vormals militärischen Nutzung zugeordnet waren. Eine wirkliche Nutzungsartenänderung liegt nicht vor. Die zunehmenden Flächen bei Grünland und Brachland sind mit eine Folge dieser erhebungsmethodischen Änderungen. Zukünftig sind aber nur noch Zugänge aus dem militärischen Übungsgelände (2004: 3 000 ha) zu erwarten.

Landwirtschaftsfläche um 121 000 ha größer als LF der Betriebe

Wie eingangs anhand der Bodennutzungshaupterhebung nach der Landwirtschaftlichen Betriebsdatenbank überschlägig ermittelt, stellt eine Fläche von rund 725 000 ha die maximale landwirtschaftliche Nutzung der Betriebe dar. Nicht mehr genutzte Flächen der Betriebe sind in dieser Zahl enthalten. Dieser Fläche stehen

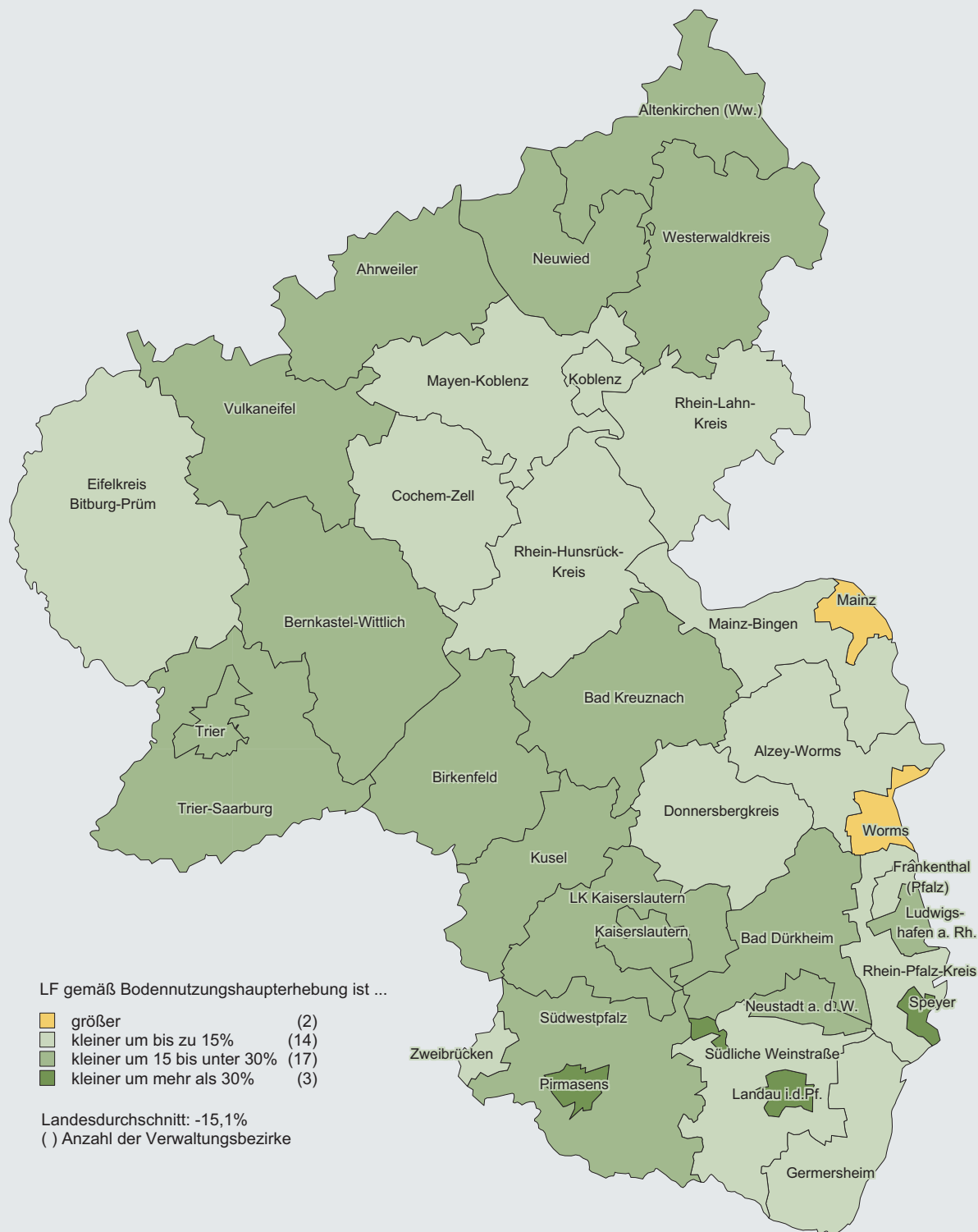
846 000 ha an Landwirtschaftspotenzial gegenüber, das sind fast 17% mehr. Vormals militärische Nutzungen sind hier methodisch weitgehend integriert. Es bleibt also festzuhalten, dass es in Rheinland-Pfalz einen erheblichen Flächenüberhang an landwirtschaftlich nutzbaren, aber nicht von Betrieben genutzten Flächen gibt, der sich im Jahr 2004 auf rund 121 000 ha belief. Hieraus können sich Nutzungsoptionen für biogene Rohstoffe ergeben. Darüber hinaus stehen innerhalb der landwirtschaftlich genutzten Fläche der Betriebe für die Erzeugung biogener Rohstoffe derzeit rund 50 000 ha (30 000 ha stillgelegte Flächen sowie 20 000 ha mit nachwachsenden Rohstoffen) zur Verfügung.

Beträchtliche regionale Überhänge bei der Landwirtschaftsfläche in Rheinland-Pfalz

Schaubild 2 stellt als thematische Karte auf der Ebene der zwölf kreisfreien Städte und 24 Landkreise von Rheinland-Pfalz

S 2

Abweichung der landwirtschaftlich genutzten Fläche (Bodennutzungshaupterhebung 2005) gegenüber der Landwirtschaftsfläche (Flächenerhebung 2004) in den kreisfreien Städten und Landkreisen



dar, wie sich die festgestellten Unterschiede zwischen Landwirtschaftsfläche und landwirtschaftlich genutzte Fläche regional verteilen. Der Darstellung liegen die Kreisergebnisse der Flächenerhebung 2004 und der Bodennutzungshaupterhebung 2005 zugrunde.

In nahezu allen Verwaltungsbezirken – mit Ausnahme von Mainz und Worms – ist die landwirtschaftlich genutzte Fläche kleiner als die Landwirtschaftsfläche. Gebiete, in denen die landwirtschaftlich genutzte Fläche der Betriebe überdurchschnittlich von der Bezugsbasis Landwirtschaftsfläche nach unten abweicht, stellen Räume dar, in denen das nicht von Betrieben genutzte Landwirtschaftspotenzial besonders hoch ist. Die Abweichungen nach oben in den beiden Städten können bedeuten, dass im Stadtbereich ansässige Betriebe massiv auf Flächen zurückgreifen, die im Umland liegen. Das kann im Einzelfall durchaus vorkommen, da der Siedlungsdruck auf landwirtschaftliche Flächen in dicht besiedelten Gebieten hoch ist und dadurch die Möglichkeiten von Flächenaufstockungen für die Betriebe eingeschränkt werden.

Westerwaldkreis
mit hohen Flächen-
differenzen

Über dem Landesdurchschnitt liegende Überhänge der Landwirtschaftsfläche zeigen vor allem im nördlichen Landesteil die rechtsrheinischen Kreise im Westerwald und die Eifelregion (Landkreise Ahrweiler, Bernkastel-Wittlich und Vulkaneifel, Raum Trier). Der Westerwaldkreis hat mit einer um 10 400 ha niedrigeren landwirtschaftlich genutzten Fläche gegenüber der Landwirtschaftsfläche (39 000 ha) auch die relativ größte Differenz aller Landkreise aufzuweisen (–27%). Sie macht über 10% der gesamten Fläche des Westerwaldkrei-

ses aus. Auch die Nord- und die Westpfalz (Landkreise Südwestpfalz, Kaiserslautern und Kusel) stellen Gebiete dar, in denen die landwirtschaftlich genutzte Fläche der Betriebe die Landwirtschaftsfläche deutlich unterschreitet. Umgekehrt zeigt sich, dass in Regionen mit intensiver Landnutzung, wie in der Vorderpfalz (Gemüse) oder auf dem Maifeld (Ackerbau, Viehhaltung), der das Verhältnis der landwirtschaftlich genutzten Fläche zur Landwirtschaftsfläche relativ ausgeglichen ist (Rhein-Pfalz-Kreis: –600 ha bzw. –3,4%, Landkreis Mayen-Koblenz: –2 500 ha bzw. –6,2%).

Hohe Differenzen
auch in der Nord-
und Westpfalz

Flächendeckende rohstoffliche Nutzung nicht gewährleistet

Aus der regionalen Gegenüberstellung von Daten der Flächenerhebung und der Bodennutzungshaupterhebung ergeben sich teilweise beträchtliche Diskrepanzen. In der Bodennutzungsstatistik allein zeigt sich, dass eine vom Umfang her in den letzten Jahren in etwa gleichbleibende Bodennutzung sich auf immer weniger landwirtschaftliche Betriebe konzentriert. Dadurch steigt die durchschnittliche Betriebsgröße von Jahr zu Jahr (2005: 26,3 ha landwirtschaftlich genutzte Fläche je Betrieb). Sich vergrößernde Hauptidealbetriebe wirtschaften vielfach über ihre Ortsgrenzen hinaus. Andererseits ist festzustellen, dass die flächendeckende betriebliche Präsenz der Bauernhöfe in Rheinland-Pfalz nicht mehr selbstverständlich ist. So gab es 2005 bereits 74 Ortsgemeinden ohne einen Bauernhof. Besonders in den rheinland-pfälzischen Mittelgebirgslagen ist der Rückzug der betrieblichen Landwirtschaft mittlerweile nicht mehr zu übersehen. Das betrifft sowohl das Landschaftsbild in der Feldflur wie auch

das Ortsbild in den Dorfkernen. Inwiefern die beabsichtigten Anstrengungen zur verstärkten energetischen Nutzung biogener Rohstoffe es vermögen, dem entgegenzuwirken, bleibt eine spannende Frage für die Dorfentwicklung im ländlichen Raum.

Gerd Kramer, Diplom-Umweltwissenschaftler, leitet das Sachgebiet „Auswertungen Landwirtschaft und Umwelt“.

Wirtschaft in Rheinland-Pfalz

Von Dr. Ludwig Böckmann und Thomas Kirschey

Geschäftsklimaindex gibt im September weiter nach

Der ifo Geschäftsklimaindex für die gewerbliche Wirtschaft gilt als wichtiger qualitativer Frühindikator für die Konjunktur in Deutschland. Für seine Ermittlung befragt das Münchener ifo Institut monatlich 7 000 Unternehmen.

Geschäftsklimaindex sinkt zum vierten Mal in Folge

Im September hat der ifo Geschäftsklimaindex zum vierten Mal in Folge nachgegeben. Er sank von 105,8 auf 104,2 Punkte. Üblicherweise werden bereits drei aufeinanderfolgende Rückgänge als Signal für eine bevorstehende konjunkturelle Abkühlung gewertet. Das ifo Institut sieht erste konjunkturelle Bremsspuren. Vier Faktoren sind es, welche die Stimmung in den deutschen Unternehmen derzeit trüben: der starke Euro, der hohe Ölpreis, die Hypothekenmarktkrise und eine mögliche Abschwächung der US-Konjunktur.

Lagebeurteilung und Erwartungen ungünstiger

Im Vergleich zum August haben sich bei den befragten Unternehmen sowohl die aktuelle Lageeinschätzung als auch die Erwartungen für die kommenden sechs Monate abgeschwächt. Der Lageindex fiel von 111,4 auf 109,9 Punkte und der Erwartungsindex verringerte sich von 100,4 auf 98,7 Punkte.

Klimaver-schlechterung im verarbeitenden Gewerbe, im Bauhauptgewerbe und im Einzelhandel

In drei von vier befragten Bereichen der gewerblichen Wirtschaft hat sich das Geschäftsklima eingetrübt. Im verarbeitenden Gewerbe, im Bauhauptgewerbe und im Einzelhandel verschlechterten sich sowohl die Einschätzung der aktuellen Lage als auch die Beurteilung der Geschäftsaussichten.

Lediglich im Großhandel war die Stimmung deutlich besser als im Vormonat. Bei den

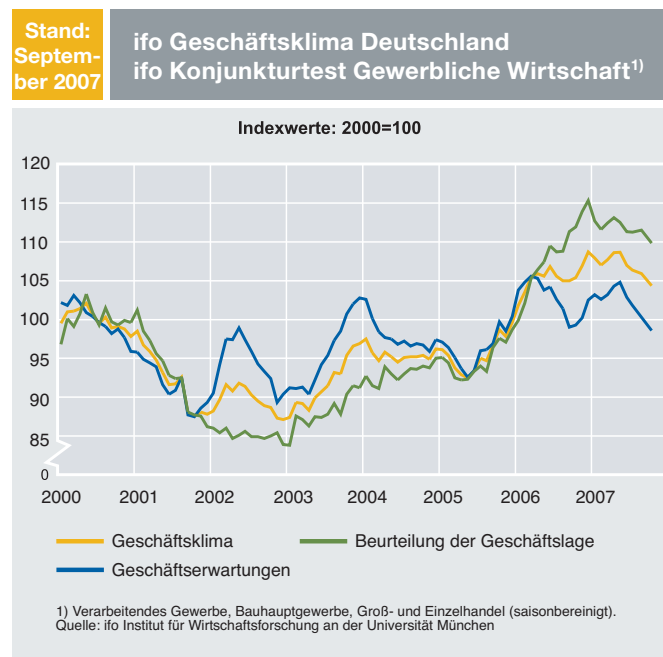
befragten Großhändlern zeigte sich eine höhere Zufriedenheit mit der aktuellen Geschäftslage und auch eine größere Zuversicht hinsichtlich der Geschäftsaussichten.

Bessere Stimmung im Großhandel

Auftragseingänge im verarbeitenden Gewerbe stiegen stärker als in den Vormonaten

Die Auftragseingänge sind quantitative Frühindikatoren der Konjunkturentwicklung; sie laufen der Konjunktur um mehrere Monate voraus. Die Beobachtung der Frühindikatoren ermöglicht einen gewissen Ausblick auf die künftige konjunkturelle Entwicklung. Da die Auftragseingänge des verarbeitenden Gewerbes, etwa aufgrund von Großaufträgen, von Monat zu Monat stark schwanken können, wird zur Konjunkturbeurteilung der gleitende Drei-Monats-Durchschnitt herangezogen.

Im rheinland-pfälzischen verarbeitenden Gewerbe werden seit November 2003 stei-



Auftragseingänge des verarbeitenden Gewerbes im Juni 2007 gegenüber dem Vorjahr um 9,2% gestiegen

gende Auftragseingänge im Vergleich zum jeweiligen Vorjahresmonat festgestellt. Der Anstieg im April 2006 markierte mit +16,1% den höchsten Zuwachs, der in den letzten Jahren beobachtet wurde. Im Juni 2007 fiel die Verbesserung gegenüber dem Vorjahresmonat mit +9,2% wieder etwas stärker aus als zuletzt im April (+8,1%) und Mai (+7,6%).

Auslandsaufträge steigen stärker als Inlandsaufträge

Die Auftragsentwicklung im verarbeitenden Gewerbe wurde im Juni 2007 erneut von Zuwächsen sowohl auf den Inlands- als auch auf den Auslandsmärkten getragen. Wie schon im Mai ist die heimische Nachfrage allerdings schwächer gestiegen als die Auslandsnachfrage. Davor war in den Monaten von Februar bis April ein höheres Auftragsplus aus dem Inland zu beobachten. Im Juni wurde mit +6% zudem der niedrigste Zuwachs der Inlandsaufträge seit Juli 2005 registriert. Der Anstieg der Bestellungen aus dem Ausland war mit +12,2% dagegen wieder deutlich höher als im bisherigen Jahresverlauf. Im Mai 2007 hatte die Zuwachsrate der Auftragseingänge aus dem Inland noch bei 7,1% und die der Auslandsbestellungen bei 7,9% gelegen.

Auftragseingänge in der chemischen Industrie nur noch 4,7% über Vorjahresniveau

Im Wirtschaftszweig „Herstellung von chemischen Erzeugnissen“ (Anteil am Umsatz des verarbeitenden Gewerbes: 33%) erhöhten sich im Juni 2007 die Auftragseingänge nur um 4,7% gegenüber dem Juni des Vorjahres. Der Anstieg war damit niedriger als in jedem der vorangegangenen 15 Monate. In den ersten fünf Monaten dieses Jahres hatte das Auftragsplus in der chemischen Industrie zwischen 6,2% im April und 9,9% im März gelegen.

Die aktuelle Entwicklung wurde von Zuwächsen auf den Märkten im In- und Ausland getragen. Bei den Bestellungen aus dem Inland kam es nach dem Spitzenwert vom Mai (+16,1%) nur noch zu einem Auftragsanstieg

von 9,3%, nachdem zuvor zehnmal in Folge Zuwachsraten im zweistelligen Bereich zu beobachten waren. Die Verbesserung der inländischen Auftragseingänge gegenüber dem Vorjahr ist seit August 2006 größer als die der ausländischen Bestellungen. Die Zuwachsrate bei den Aufträgen aus dem Ausland erreichte im Juni lediglich 2,4%, nach 4,5% im Vormonat.

Im Fahrzeugbau, der etwa 16% zum Gesamtumsatz des verarbeitenden Gewerbes beisteuert, erhöhten sich die Auftragseingänge im Juni 2007 gegenüber dem Vorjahresmonat mit +20,3% wieder kräftig. Damit war zum neunten Mal in Folge eine zweistellige Zuwachsrate zu verzeichnen. Nach den Spitzenwerten vom Februar (+30,9%) und März (+27,9%) hatte der Anstieg der Auftragseingänge zuletzt 16,7% im April bzw. 10,6% im Mai betragen.

Während im März und April das gute Inlandsgeschäft die Entwicklung geprägt hatte, übertrafen die ausländischen Bestellungen im Mai und nun auch im Juni den Anstieg der Binnennachfrage deutlich. Die inländische Nachfrage nach Fahrzeugen und Komponenten aus der heimischen Produktion nahm im Mai und Juni nur noch um 2 bzw. 0,8% zu, nach 21,3% im April. Die Nachfrage aus dem Ausland stieg im Juni dagegen um 38,8%, nachdem sie sich im April und Mai um 12,8 bzw. 18,6% erhöht hatte.

In der Metallerzeugung und -verarbeitung (Umsatzanteil im verarbeitenden Gewerbe: 11%) stiegen die Auftragseingänge im Juni 2007 gegenüber dem entsprechenden Vorjahresmonat um 2,7%. Bereits seit März hatte es wieder Auftragszuwächse gegeben, nachdem zuvor fünfmal hintereinander ein Rückgang zu verzeichnen war. Zuletzt hatte der Anstieg im Mai 1,6% betragen.

Auftragseingänge aus dem Ausland im Fahrzeugbau wieder deutlich gestiegen

Leichtes Nachfrageplus in der Metallerzeugung und -verarbeitung

Auftragseingänge aus dem Ausland steigen im Maschinenbau wieder deutlich

Bei den Inlandsbestellungen kam es im Juni zu einem Zuwachs um 4%, nach einem Plus von 5% im Vormonat. Die Auslandsaufträge stiegen im Juni im Vorjahresvergleich mit +0,7% wieder leicht an, nachdem sie im Mai mit –3% rückläufig gewesen waren.

Im Maschinenbau (Anteil am Umsatz des verarbeitenden Gewerbes: 9%) stieg die Nachfrage im Juni 2007 im Vorjahresvergleich um 15,2% und damit wieder deutlich stärker als in den vorangegangenen Monaten. Ähnlich kräftige Auftragssteigerungen hatte es zuletzt von Mai bis Oktober 2006 gegeben. Seit Beginn des Jahres 2007 hatte die Zuwachsrate nicht mehr im zweistelligen Bereich gelegen. Zuletzt war im April und Mai lediglich ein Anstieg von 3,4 bzw. 7% zu verzeichnen.

Sowohl die Inlands- als auch die Auslandsaufträge trugen zu der positiven Entwicklung bei. Die heimische Nachfrage stieg im Juni gegenüber dem Vorjahresmonat um 12,9%. Im Mai war es hier nur zu einem Auftragsplus von 6,7% gekommen, nachdem im Februar mit +23,8% sogar die höchste Zuwachsrate der letzten Jahre zu verzeichnen war. Die Auftragszahlen aus dem Ausland zogen sogar noch kräftiger an. Der Anstieg der Bestellungen belief sich im Juni im Vorjahresvergleich auf 16,7%, nach 7,1% im Mai. Davor hatte es im März und April zweimal hintereinander Rückgänge um jeweils 2% gegeben.

Leichte Zuwächse der Auftragseingänge im Bauhauptgewerbe – Zahl der Baugenehmigungen sinkt weiter

Auftragseingänge im Bauhauptgewerbe steigen um 0,8%

Im Bauhauptgewerbe ist der Drei-Monats-Durchschnitt des Auftragseingangs im Juni 2007 gegenüber dem Vorjahresmonat um 0,8% gestiegen. Davor war es im Mai zu einem Plus von 2,6% gekommen – nach

einer deutlichen Zunahme um 13,2% im April und einem geringfügigen Anstieg um 0,7% im März. Auch in den vorangegangenen Monaten hatte sich in der Baubranche keine eindeutige Tendenz gezeigt. Im Vorjahresvergleich stark steigende Auftragseingänge im Dezember 2006 und Februar 2007 (+14 bzw. +9,9%) wurden von einem Nachfragerückgang im Januar (–1,2%) unterbrochen.

Allerdings werden im Bauhauptgewerbe die gleitenden Durchschnittswerte häufiger durch Großaufträge in einzelnen Berichtsmonaten geprägt. Nach drei Monaten mit teilweise zweistelligen Steigerungsraten führte insbesondere die rückläufige Auftragsentwicklung im Berichtsmonat Juni zu dem schwachen Anstieg des aktuellen Drei-Monats-Durchschnitts.

Die Entwicklung bei den Baugenehmigungen im Wohnungsbau wurde auch in den letzten Monaten noch durch die Abschaffung der Eigenheimzulage zum Januar 2006 beeinflusst. Der dadurch ausgelöste Genehmigungsschub wirkte im Drei-Monats-Durchschnitt vor allem von November 2005 bis März 2006, da viele der noch im vorangegangenen Jahr gestellten Bauanträge erst Anfang 2006 bearbeitet wurden. Diese aus steuerlichen Gründen „vorgezogenen“ Baugenehmigungen führten in der Folge als Basiseffekt zu besonders starken prozentualen Rückgängen bei der Zahl der Baugenehmigungen. Vor allem von Dezember 2006 bis Februar 2007 brach der Drei-Monats-Durchschnitt um jeweils mehr als 50% ein. Diese Entwicklung schwächte sich anschließend im März mit einem Minus von 34% ab. Seither ist eine weitere Verringerung der gleichwohl immer noch hohen Raten erkennbar. Im April und Mai gab es Rückgänge um 17,3 bzw. 22,4%. Im Juni 2007 sank nun die Zahl der genehmigten

Zahl der Baugenehmigungen im Vorjahresvergleich deutlich zurückgegangen

Wohnungen um 14,7% gegenüber dem Vorjahreswert.

Sinkende Umsätze im Handel und im Gastgewerbe

Die Handelsumsätze – vor allem die Einzelhandelsumsätze – gelten als Einzelindikatoren, die fast zeitgleich mit der Konjunktur laufen. Auch hier wird – soweit dies in Anbetracht von methodischen Änderungen möglich ist – zur Konjunkturbeobachtung mit gleitenden Drei-Monats-Durchschnitten gearbeitet, um starke monatliche Schwankungen zu glätten.

„Neuzugangsstichprobe“ erhöht die Repräsentativität, schränkt aber den Vergleich mit den Vorjahren ein

Mit dem Ziel, die Repräsentativität der Einzelhandels- und Großhandelsstatistiken am aktuellen Rand zu verbessern, wurden im Januar 2007 die Stichproben der berichtspflichtigen Betriebe durch eine „Neuzugangsstichprobe“ ergänzt. Damit ist allerdings die Vergleichbarkeit mit dem alten Berichtskreis nicht mehr gegeben. Durch die rückwirkende Einbeziehung der in den Jahren 2003 und 2004 neu gegründeten Handelsunternehmen ab Januar 2006 können aber die gleitenden Drei-Monats-Durchschnitte im Vorjahresvergleich seit dem Vorliegen der Ergebnisse des Monats März 2007 wieder gebildet werden.

Umsatzrückgang im Einzelhandel

Der Drei-Monats-Durchschnitt der Einzelhandelsumsätze wies im Juni 2007 zum zweiten Mal hintereinander einen realen Rückgang gegenüber dem Vorjahreswert auf. Nachdem die Umsätze im Mai schon um 0,8% gesunken waren, verstärkte sich diese Entwicklung mit einem Minus von 1,7% im Juni. Davor war es von Februar bis April zu Umsatzsteigerungen gekommen. Nach dem Zuwachs um 1,7% im März wurde allerdings im April nur noch ein Plus von 0,3% registriert. Die Tatsache, dass es in allen Monatsmonaten des aktuellen Drei-Monats-Durchschnitts zu Umsatzrückgängen kam,

verdeutlicht die derzeitige Verschlechterung der Situation im Einzelhandel.

Die Umsätze im Großhandel sind im Juni 2007 im Vorjahresvergleich real um 3,8% gesunken. Davor waren die Umsätze von Februar bis Mai ebenfalls rückläufig. Allerdings fiel das Minus im bisherigen Jahresverlauf geringer aus; die Veränderungsraten bewegten sich zwischen –0,2% im März und –2,9% im Mai. Im Großhandel verstärkt sich damit die negative Entwicklung des Vorjahres. Für das Jahr 2006 wurde – auf der Grundlage der „alten Stichprobe“ – ein jahresdurchschnittlicher Umsatzrückgang von 0,8% errechnet.

Stärker sinkende Umsätze im Großhandel

Im Gastgewerbe zeigte sich bei der Entwicklung der Umsätze von Juni 2005 bis Ende 2006 nur wenig Bewegung gegenüber dem jeweiligen Vorjahresmonat; die Veränderungsraten variierten – mit Ausnahme des Mai 2006 (+3,1%) – nur geringfügig in einem Bereich von –1,8% bis +1,4%. Die Umsatzmesszahlen ließen lediglich den üblichen saisonalen Verlauf mit hohen Umsätzen von Mai bis Oktober und einem deutlichen Rückgang nach dem Weihnachtsgeschäft erkennen. Seit Jahresbeginn 2007 sanken die Umsätze der Hotels, Pensionen, Gaststätten usw. – anders als im Vorjahr – in allen Monaten. Im Juni 2007 belief sich der Umsatzrückgang real auf 2,5% und war damit höher als jemals in den vergangenen zwei Jahren. Nachdem es im März und April (jeweils –0,9%) zu etwas geringeren Abschwächungen gegenüber dem Vorjahresmonat gekommen war, verstärkte sich der Abwärtstrend bereits im Mai mit –2%.

Umsatzrückgang im Gastgewerbe

Verbraucherpreisindex im September um 2,3% höher als im Vorjahr

Preisindizes – insbesondere der Index der Verbraucherpreise – gelten als Spannungskennzeichen, welche die „Erhitzung“ oder „Entspannung“ der Konjunktur anzeigen.

Höchster
Verbraucher-
preisanstieg
seit November
2005

Der rheinland-pfälzische Verbraucherpreisindex (Basis 2000=100) erreichte im September 2007 einen Wert von 112,5. Im Vergleich zum Vormonat erhöhte er sich um 0,1%. Gegenüber dem September des Vorjahres ist der Verbraucherpreisindex um 2,3% gestiegen. Damit kletterte die Teuerungsrate auf den höchsten Stand seit November 2005. Zuvor zeigten sich im laufenden Jahr nur geringe Schwankungen bei der Preisentwicklung. Der niedrigste Anstieg war 2007 im Januar (+1,6%), der höchste im März (+1,9%) zu verzeichnen. Zuletzt war es im August zu einer Erhöhung der Verbraucherpreise um 1,7% gegenüber dem Vorjahresmonat gekommen.

Preisentwick-
lungen in den
Waren- und
Dienstleistungs-
gruppen
uneinheitlich

Überproportionale Preisanstiege im Jahresvergleich gab es im September 2007 in den Indexhauptgruppen „Verkehr“ (+4,4%), „Alkoholische Getränke und Tabakwaren“ (+4,2%), „Beherbergungs- und Gaststättenleistungen“ (+3,1%), „Bildungswesen“ (+2,8%) sowie „Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke“ (+2,7%). Schwächer als im Durchschnitt blieben die Preissteigerungen vor allem in den Bereichen „Gesundheitspflege“ (+0,9%), „Bekleidung und Schuhe“ (+0,3%) und „Nachrichtenübermittlung“ (+0,2%).

Arbeitslosigkeit geht weiter zurück

Die Zahl der Arbeitslosen ist ein nachlaufender Indikator, der weniger über die künftige konjunkturelle Entwicklung aussagt, dafür aber einen wichtigen Gesamtindikator für die Wirtschaftspolitik darstellt.

Arbeitslosen-
quote sinkt
auf 6%

Die günstige konjunkturelle Entwicklung sorgt für eine weitere Entspannung am rheinland-pfälzischen Arbeitsmarkt. Im Vergleich zum Vormonat verringerte sich die Zahl der Arbeitslosen im September um rund 8 100 auf 123 800 (–6,1%). Im Vergleich zum

September 2006 ging ihre Zahl um 27 900 zurück (–18,4%). Die Arbeitslosenquote, die den Anteil der Arbeitslosen an allen zivilen Erwerbspersonen angibt, sank auf 6%. Im Vormonat lag die Quote bei 6,4%; vor einem Jahr hatte sie noch 7,4% betragen. Ursache für die weitere Entspannung am Arbeitsmarkt im September ist neben dem anhaltenden wirtschaftlichen Aufschwung auch ein saisonaler Aspekt: das Ende der Ferien- und Urlaubszeit.

Von der günstigen Entwicklung am Arbeitsmarkt profitieren nach Informationen der Regionaldirektion Rheinland-Pfalz-Saarland der Bundesagentur für Arbeit insbesondere jüngere, nicht zuletzt aber auch ältere Arbeitsuchende. Die Jugendarbeitslosigkeit der unter 25-Jährigen ist im September 2007 gegenüber dem entsprechenden Vorjahresmonat um 22,6% gesunken. Bei den über 50-Jährigen ist die Zahl der Arbeitslosen um 17,2% zurückgegangen.

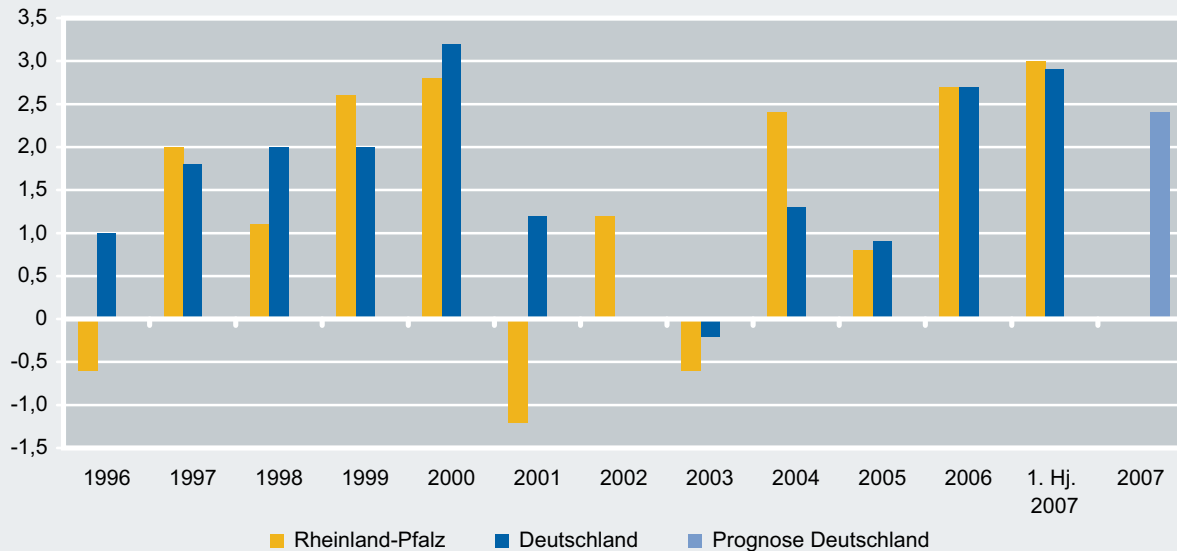
Arbeitslosigkeit
bei den Jünge-
ren und den Äl-
teren gesunken

Die positive Entwicklung bei der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung, die seit einigen Monaten zu beobachten ist, hält weiter an. Von Juli 2006 bis Juli 2007 ist die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten – nach vorläufigen Ergebnissen – um 24 900 auf 1 180 200 gestiegen (+2,2%). Die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung legte vor allem im Bereich der unternehmensnahen Dienstleistungen (+9 200 Personen; +8,1%) und im verarbeitenden Gewerbe (+5 500 Beschäftigte; +1,8%) zu.

Sozialversiche-
rungspflichtige
Beschäftigung
nimmt weiter zu

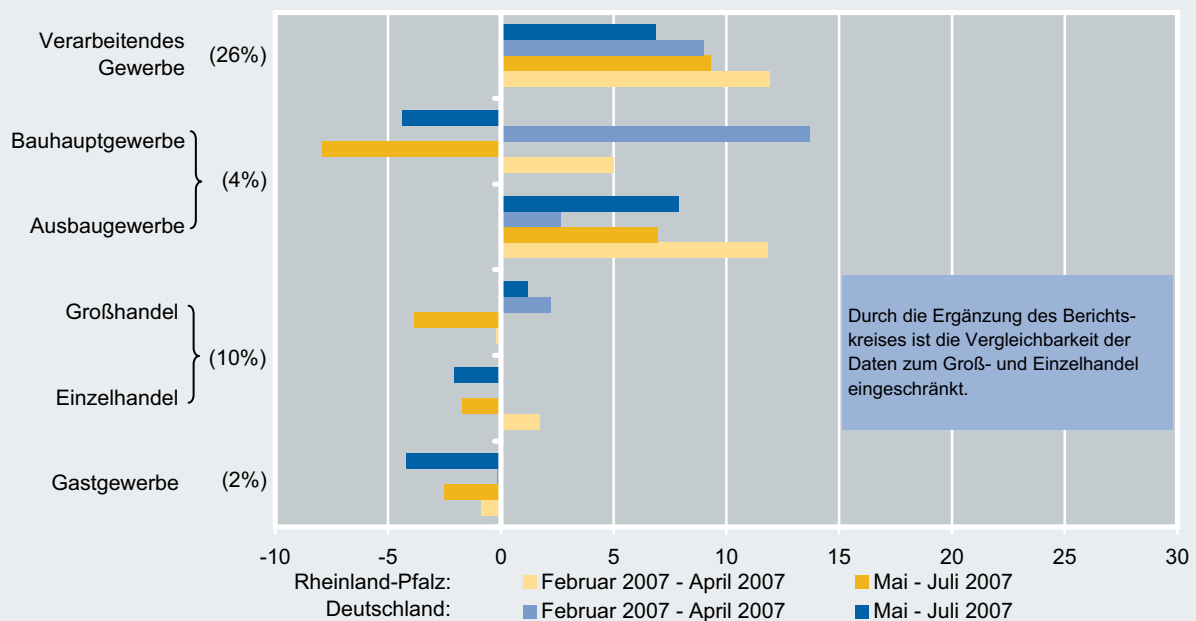
Dr. Ludwig Böckmann leitet das Referat Analysen, Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen, Veröffentlichungen; Thomas Kirschey, Diplom-Volkswirt, ist in diesem Bereich als Referent tätig.

Bruttoinlandsprodukt in Rheinland-Pfalz und in Deutschland¹⁾
– Preisbereinigt –
 Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



1) Nächster Fortschreibungstermin für die 1. Fortschreibung 2007 im Februar 2008. - Quelle Prognosewert 2007: Arbeitsgemeinschaft deutscher wirtschaftswissenschaftlicher Forschungsinstitute e.V.; Gemeinschaftsdiagnose Frühjahr 2007.

Umsatz nach ausgewählten Wirtschaftsbereichen¹⁾
in Rheinland-Pfalz und in Deutschland
 3-Monats-Durchschnitte²⁾ – Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



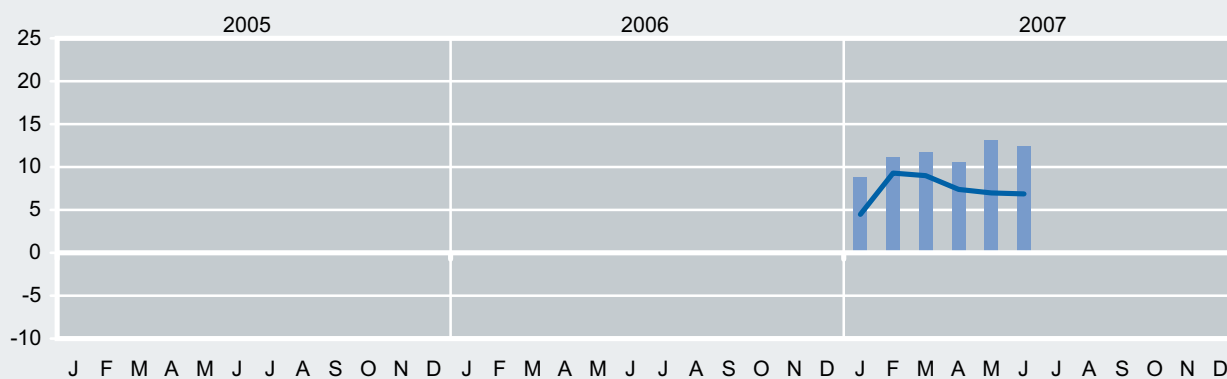
1) Anteil der Wirtschaftsbereiche an der Bruttowertschöpfung in Rheinland-Pfalz 2005. – 2) Ausbaugewerbe: Quartale.

Auftragseingang (Volumenindex) und Umsatz (nominal) im verarbeitenden Gewerbe

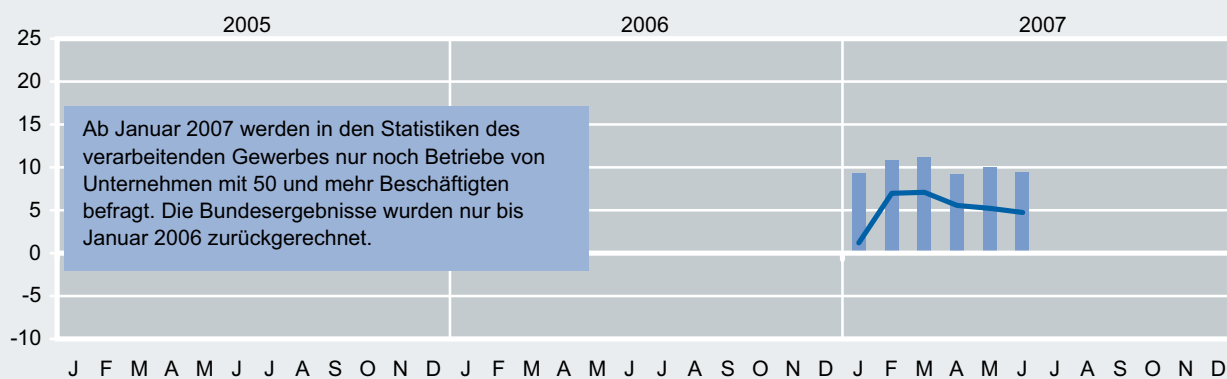
Deutschland

Gleitende 3-Monats-Durchschnitte – Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %

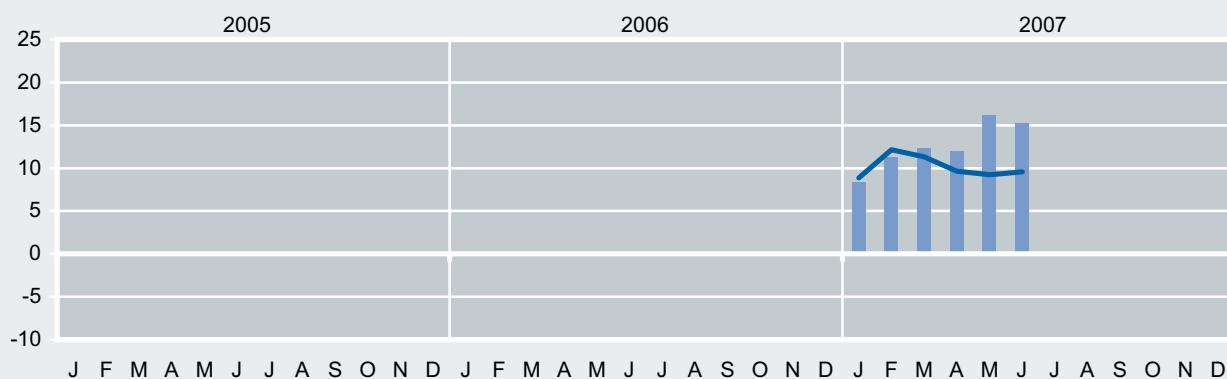
Insgesamt



Inland



Ausland



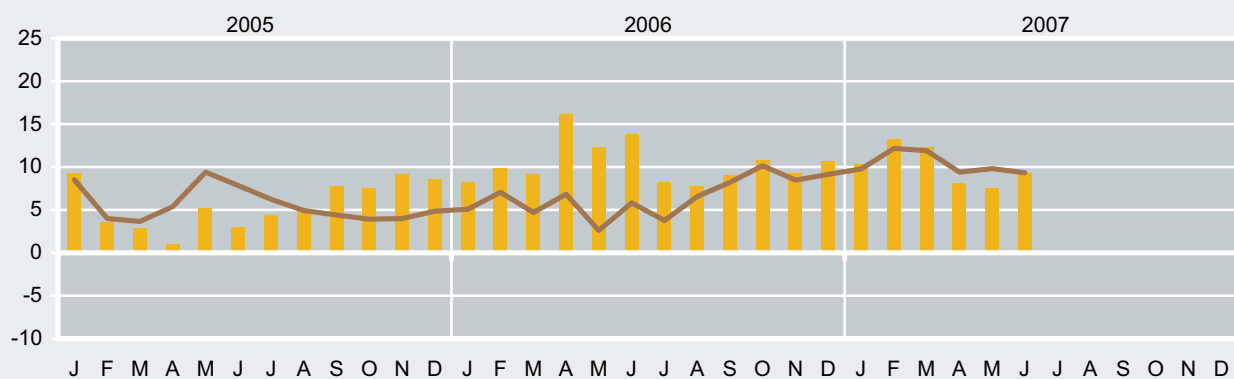
■ Auftragseingang — Gesamtumsatz

Auftragseingang (Volumenindex) und Umsatz (nominal) im verarbeitenden Gewerbe

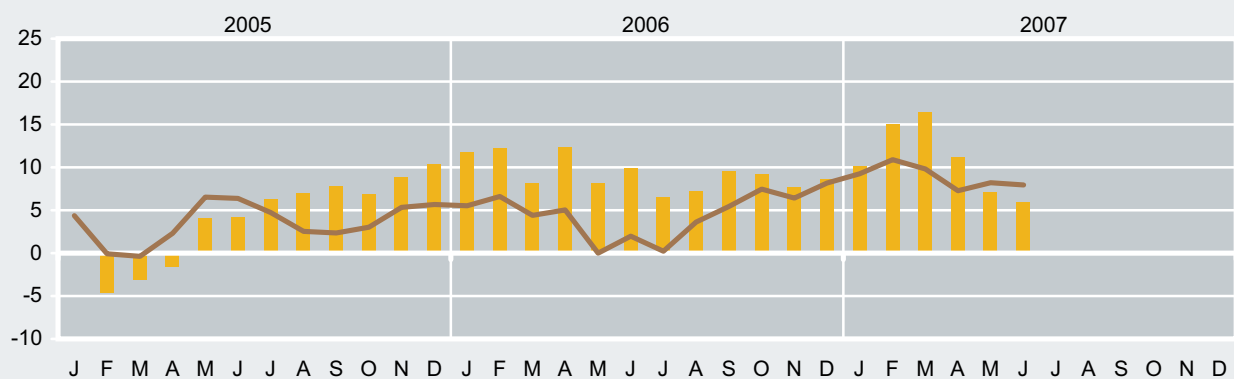
Rheinland-Pfalz

Gleitende 3-Monats-Durchschnitte – Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %

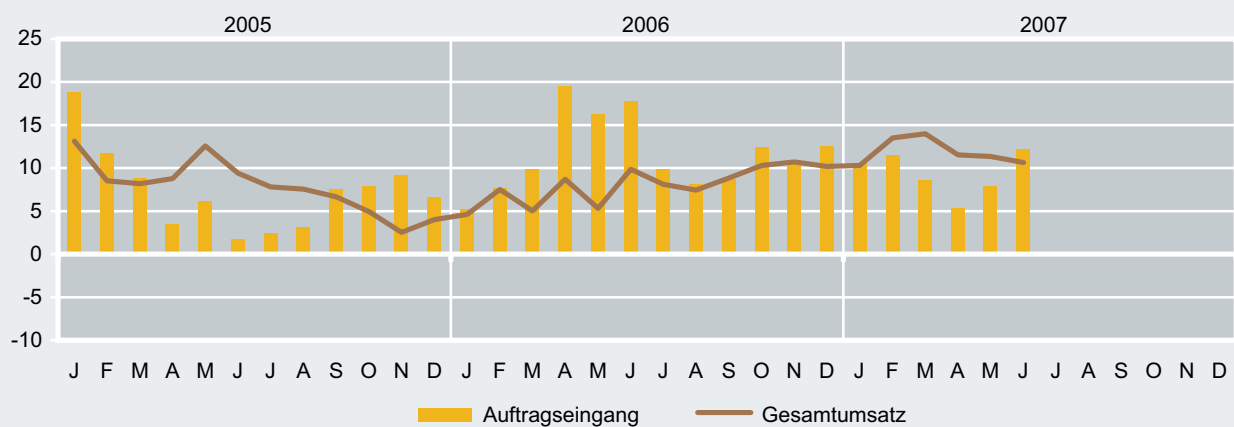
Insgesamt



Inland



Ausland



Auftragseingang Gesamtumsatz

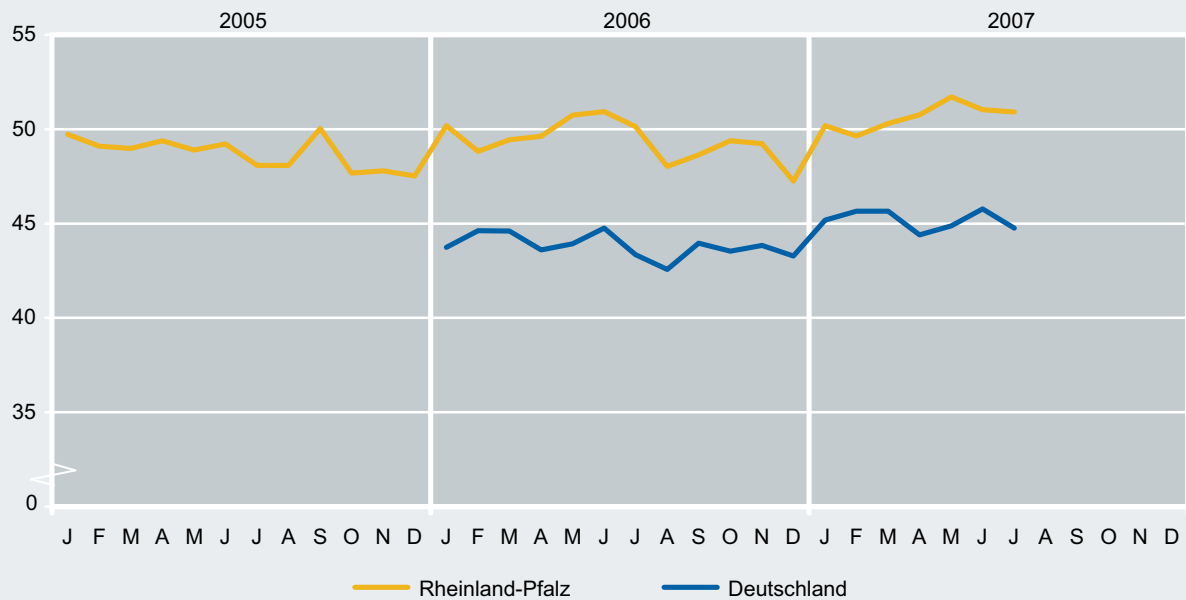
Auftragseingang (Volumenindex) und Umsatz (nominal) im verarbeitenden Gewerbe in Rheinland-Pfalz nach ausgewählten Branchen

Gleitende 3-Monats-Durchschnitte – Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



Exportquote im verarbeitenden Gewerbe in Rheinland-Pfalz und in Deutschland ¹⁾

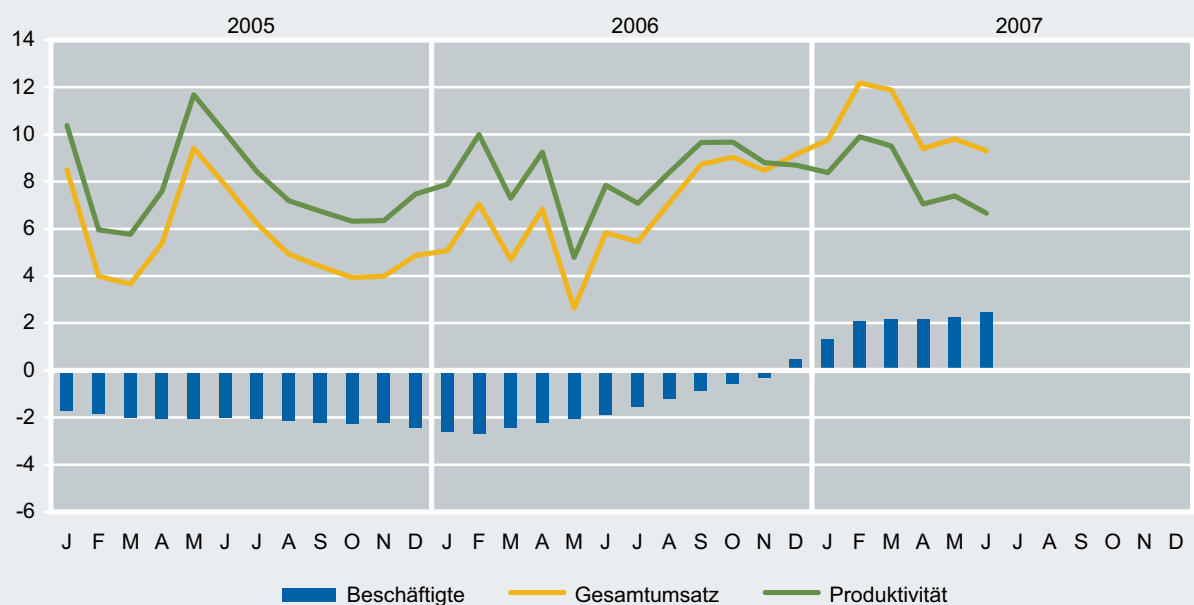
Anteil des Auslandsumsatzes am Gesamtumsatz in %



1) Deutschland: Daten vor 2006 nicht verfügbar.

Beschäftigte, Umsatz (nominal) und Produktivität ¹⁾ im verarbeitenden Gewerbe in Rheinland-Pfalz

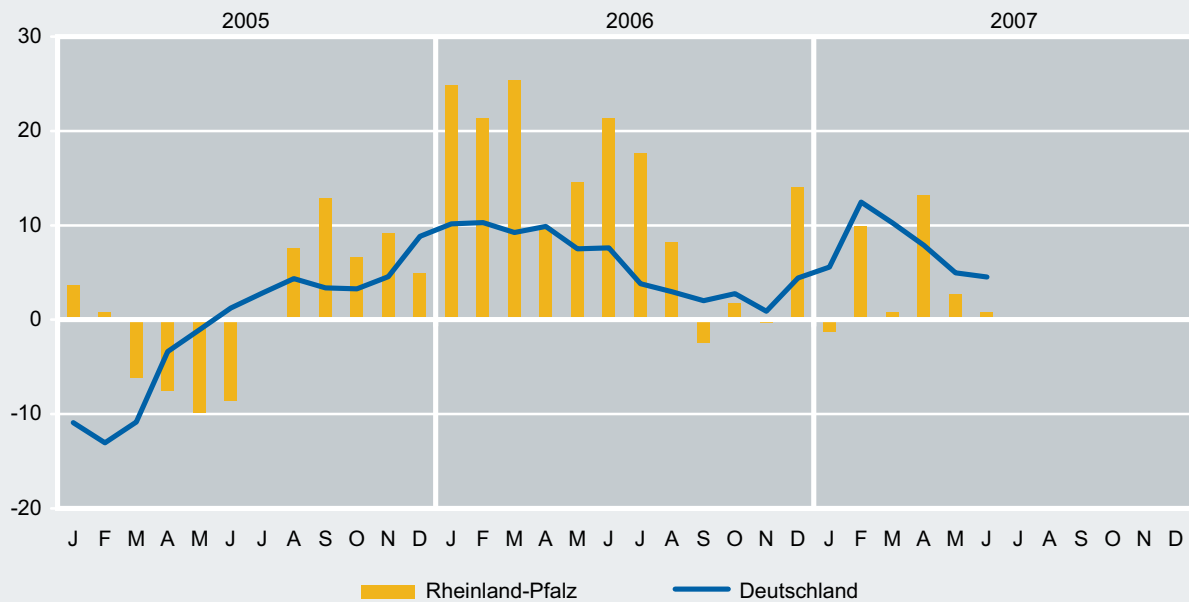
Gleitende 3-Monats-Durchschnitte – Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



1) Umsatz je Beschäftigten.

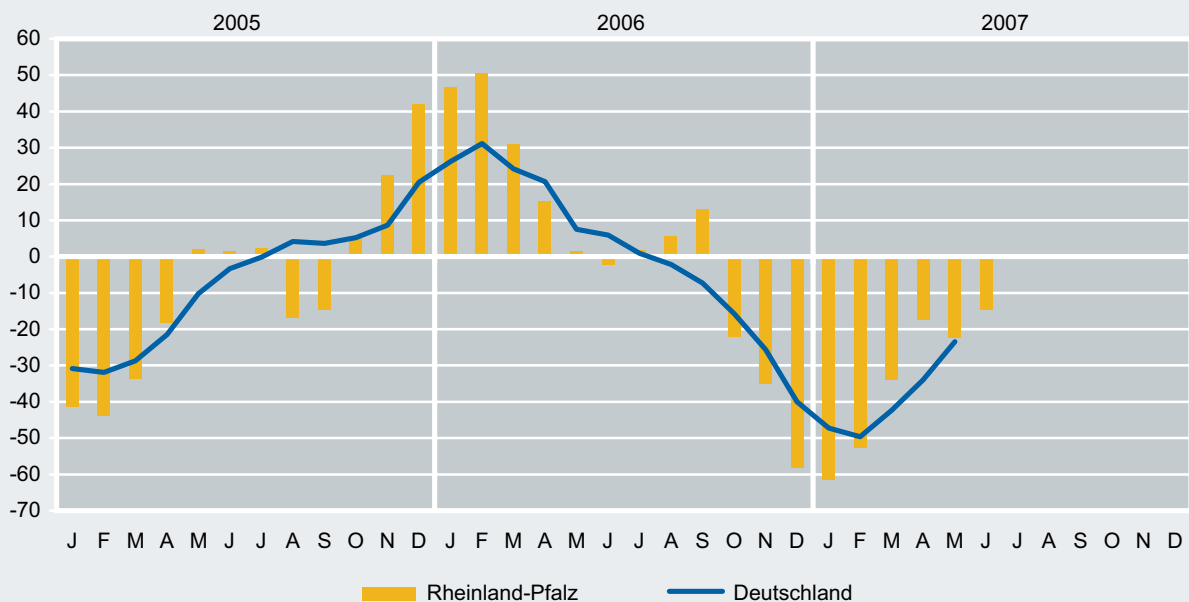
Auftragseingang im Bauhauptgewerbe in Rheinland-Pfalz und in Deutschland

Gleitende 3-Monats-Durchschnitte – Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



Baugenehmigungen¹⁾ in Rheinland-Pfalz und in Deutschland

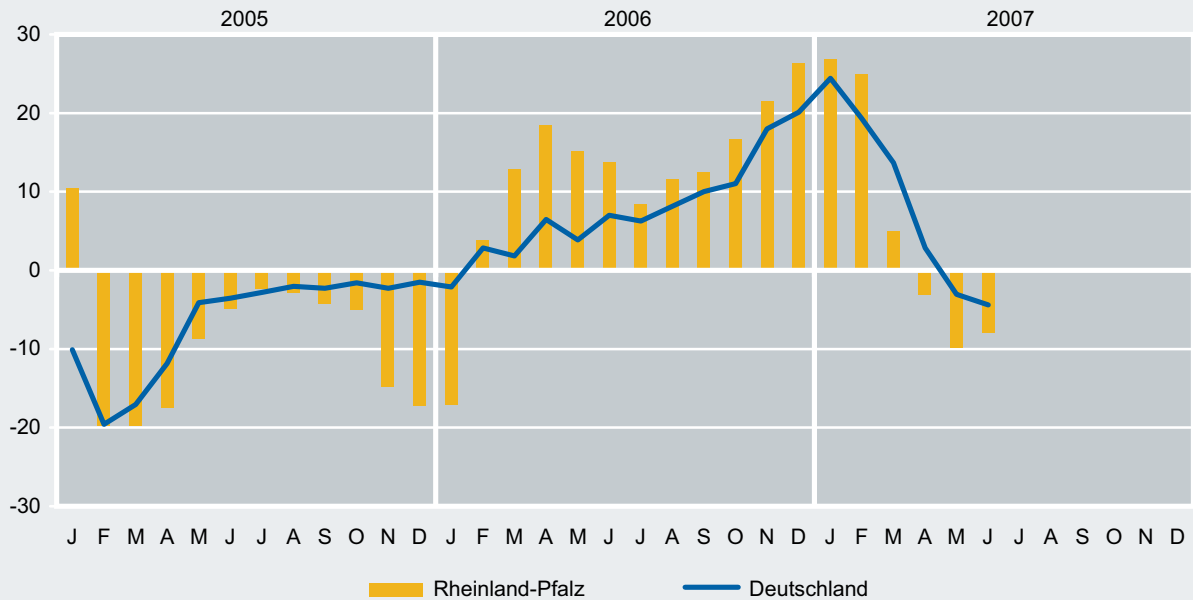
Gleitende 3-Monats-Durchschnitte – Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



1) Baugenehmigungen für neue Wohngebäude, Anzahl der Wohnungen.

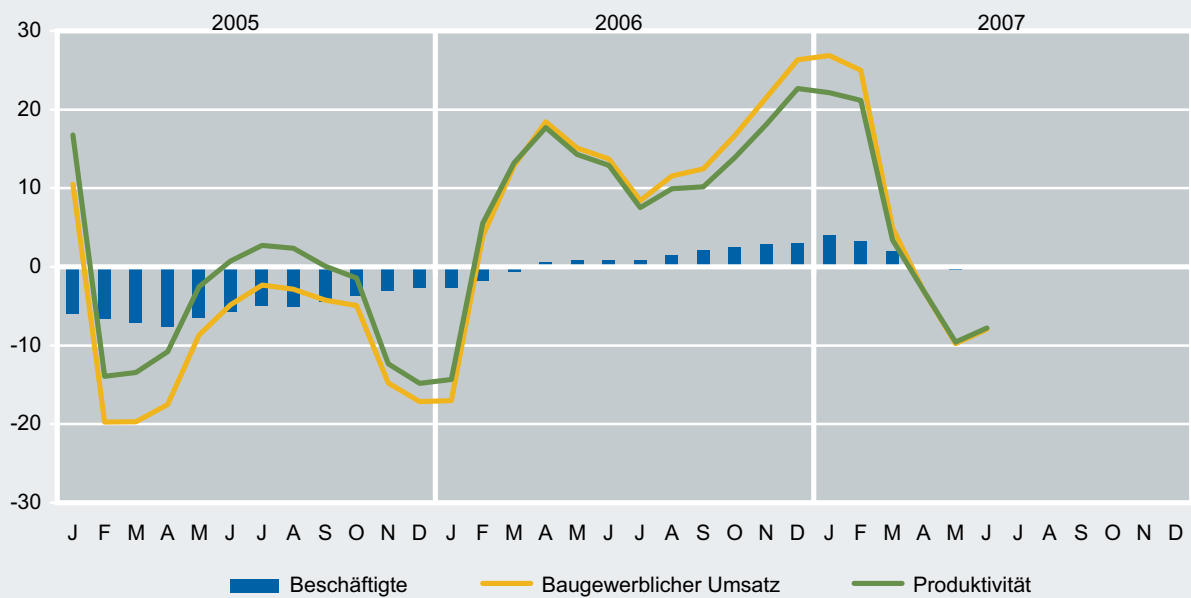
Baugewerblicher Umsatz (nominal) im Bauhauptgewerbe in Rheinland-Pfalz und in Deutschland

Gleitende 3-Monats-Durchschnitte – Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



Beschäftigte, Umsatz (nominal) und Produktivität¹⁾ im Bauhauptgewerbe in Rheinland-Pfalz

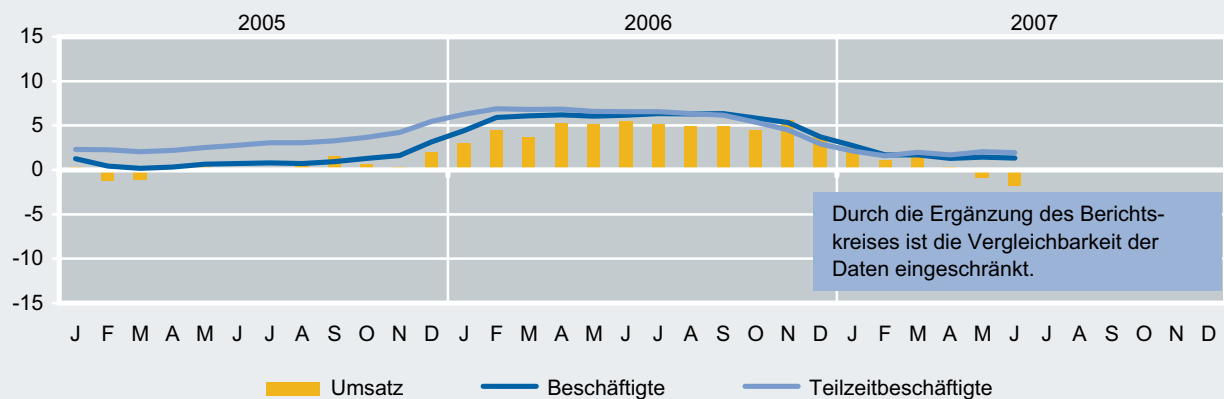
Gleitende 3-Monats-Durchschnitte – Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



1) Baugewerblicher Umsatz je Beschäftigten.

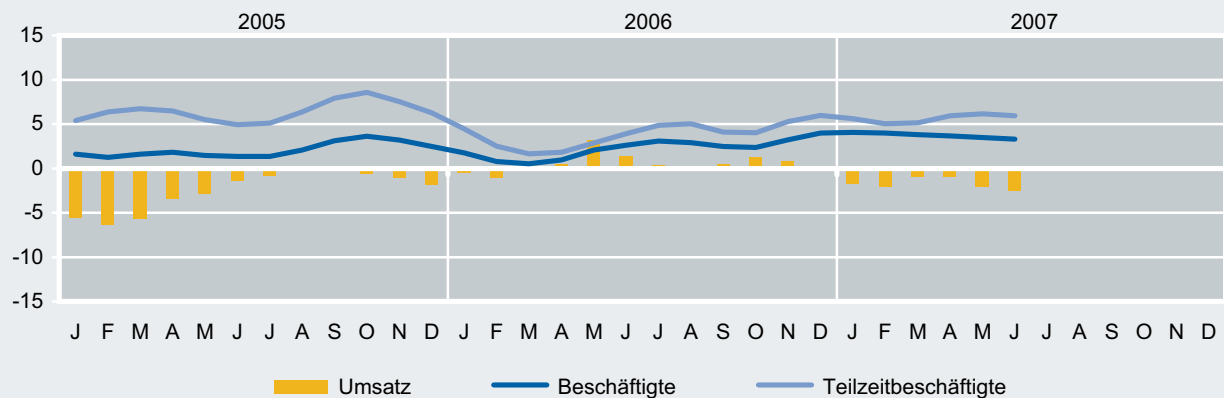
Umsatz und Beschäftigte im Einzelhandel in Rheinland-Pfalz

Gleitende 3-Monats-Durchschnitte – Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



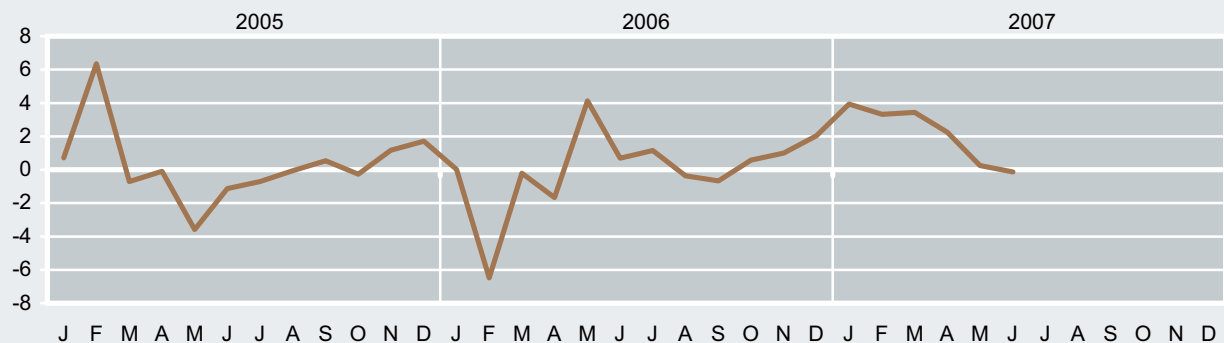
Umsatz und Beschäftigte im Gastgewerbe in Rheinland-Pfalz

Gleitende 3-Monats-Durchschnitte – Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



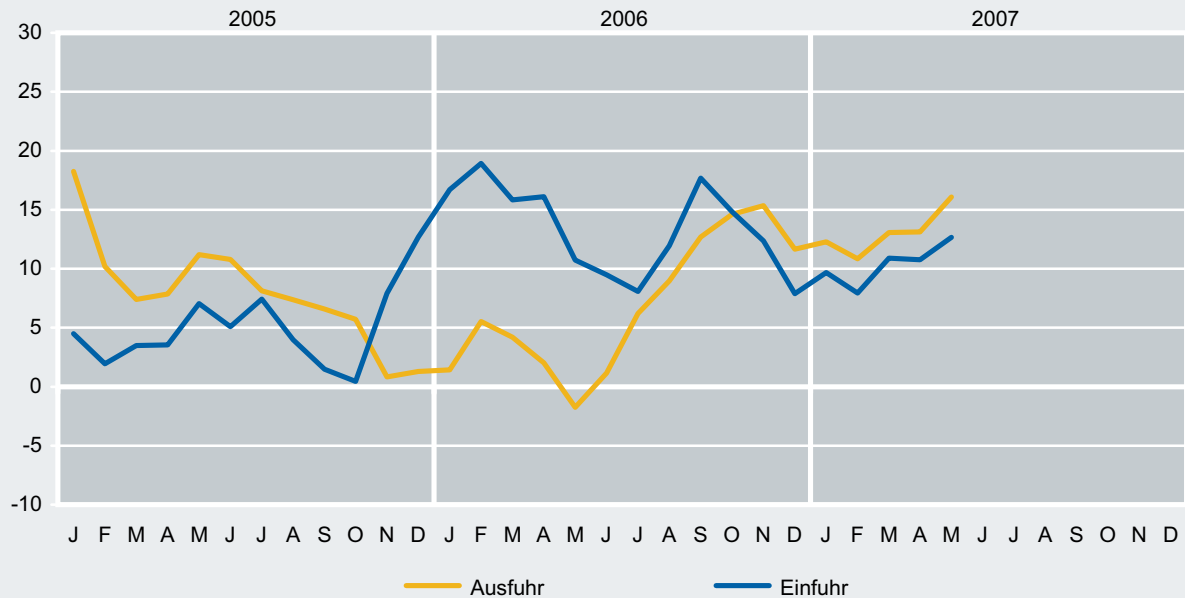
Gästeübernachtungen in Rheinland-Pfalz

Gleitende 3-Monats-Durchschnitte – Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



Außenhandel¹⁾ in Rheinland-Pfalz

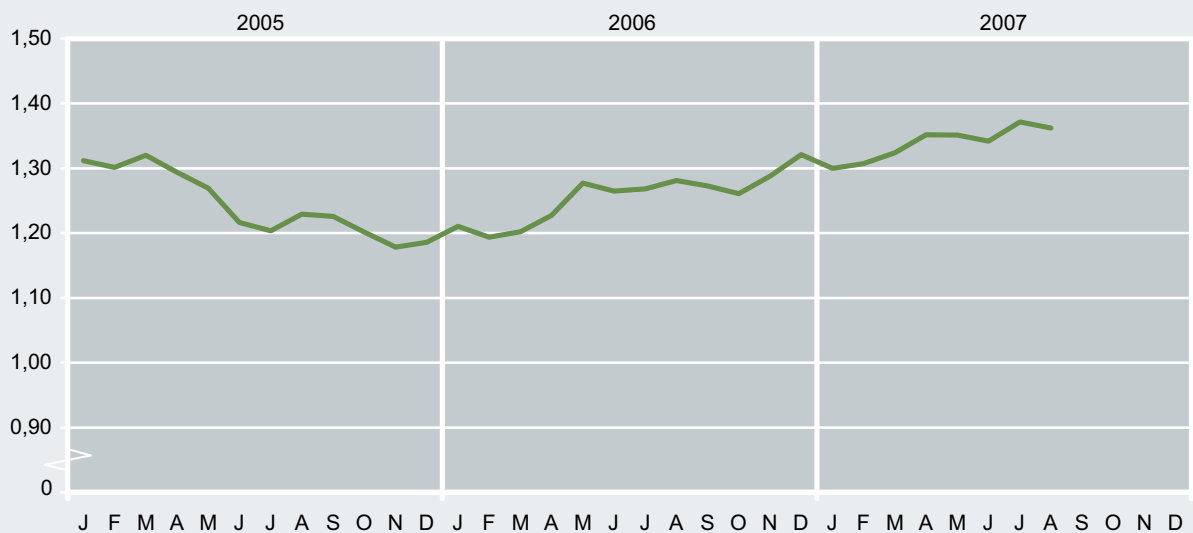
Gleitende 3-Monats-Durchschnitte – Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



1) Grenzüberschreitender Warenverkehr der Bundesrepublik Deutschland.

Euro-Referenzkurs der Europäischen Zentralbank (1 EUR = ... US-Dollar)

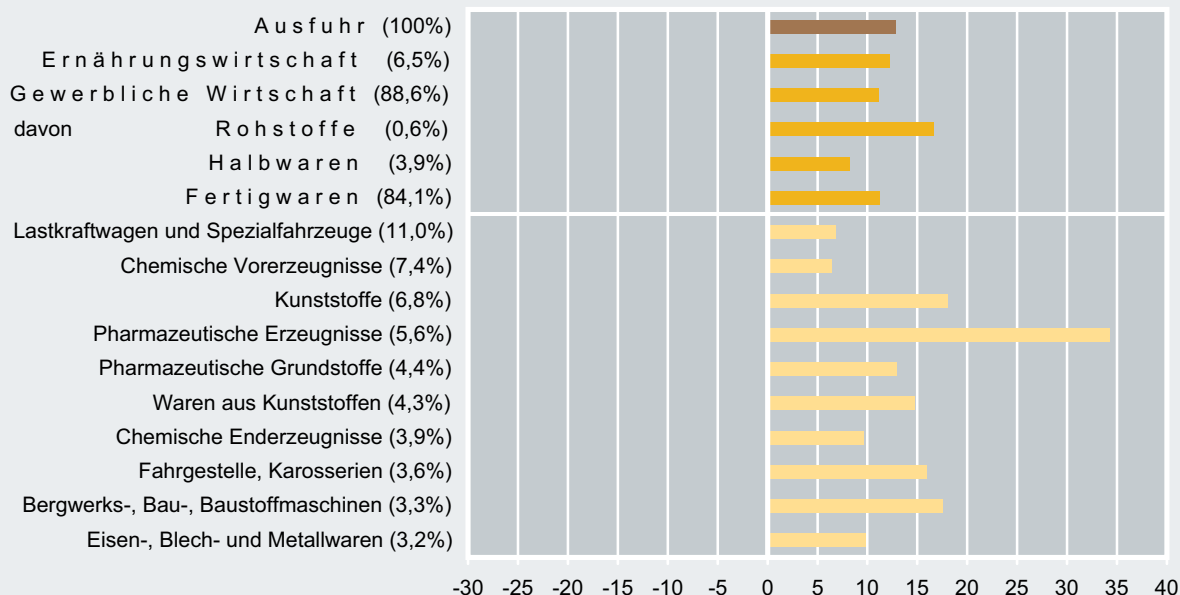
Monatsdurchschnitt in US-Dollar



Quelle: Europäische Zentralbank

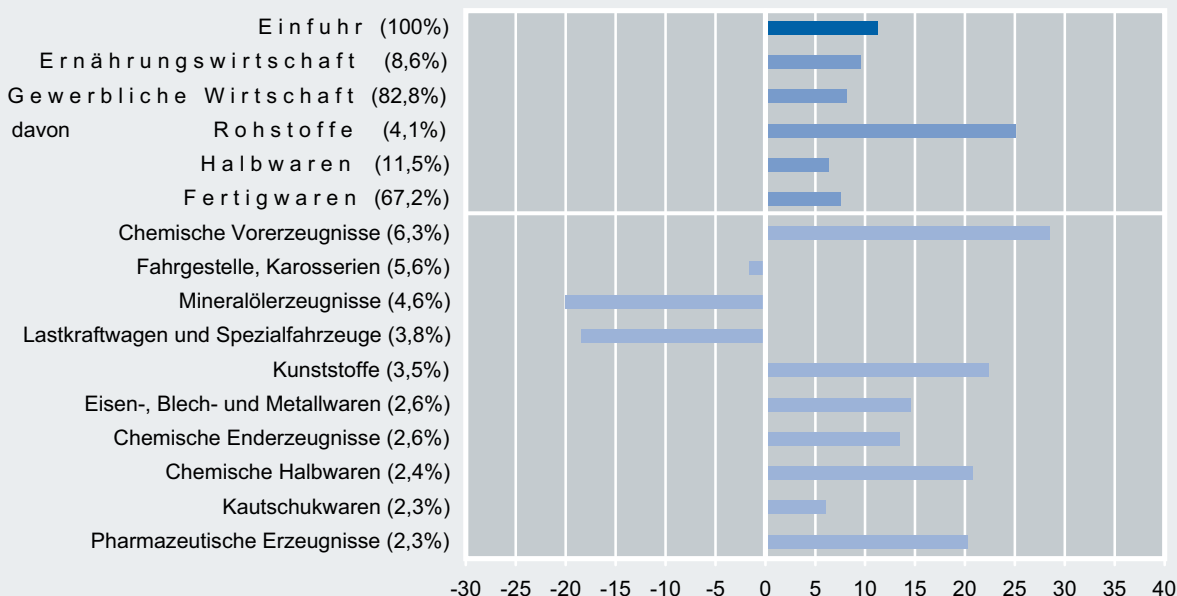
Ausfuhr aus Rheinland-Pfalz Juli 2006 – Juni 2007 nach Warengruppen¹⁾

Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



Einfuhr nach Rheinland-Pfalz Juli 2006 – Juni 2007 nach Warengruppen¹⁾

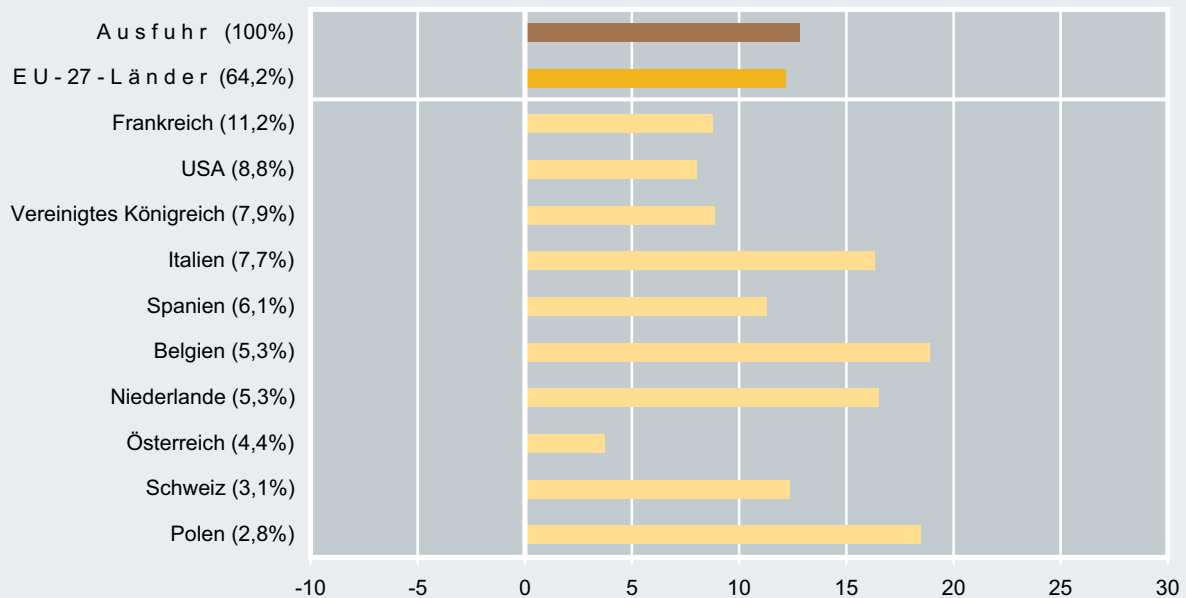
Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



1) Die Rangfolge der zehn wichtigsten Warenuntergruppen ergibt sich aus dem Anteil am gesamten Warenwert 2006.

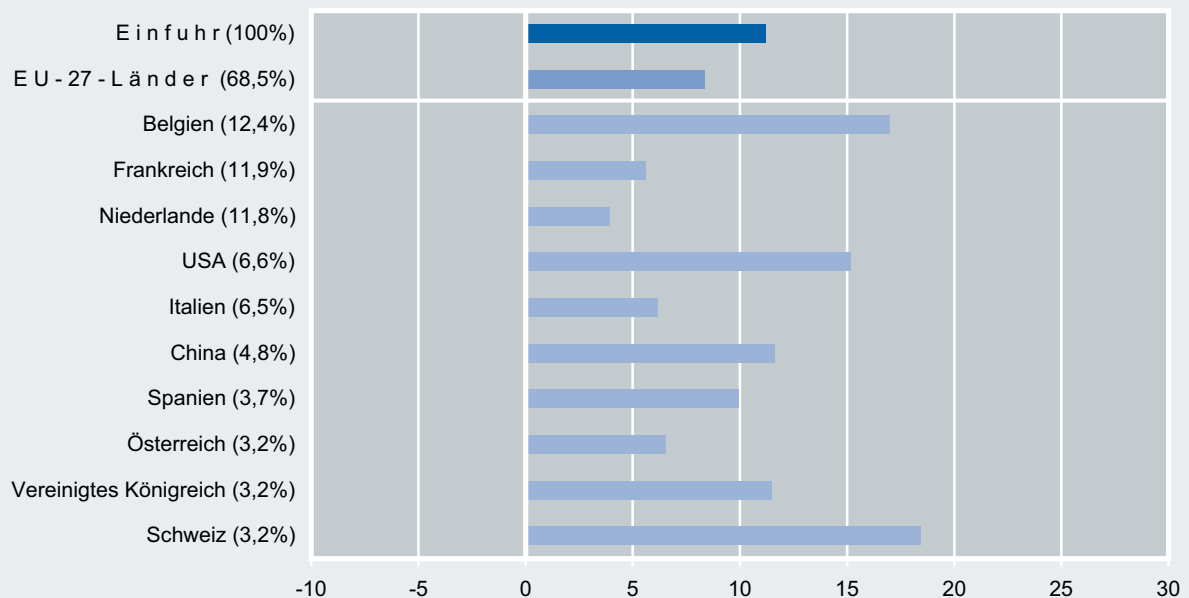
Ausfuhr aus Rheinland-Pfalz Juli 2006 – Juni 2007 nach Bestimmungsländern¹⁾

Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



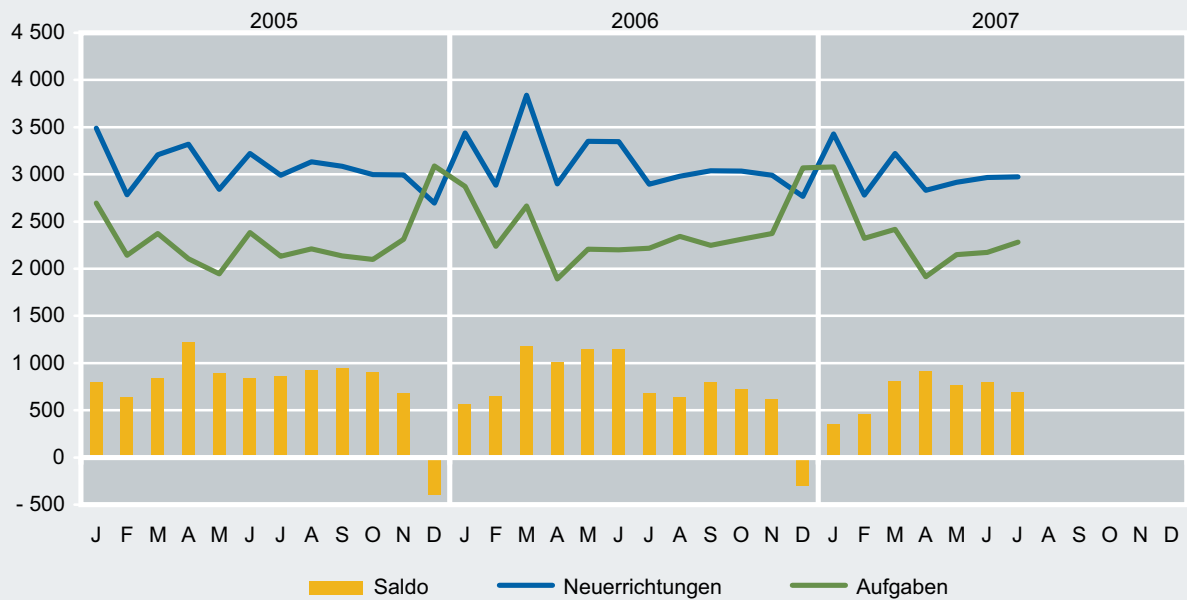
Einfuhr nach Rheinland-Pfalz Juli 2006 – Juni 2007 nach Herkunftsländern¹⁾

Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %

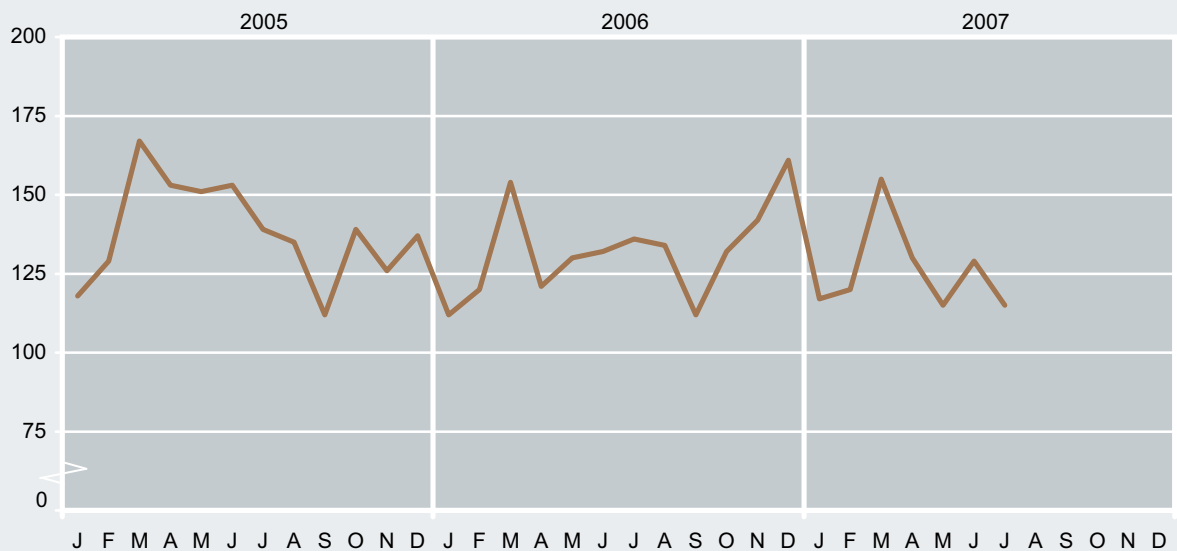


1) Die Rangfolge der zehn wichtigsten Länder ergibt sich aus dem Anteil am gesamten Warenwert 2006.

Gewerbeanzeigen in Rheinland-Pfalz

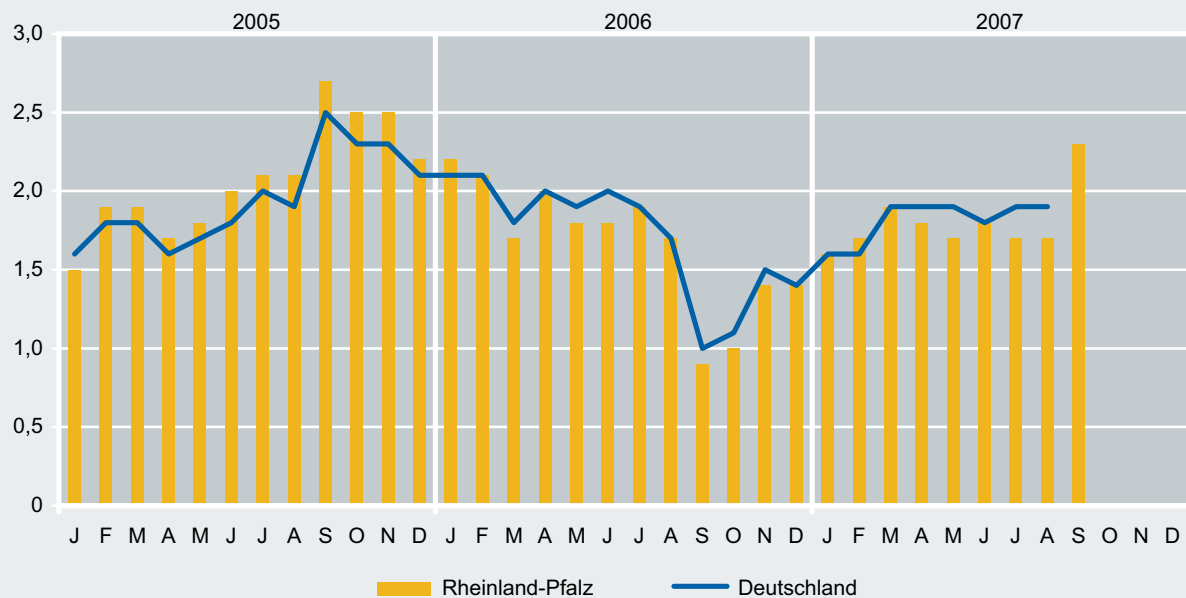


Unternehmensinsolvenzen in Rheinland-Pfalz



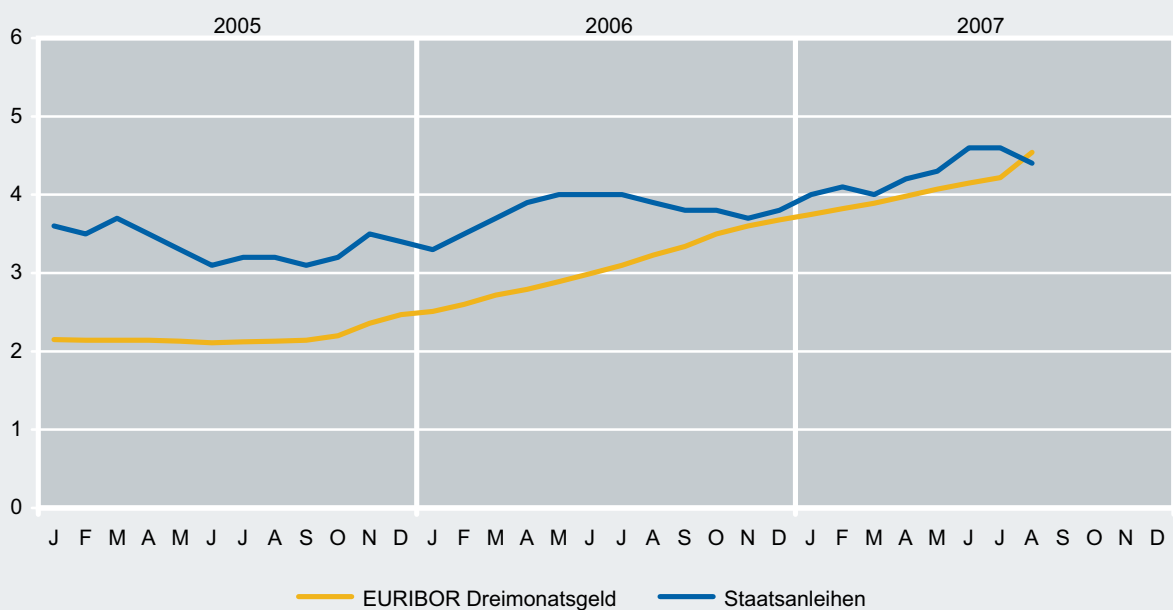
Verbraucherpreisindex in Rheinland-Pfalz und in Deutschland

Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



Geldmarktsätze EURIBOR und Umlaufrenditen von Staatsanleihen mit 10-jähriger Restlaufzeit

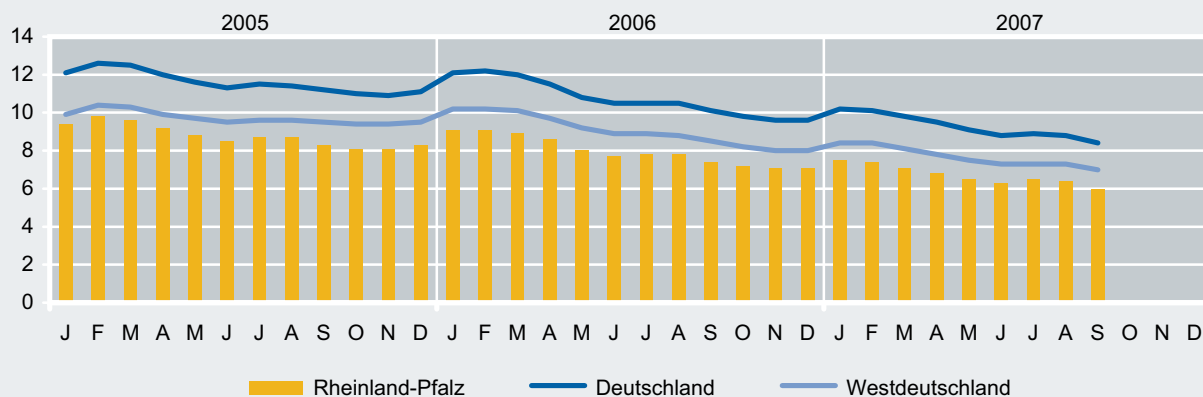
Monatsdurchschnitt in %



Quelle: Deutsche Bundesbank

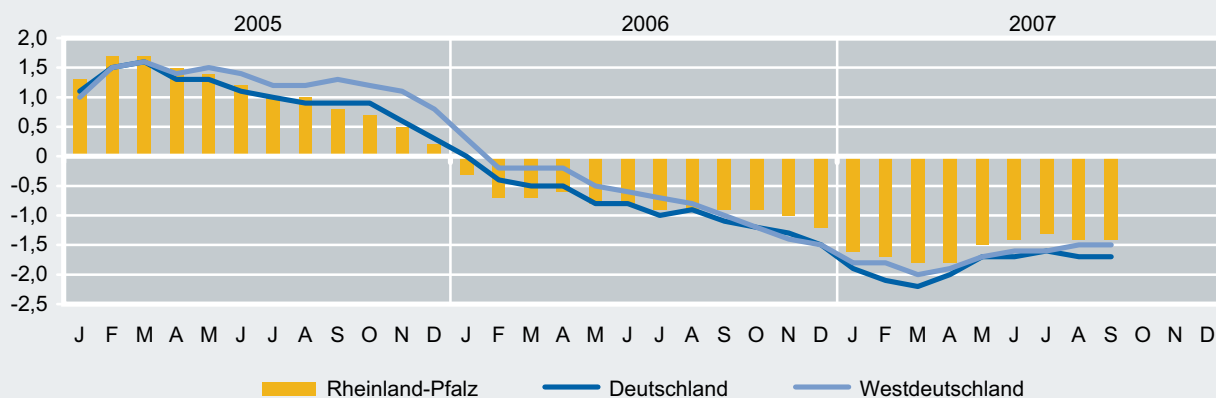
Arbeitslosenquote in Rheinland-Pfalz, Deutschland und Westdeutschland¹⁾

Arbeitslose in % aller zivilen Erwerbspersonen



Veränderung der Arbeitslosenquote in Rheinland-Pfalz, Deutschland und Westdeutschland¹⁾

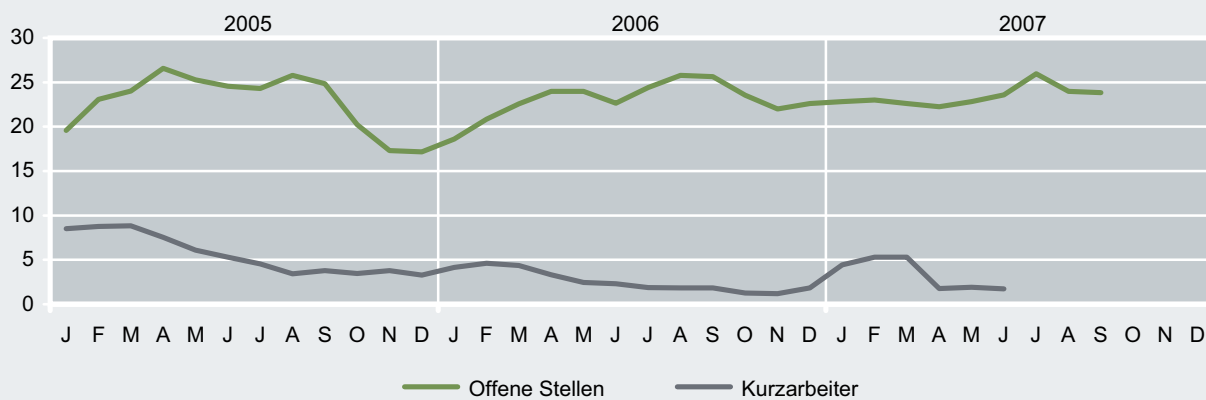
Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozentpunkten



1) Ab 2005 unter Einschluss der Grundsicherung für Arbeitsuchende.

Offene Stellen und Kurzarbeiter in Rheinland-Pfalz

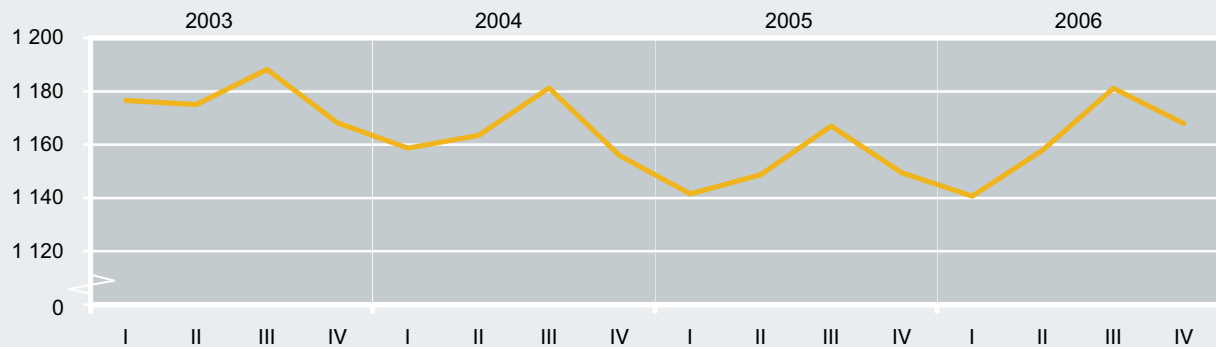
in 1 000



Quelle: Bundesagentur für Arbeit

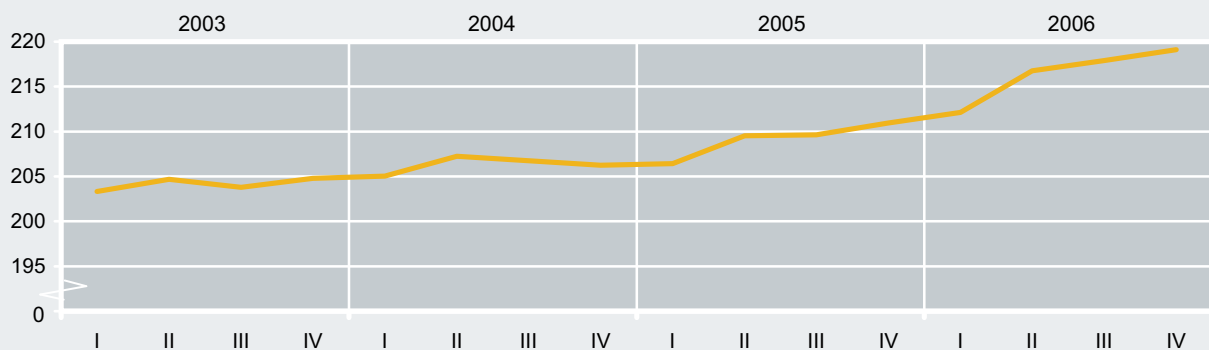
Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte am Arbeitsort in Rheinland-Pfalz

in 1 000



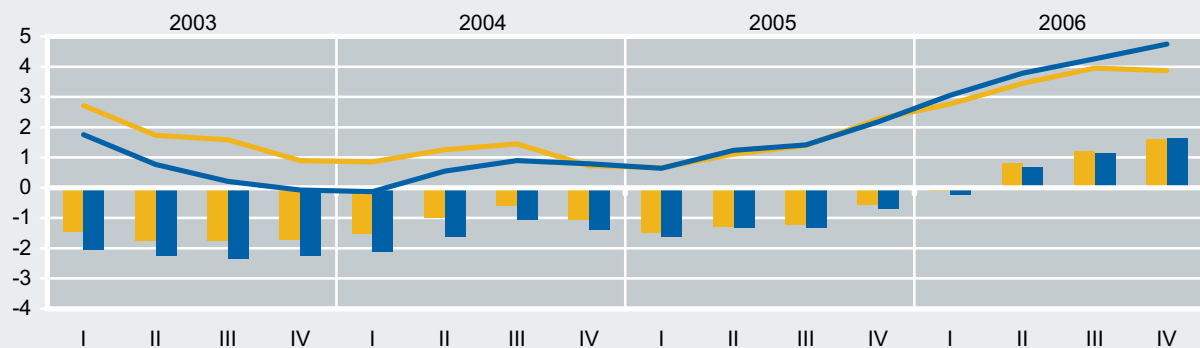
Sozialversicherungspflichtig Teilzeitbeschäftigte am Arbeitsort in Rheinland-Pfalz

in 1 000



Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte und Teilzeitbeschäftigte am Arbeitsort in Rheinland-Pfalz und in Deutschland

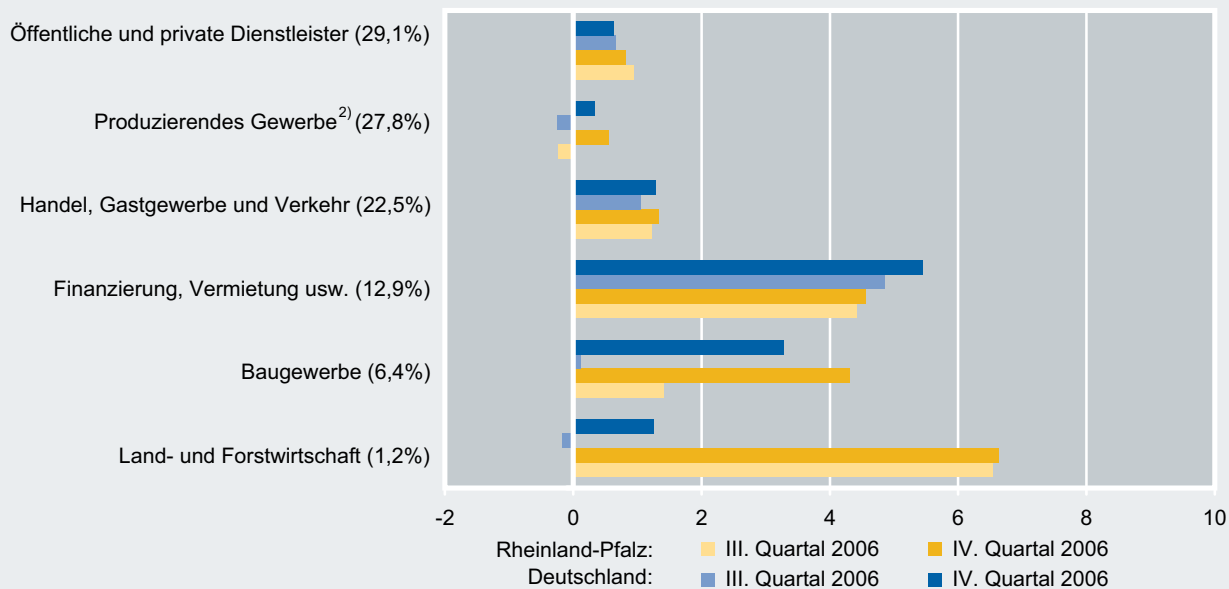
Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



Quelle: Bundesagentur für Arbeit

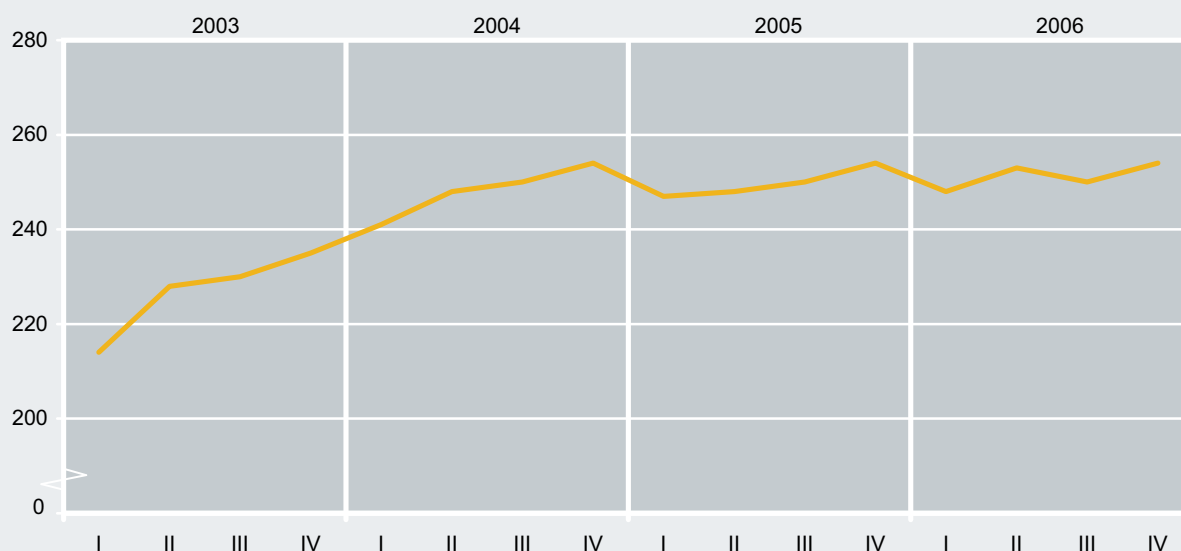
Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte am Arbeitsort nach Wirtschaftsbereichen¹⁾ in Rheinland-Pfalz und in Deutschland

Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



1) Die Rangfolge der Wirtschaftsbereiche erfolgt zum Stand: 30. Juni 2006. – 2) Ohne Baugewerbe.

Ausschließlich geringfügig entlohnte Beschäftigte¹⁾ am Arbeitsort in Rheinland-Pfalz in 1 000

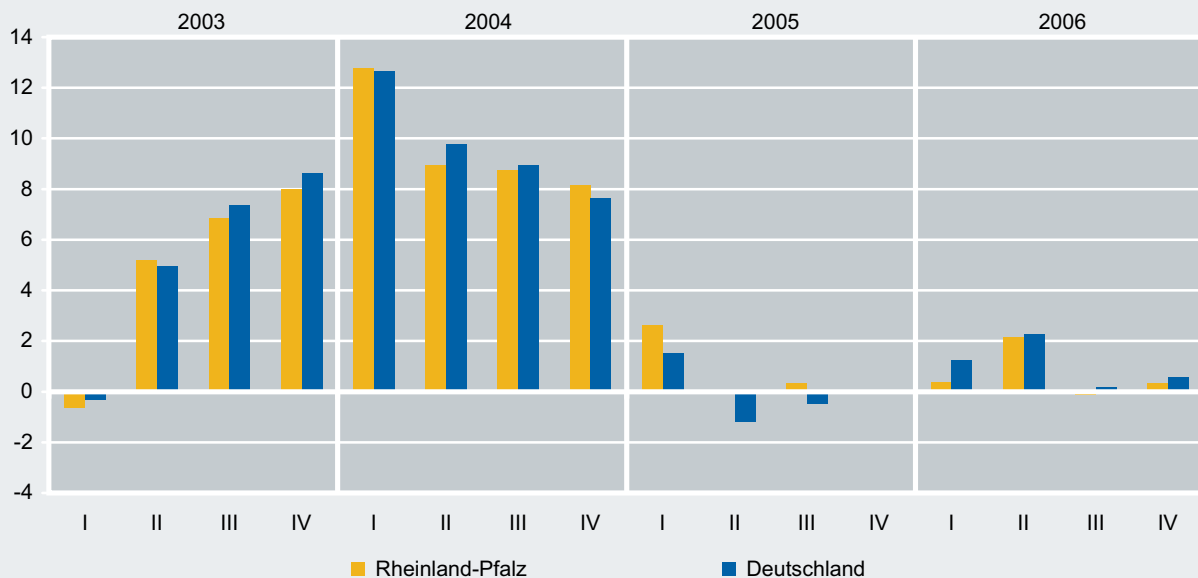


1) Geringfügig entlohnte Beschäftigung liegt vor, wenn das Arbeitsentgelt regelmäßig monatlich 400 Euro nicht übersteigt.

Quelle: Bundesagentur für Arbeit

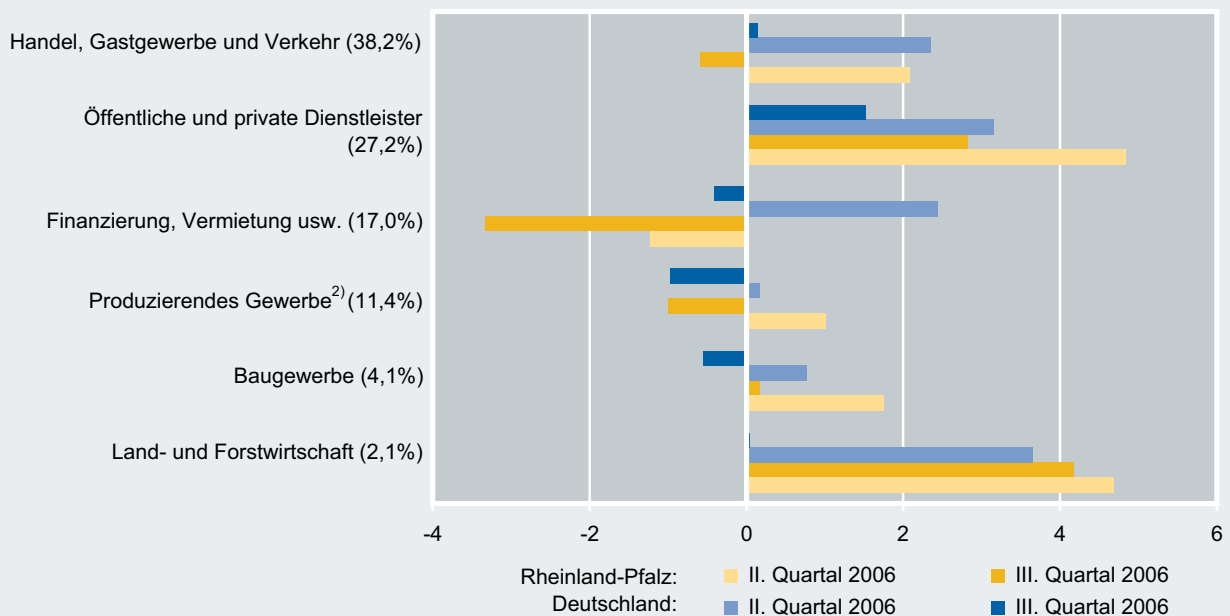
Ausschließlich geringfügig entlohnte Beschäftigte am Arbeitsplatz in Rheinland-Pfalz

Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



Ausschließlich geringfügig entlohnte Beschäftigte am Arbeitsplatz nach Wirtschaftsbereichen¹⁾ in Rheinland-Pfalz und in Deutschland

Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



1) Die Rangfolge der Wirtschaftsbereiche erfolgt zum Stand: 30. Juni 2006. – 2) Ohne Baugewerbe.
Quelle: Bundesagentur für Arbeit

Die Daten, auf die sich der Konjunkturteil stützt, haben den Stand 28. September 2007.

Glossar

Anleihen der öffentlichen Hand

Anleihen der öffentlichen Hand sind Wertpapiere mit festem oder variablem Nominalzinssatz und fester Laufzeit, die von Bund, Ländern, Kommunen und anderen öffentlichen Körperschaften ausgegeben werden. Der effektive Zinssatz ($= \text{Nominalzins} \cdot 100 / \text{Kurswert}$) einer solchen Anleihe mit zehnjähriger Restlaufzeit gilt als Indikator für das Niveau der langfristigen Zinsen in der Volkswirtschaft.

Arbeitslose

Arbeitslose sind Arbeit suchende Personen bis zur Vollendung des 65. Lebensjahres, die vorübergehend nicht oder nur kurzzeitig in einem Beschäftigungsverhältnis stehen, die nicht Schüler, Studenten oder Teilnehmer an Maßnahmen der beruflichen Weiterbildung, nicht arbeitsunfähig erkrankt, nicht Empfänger von Altersrente sind und für eine Arbeitsaufnahme sofort zur Verfügung stehen.

Arbeitslosenquote

Die Arbeitslosenquote ist der Quotient aus den registrierten Arbeitslosen und den abhängigen Erwerbspersonen oder alternativ allen zivilen Erwerbspersonen. Diese Quote ist ein wichtiger Indikator für die Auslastung des Arbeitskräftepotenzials und damit für die gesamtwirtschaftliche Situation in der Volkswirtschaft.

Auftragseingang

Unter Auftragseingang versteht man alle im betreffenden Berichtsmonat beim Betrieb eingegangenen und fest akzeptierten Aufträge.

Zum Auftragseingang im Bauhauptgewerbe gehören alle Aufträge für baugewerbliche Leistungen entsprechend der Verdingungsordnung für Bauleistungen (ohne Umsatzsteuer).

Beim Auftragseingang im verarbeitenden Gewerbe handelt es sich um Aufträge für die Lieferung selbst hergestellter oder in Lohnarbeit von anderen in- oder ausländischen Firmen gefertigter Erzeugnisse. Der Auftragseingang im verarbeitenden Gewerbe wird unter Ausschaltung der Preisveränderungen in einem Volumenindex auf der Basis des Jahres 2000 (d. h. 2000=100) ausgedrückt.

Ausbaugewerbe

Das Ausbaugewerbe fasst Wirtschaftszweige zusammen, die überwiegend Ausbauarbeiten und entsprechende Reparatur- und Unterhaltungsarbeiten vornehmen. Hierzu gehören die „Bauinstallation“ und das „Sonstige Baugewerbe“, das u. a. das Maler- und Glasergewerbe, die Fußboden-, Fliesen- und Plattenlegerei, die Bautischlerei sowie die Gipserei und Verputzerei umfasst, sowie die „Vermietung von Baumaschinen und -geräten mit Bedienungspersonal“.

Baugewerblicher Umsatz

Die dem Finanzamt für die Umsatzsteuer zu meldenden steuerbaren

(steuerpflichtigen und steuerfreien) Beträge für Bauleistungen in Deutschland und die baugewerblichen Umsätze in Zollausschlussgebieten, wie z. B. deutsche Freihäfen, einschließlich Umsatz aus Nachunternehmer-tätigkeit und Vergabe von Teilleistungen an Nachunternehmer.

Bauhauptgewerbe

Zum Bauhauptgewerbe gehören Unternehmen, die Hochbauten (einschließlich Fertigteilbauten) errichten, Tiefbauarbeiten oder bestimmte Spezialbauarbeiten ausführen.

Beschäftigte

In den Erhebungen im Bergbau und verarbeitenden Gewerbe, im Baugewerbe sowie im Handel und Gastgewerbe zählen zu den Beschäftigten alle Personen, die am Monatsende in einem arbeitsrechtlichen Verhältnis zum Betrieb stehen, tätige Inhaber und Mitinhaber sowie unbezahlt mithelfende Familienangehörige, und zwar soweit sie mindestens ein Drittel der üblichen Arbeitszeit im Betrieb tätig sind.

Zum Personenkreis der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten zählen alle Arbeitnehmer, die kranken-, renten- und pflegeversicherungspflichtig und/oder beitragspflichtig zur Bundesagentur für Arbeit sind oder für die von den Arbeitgebern Beitragsanteile zu den gesetzlichen Rentenversicherungen zu entrichten sind.

Bruttoinlandsprodukt

Das Bruttoinlandsprodukt umfasst den Wert aller in einem abgegrenzten Wirtschaftsgebiet produzierten Waren und Dienstleistungen abzüglich der bei der Produktion verbrauchten Güter (Inlandskonzept). Es ist als Ausdruck der in einer bestimmten Region erbrachten wirtschaftlichen Leistung in erster Linie ein Produktionsindikator.

Erwerbspersonen

Die Erwerbspersonen umfassen die abhängigen Erwerbstätigen (Beamte, Angestellte und Arbeiter), die Selbstständigen, die mithelfenden Familienangehörigen sowie die Erwerbslosen.

EURIBOR

Der EURIBOR (= Euro Interbank Offered Rate) ist der Zinssatz, den europäische Banken voneinander beim Handel von Einlagen mit fester Laufzeit verlangen. Er wird als Indikator für die kurzfristigen Zinsen verwendet.

Euro-Referenzkurs

Hierbei handelt es sich um den von der Europäischen Zentralbank festgestellten Kurs des Euro zum US-Dollar.

Exportquote

Zur Berechnung der Exportquote einer Branche wird der Auslandsumsatz ins Verhältnis zum gesamten Branchenumsatz gesetzt. Sie ist ein Indikator für den Exporterfolg, aber auch für die Auslandsabhängigkeit der Branche.

Geringfügige Beschäftigung

Eine geringfügige Beschäftigung, die auch als Mini-Job bezeichnet wird, liegt vor, wenn das Arbeitsentgelt 400 Euro im Monat nicht übersteigt oder die Beschäftigung innerhalb eines Kalenderjahres auf längstens zwei Monate oder 50 Arbeitstage beschränkt ist.

Gewerbeanzeigen

Zu den (Gewerbe-)Aufgaben zählen die Abmeldungen von Gewerbebetrieben wegen Aufgabe von Hauptniederlassungen, Zweigniederlassungen bzw. unselbständigen Zweigstellen.

Bei den (Gewerbe-)Neuerrichtungen handelt es sich um erstmalige Anmeldungen von Gewerbebetrieben als Hauptniederlassungen, Zweigniederlassungen oder unselbständige Zweigstellen.

ifo Geschäftsklima-Index

Der ifo Geschäftsklima-Index ist ein Frühindikator für die Konjunkturerwicklung. Zur Berechnung dieses Index befragt das ifo Institut für Wirtschaftsforschung in München jeden Monat mehr als 7 000 Unternehmen in Deutschland nach ihrer Einschätzung der Geschäftslage sowie ihren Erwartungen für die nächsten sechs Monate. Aus diesen Meldungen wird ein Index berechnet. Bei einer durchschnittlichen neutralen Einschätzung des Geschäftsklimas nimmt dieser „Stimmungsindex“ den Wert 100 an, bei einer schlechteren Einschätzung Werte darunter und bei einer besseren Einschätzung Werte darüber.

Kurzarbeiter

Kurzarbeiter sind Arbeitnehmer, bei denen wegen eines vorübergehenden erheblichen Arbeitsausfalls ein Entgeltausfall vorliegt und die einen Anspruch auf Kurzarbeitergeld haben. Die Erfassung erfolgt zur Monatsmitte.

Offene Stellen

Offene Stellen sind dem Arbeitsamt zur Vermittlung gemeldete Arbeitsplätze für namentlich nicht benannte Arbeitnehmer und Heimarbeiter. Erfasst werden nur offene Stellen, für die eine Beschäftigung von mehr als sieben Kalendertagen vorgesehen ist.

Produktivität

Aus den Ergebnissen des Monatsberichts im verarbeitenden Gewerbe bzw. im Bauhauptgewerbe lassen sich hilfsweise allgemeine Aussagen über die Produktivität ableiten, indem etwa der Umsatz in Bezug zu den Beschäftigten gesetzt wird. Bei der Ermittlung einer solchen Produktivitätskennziffer lässt sich somit keine rein mengenmäßige Relation darstellen.

Die Produktivität ist grundsätzlich als Maßzahl zu verstehen, welche die Produktionsausbringung ins Verhältnis zu den Einsatzmengen der Produktionsfaktoren setzt. Sie ist also ein Indikator für die Ergiebigkeit ökonomischer Aktivitäten und kann für einzelne Betriebe, für Branchen oder für eine ganze Volkswirtschaft berechnet werden.

Produzierendes Gewerbe

Zum produzierenden Gewerbe gehören alle Unternehmen, deren wirtschaftliche Tätigkeit überwiegend darin besteht, Elektrizität, Gas, Fernwärme und Wasser zu erzeugen bzw. zu gewinnen und zu verteilen sowie Waren zu gewinnen bzw. zu be- oder verarbeiten. Das produzierende Gewerbe umfasst den Bergbau und die Gewinnung von Steinen und Erden, das verarbeitende Gewerbe, das Baugewerbe sowie die Elektrizitäts-, Gas-, Fernwärme- und Wasserversorgung.

Teilzeitbeschäftigte

Grundsätzlich liegt Teilzeitbeschäftigung vor, wenn die Arbeitszeit weniger als 18 Stunden beträgt. Eine Teilzeitbeschäftigung kann aber auch bei einer Beschäftigung von 18 Stunden und mehr vorliegen, soweit es sich um keine Vollbeschäftigung handelt.

Umsatz

Als Umsatz gilt, unabhängig vom Zahlungseingang, der Gesamtbetrag der im Berichtszeitraum abgerech-

neten Lieferungen und Leistungen an Dritte (ohne Umsatzsteuer) einschließlich der steuerfreien Umsätze, der Handelsumsätze sowie der Erlöse aus Lieferungen und Leistungen an Verkaufsgesellschaften, an denen das Unternehmen beteiligt ist. Einzu-beziehen sind auch getrennt in Rechnung gestellte Kosten für Fracht, Porto und Verpackungen, der Eigenverbrauch sowie die private Nutzung von firmeneigenen Sachen mit ihrem buchhalterischen Wert. Preisnachlässe und der Wert der Retouren sind von den fakturierten Werten abzusetzen.

Der Umsatz mit dem Ausland ergibt sich aus direkten Lieferungen und Leistungen an Empfänger, die im Ausland ansässig sind, sowie aus Lieferungen an Exporteure, welche die bestellten Waren ohne Be- und Verarbeitung in das Ausland ausführen.

Unternehmensinsolvenzen

Als Insolvenz wird die Zahlungsunfähigkeit oder Überschuldung eines Schuldners bezeichnet, wobei ein

Gericht um Regelung zur gemeinschaftlichen Befriedigung der Gläubiger bemüht wird.

Verarbeitendes Gewerbe

Zum verarbeitenden Gewerbe (einschließlich Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden) gehören alle Unternehmen, deren wirtschaftliche Tätigkeit überwiegend darauf gerichtet ist, Erzeugnisse zu be- und verarbeiten, und zwar überwiegend mit dem Ziel, andere Produkte herzustellen. Die Tätigkeit kann aber auch darin bestehen, Erzeugnisse zu veredeln, zu montieren oder zu reparieren. Das verarbeitende Gewerbe ist Teil des produzierenden Gewerbes.

Verbraucherpreisindex

Der Verbraucherpreisindex (früher: Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte) misst die durchschnittliche Entwicklung der Preise aller Waren und Dienstleistungen, die von privaten Haushalten für Konsumzwecke gekauft werden. Der Verbraucherpreisindex ist ein Indikator für die Geldwertstabilität in der Volkswirtschaft.

Zahlenspiegel Rheinland-Pfalz



37	1.279.036	20.053.663	3.991.804
47	1.355.127	21.034.439	4.397.829
081	1.474.661	22.438.521	4.092.465
	1.210.261	19.517.888	3.771.184
	1.210.301		3.697.000
	1.474.000	21.687.249	4.092.465

Der Zahlenspiegel für Rheinland-Pfalz dokumentiert die wichtigsten Ergebnisse überwiegend monatlicher Statistiken. Es werden dabei die letzten aktuell vorliegenden vier Monate sowie drei der vergleichbaren Vorjahresmonate nachgewiesen. Bei vierteljährlich vorliegenden Ergebnissen werden die jeweils aktuellsten sieben Quartale veröffentlicht.

Die mit einem Stern * gekennzeichneten Merkmale weisen alle Bundesländer in ihrem Zahlenspiegel nach. Davon nicht veröffentlicht werden in Rheinland-Pfalz die hier zu Lande unbedeutende Geflügelfleischerzeugung und der Preisindex für Wohngebäude, der für Rheinland-Pfalz nicht gesondert berechnet wird.

BEVÖLKERUNG	Einheit	2005	2006			2007			
		Durchschnitt	März	April	Mai	Febr.	März	April	Mai
* Bevölkerung am Monatsende	1 000	4 059 ¹⁾	4 053 ¹⁾	4 055	4 055	4 055	4 051	4 051	4 050
darunter Ausländer ²⁾	1 000	313 ¹⁾	313 ¹⁾	314	315	316	314	315	315
Natürliche Bevölkerungsbewegung ³⁾									
* Eheschließungen ⁴⁾	Anzahl	1 689	1 667	1 056	1 066	2 029	661	1 097	1 051
* Lebendgeborene ⁵⁾	Anzahl	2 716	2 646	2 559	2 461	2 720	2 457	2 649	2 378
je 1 000 Einwohner u. 1 Jahr	Anzahl	8,0	7,8	7,4	7,4	7,9	7,9	7,7	7,1
* Gestorbene (ohne Totgeborene) ⁶⁾	Anzahl	3 565	3 498	3 650	3 470	3 501	3 367	3 854	3 698
je 1 000 Einwohner u. 1 Jahr	Anzahl	10,5	10,4	10,6	10,4	10,2	10,8	11,2	11,1
* darunter im 1. Lebensjahr Gestorbene ⁶⁾	Anzahl	10	12	8	17	15	10	8	13
je 1 000 Lebendgeborene ⁷⁾	Anzahl	3,8	4,3	3,3	7,1	5,1	4,1	3,0	5,5
* Überschuss der Geborenen (+) bzw. Gestorbenen (-)	Anzahl	- 849	- 852	- 1 091	- 1 009	- 781	- 910	- 1 205	- 1 320
je 1 000 Einwohner u. 1 Jahr	Anzahl	- 2,5	- 2,5	- 3,2	- 3,0	- 2,3	- 2,9	- 3,5	- 4,0
Wanderungen									
* Zuzüge über die Landesgrenze	Anzahl	8 347	8 220	8 347	7 293	8 138	6 463	7 654	7 894
* darunter aus dem Ausland	Anzahl	2 337	2 462	2 697	2 323	2 640	2 168	2 778	2 631
* Fortzüge über die Landesgrenze	Anzahl	7 693	7 871	7 983	6 986	7 305	6 404	7 206	7 317
* darunter in das Ausland	Anzahl	2 073	2 169	2 198	1 716	1 894	2 132	2 179	1 992
* Wanderungsgewinn (+) bzw. -verlust (-)	Anzahl	655	349	364	307	833	59	448	577
* Innerhalb des Landes Umgezogene ⁸⁾	Anzahl	13 053	12 477	13 510	11 108	12 203	10 998	12 622	12 139
ERWERBSTÄTIGKEIT									
Beschäftigte	Einheit	2003	2004	2005		2006			
		30.6.	30.6.	30.9.	31.12.	31.3.	30.6.	30.9.	31.12.
* Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte am Arbeitsort ^{9) 10)}	1 000	1 175	1 164	1 149	1 167	1 149	1 141	1 158	1 181
* Frauen	1 000	527	522	519	525	522	518	521	530
* Ausländer/-innen	1 000	72	70	68	70	65	67	70	71
* Teilzeitbeschäftigte	1 000	205	207	210	210	211	212	217	218
* darunter Frauen	1 000	179	181	183	183	184	184	187	188
davon nach Wirtschaftsbereichen									
* Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	1 000	13	13	13	14	12	12	14	15
* produzierendes Gewerbe ohne Baugewerbe	1 000	340	333	325	328	324	320	322	327
* Baugewerbe	1 000	80	77	74	76	72	69	74	77
* Handel, Gastgewerbe und Verkehr	1 000	265	262	258	263	259	256	260	267
* Finanzierung, Vermietung und Unternehmensdienstleistungen	1 000	141	142	143	147	145	145	150	154
* öffentl. und private Dienstleister	1 000	335	336	335	338	338	337	337	341

1) Statt Monatsdurchschnitt: Bevölkerung am 31. Dezember. – 2) Quelle: Bevölkerungsfortschreibung. Einbürgerungen können erst zum Jahresende berücksichtigt werden. – 3) 2007 vorläufige Ergebnisse. – 4) Nach dem Ereignisort. – 5) Nach der Wohngemeinde der Mutter. – 6) Nach der Wohngemeinde des Verstorbenen. – 7) Unter Berücksichtigung der Geburtenentwicklung in den vorhergehenden 12 Monaten. – 8) Ohne innerhalb der Gemeinde Umgezogene. – 9) Quelle: Beschäftigtenstatistik der Bundesagentur für Arbeit. – 10) Insgesamt einschließlich Personen "ohne Angabe" zur Wirtschaftsgliederung.

Arbeitsmarkt ¹⁾	Einheit	2005	2006				2007			
		Durchschnitt	Juli	Aug.	Sept.	Juni	Juli	Aug.	Sept.	
* Arbeitslose	Anzahl	178 514	162 951	160 504	159 510	151 763	129 652	133 346	131 917	123 849
* Frauen	Anzahl	82 718	78 698	79 708	80 468	76 551	65 917	68 768	68 772	64 236
* Männer	Anzahl	95 796	84 253	80 796	79 042	75 212	63 735	64 578	63 145	59 613
darunter										
Bauberufe	Anzahl	8 896	6 562	4 829	4 670	4 412	4 419	4 300	4 220	3 986
industrielle u. handwerk. Berufe	Anzahl	50 308	41 059	36 876	36 312	34 948	32 218	32 441	32 397	30 697
* Arbeitslosenquote ²⁾	%	9,9	9,0	8,8	8,8	8,3	7,1	7,3	7,2	6,8
* Frauen	%	9,7	9,1	9,2	9,3	8,8	7,6	7,9	7,9	7,4
* Männer	%	10,0	8,8	8,5	8,3	7,9	6,6	6,7	6,6	6,2
* Ausländer/-innen	%	21,6	20,0	19,4	19,2	18,7	16,2	16,3	15,9	15,5
* Jüngere unter 25 Jahren	%	10,8	8,9	9,6	9,9	8,7	6,0	7,8	8,0	6,8
* Kurzarbeiter/-innen	Anzahl	5 613	2 589	1 864	1 837	1 846	1 731
* Gemeldete Stellen	Anzahl	23 752	23 047	24 413	25 765	25 621	23 572	25 950	23 968	23 850
darunter										
Bauberufe	Anzahl	995	1 316	1 498	1 560	1 521	1 211	1 280	1 365	1 529
industrielle u. handwerk. Berufe	Anzahl	5 372	6 912	7 986	8 240	8 406	8 219	10 459	8 317	7 899

BAUTÄTIGKEIT

(Baugenehmigungen)

Baugenehmigungen für Wohngebäude	Einheit	2005	2006				2007			
		Durchschnitt	Mai	Juni	Juli	April	Mai	Juni	Juli	
* Wohngebäude (Neubau)										
insgesamt	Anzahl	727	738	580	611	621	448	537	535	616
davon mit ...										
* 1 oder 2 Wohnungen	Anzahl	700	707	554	573	590	428	518	516	592
* 3 und mehr Wohnungen ³⁾	Anzahl	27	31	26	38	31	20	19	19	24
davon										
öffentl. Bauherren u. Organisa-										
tionen ohne Erwerbszweck	Anzahl	1	1	1	1	2	-	...
Unternehmen	Anzahl	116	87	67	63	68	48	59	76	134
private Haushalte	Anzahl	610	650	512	548	553	399	476	459	482
Wohnungen in Wohngebäuden	Anzahl	971	1 011	851	913	826	637	684	671	854
* Umbauter Raum	1 000 m³	672	717	605	636	604	457	524	503	597
* Wohnfläche	1 000 m²	125	132	111	116	111	84	95	93	109
Wohnräume	Anzahl	5 494	5 701	4 624	5 159	4 843	3 582	4 114	3 841	4 656
* Veranschlagte Kosten der Bauwerke	Mill. EUR	154	167	143	150	142	111	128	123	146

Baugenehmigungen für Nichtwohngebäude

* Nichtwohngebäude (Neubau)										
insgesamt	Anzahl	118	126	161	133	133	118	125	148	178
davon										
öffentl. Bauherren und Organisa-										
tionen ohne Erwerbszweck	Anzahl	16	11	8	8	13	7	9	11	20
Unternehmen	Anzahl	97	107	145	117	107	103	114	132	154
private Haushalte	Anzahl	5	7	8	8	13	8	2	5	4
Wohnungen in Nichtwohngebäuden	Anzahl	14	38	110	14	17	9	15	12	23
* Umbauter Raum	1 000 m³	597	767	987	729	574	1 333	940	786	964
* Nutzfläche	1 000 m²	90	109	150	104	94	137	119	118	133
* Veranschlagte Kosten der Bauwerke	Mill. EUR	64	68	99	66	55	82	69	67	82

Genehmigte Wohnungen

(Wohn- u. Nichtwohngebäude)

* Wohnungen (Neubau u. Baumaß-										
nahmen an bestehenden Gebäuden)	Anzahl	1 099	1 183	1 101	1 057	993	695	764	775	979
* Wohnräume (einschließl. Küchen)	Anzahl	6 276	6 603	5 637	6 039	6 035	4 248	4 759	4 497	5 399

1) Quelle: Bundesagentur für Arbeit; ohne Teilnehmer an Eignungsfeststellungs- und Trainingsmaßnahmen; ab Januar 2005 unter Einschluss der Grundsicherung für Arbeitssuchende

ab September 2005 Untererfassung in den Optionskommunen beseitigt. Verfahrensbedingte Abweichungen zu den offiziellen Zahlen sind nicht auszuschließen; die aktuellen Werte

sind im Internet bei der Bundesagentur für Arbeit als detaillierte Übersichten zu finden. – 2) Arbeitslose in Prozent der abhängigen zivilen Erwerbspersonen. – 3) Einschließlich Wohn-

heimen.

1) Quelle: Bundesagentur für Arbeit; ohne Teilnehmer an Eignungsfeststellungs- und Trainingsmaßnahmen; ab Januar 2005 unter Einschluss der Grundsicherung für Arbeitssuchende; ab September 2005 Untererfassung in den Optionskommunen beseitigt. Verfahrensbedingte Abweichungen zu den offiziellen Zahlen sind nicht auszuschließen; die aktuellen Werte sind im Internet bei der Bundesagentur für Arbeit als detaillierte Übersichten zu finden. – 2) Arbeitslose in Prozent der abhängigen zivilen Erwerbspersonen. – 3) Einschließlich Wohnheime.

LANDWIRTSCHAFT	Einheit	2005	2006				2007			
		Durchschnitt	Mai	Juni	Juli	April	Mai	Juni	Juli	
* Schlachtmengen (ohne Geflügel) ¹⁾	t	10 678	10 757	11 091	9 869	9 511	10 257	10 534	10 155	9 670
darunter										
* Rinder (ohne Kälber)	t	2 696	2 630	2 566	2 104	1 757	2 283	2 326	2 193	1 914
* Kälber	t	16	17	15	11	8	19	15	10	7
* Schweine	t	7 865	8 012	8 422	7 679	7 666	7 875	8 108	7 880	7 683
* Eiererzeugung ²⁾	1 000	10 264	9 968	10 798	10 444	10 097	10 378	10 068	9 128	8 948
Milcherzeugung (Anlieferung rheinland-pfälzischer Erzeuger an Molkereien)	t	63 728	61 736	66 974	63 817	64 032	65 118	68 174	64 219	64 956
PRODUZIERENDES GEWERBE										
Verarbeitendes Gewerbe sowie Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden ³⁾										
* Betriebe	Anzahl	1 030	1 000	1 000	999	1 000	1 026	1 026	1 024	1 029
* Beschäftigte ⁴⁾	Anzahl	244 447	240 629	238 816	239 324	240 636	244 044	244 333	244 974	247 297
* Geleistete Arbeitsstunden	1 000 h	31 155	30 896	31 695	30 772	30 291	30 580	31 483	31 035	31 116
* Entgelte ⁵⁾	Mill. EUR	809	814	1 009	839	761	831	1 067	821	793
* Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. EUR	5 433	5 774	6 140	5 903	5 670	6 119	6 491	6 521	6 350
davon										
Vorleistungsgüterproduzenten und Energie ⁶⁾	Mill. EUR	2 863	3 063	3 252	3 157	2 995	3 327	3 499	3 431	3 342
Investitionsgüterproduzenten	Mill. EUR	1 538	1 614	1 766	1 671	1 606	1 710	1 851	1 977	1 901
Gebrauchsgüterproduzenten	Mill. EUR	99	111	111	105	101	96	91	98	115
Verbrauchsgüterproduzenten	Mill. EUR	933	986	1 010	970	968	986	1 050	1 016	992
darunter										
Herst. v. chem. Erzeugnissen	Mill. EUR	1 804	1 912	2 059	1 944	1 848	2 022	2 148	2 048	1 933
Fahrzeugbau	Mill. EUR	914	937	1 069	953	919	940	1 046	1 102	1 059
darunter										
* Auslandsumsatz	Mill. EUR	2 646	2 851	3 116	3 006	2 843	3 106	3 357	3 328	3 233
Exportquote ⁷⁾	%	48,7	49,4	52,8	50,9	50,1	50,8	51,7	51,0	50,9
Index des Auftragseingangs im verarbeitenden Gewerbe (Volumenindex)	2000=100	112,9	123,9	131,7	126,5	117,5	132,7	133,7	138,1	138,6
davon										
Vorleistungsgüterproduzenten	2000=100	110,8	118,2	126,2	125,9	114,8	123,9	128,4	130,3	124,3
Investitionsgüterproduzenten	2000=100	115,7	130,2	140,1	129,9	112,6	147,5	145,1	150,4	162,9
Gebrauchsgüterproduzenten	2000=100	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Verbrauchsgüterproduzenten	2000=100	-	-	-	-	-	-	-	-	-
darunter										
Herst. v. chem. Erzeugnissen	2000=100	124,1	133,2	140,7	142,1	136,3	142,6	143,3	154,1	141,4
Fahrzeugbau	2000=100	119,6	133,8	153,1	139,1	112,4	153,7	152,8	160,6	173,3
Energie- und Wasser- versorgung										
* Betriebe ⁸⁾	Anzahl	87	86	86	86	86	103	103	103	103
* Beschäftigte ^{8) 4)}	Anzahl	10 204	10 058	10 032	10 003	9 990	9 817	9 824	9 835	9 786
* Geleistete Arbeitsstunden ⁸⁾	1 000 h	1 296	1 264	1 316	1 222	1 236	1 193	1 243	1 213	1 197
* Bruttolohn- und gehaltssumme ⁸⁾	Mill. EUR	33	34	33	32	37	38	33	33	32
Stromerzeugung in öffentlichen Energieversorgungsunter- nehmen ⁹⁾										
* Bruttostromerzeugung	Mill. kWh	595	757	721	514	693	658	615	818	800
Nettostromerzeugung	Mill. kWh	580	741	708	500	677	646	602	800	782

1) Aus gewerblichen Schlachtungen von Tieren in- und ausländischer Herkunft (Rinder, Schweine, Schafe, Pferde, Ziegen); einschließlich Schlachtfetten, jedoch ohne Innereien. – 2) Erzeugte Eier in Betrieben bzw. Unternehmen mit mindestens 3 000 Hennenhaltungsplätzen; einschließlich Junghennen-, Bruch- und Knickeiern. – 3) Ab Januar 2007 werden nur die Betriebe mit im Allgemeinen 50 und mehr Beschäftigten einbezogen. Die Ergebnisse für 2006 wurden rückwirkend auf den neuen Berichtskreis angepasst, um die methodische Vergleichbarkeit zu gewährleisten. – 4) Einschließlich der tätigen Inhaber. – 5) Entgelte = Bruttolohn- und -gehaltssumme. – 6) Ohne Energie- und Wasserversorgung. – 7) Anteil des Auslandsumsatzes am Gesamtumsatz. – 8) Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten. – 9) Kraftwerke mit mehr als 1 MW Kraftwerksleistung.

1) Aus gewerblichen Schlachtungen von Tieren in- und ausländischer Herkunft (Rinder, Schweine, Schafe, Pferde, Ziegen); einschließlich Schlachtfetten, jedoch ohne Innereien. – 2) Erzeugte Eier in Betrieben bzw. Unternehmen mit mindestens 3 000 Hennenhaltungsplätzen; einschließlich Junghennen-, Bruch- und Knickeiern. – 3) Ab Januar 2007 werden nur die Betriebe mit im Allgemeinen 50 und mehr Beschäftigten einbezogen. Die Ergebnisse für 2006 wurden rückwirkend auf den neuen Berichtskreis angepasst, um die methodische Vergleichbarkeit zu gewährleisten. – 4) Einschließlich der tätigen Inhaber. – 5) Entgelte = Bruttolohn- und -gehaltssumme. – 6) Ohne Energie- und Wasserversorgung. – 7) Anteil des Auslandsumsatzes am Gesamtumsatz. – 8) Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten. – 9) Kraftwerke mit mehr als 1 MW Kraftwerksleistung.

Baugewerbe		Einheit	2005	2006			2007			
			Durchschnitt		Mai	Juni	Juli	April	Mai	Juni
Bauhauptgewerbe (Vorbereitende Baustellen- arbeiten, Hoch- und Tief- bau) ¹⁾										
* Beschäftigte ²⁾	Anzahl	36 159	36 480	36 645	36 751	36 919	36 093	36 509	36 893	36 730
* Geleistete Arbeitsstunden	1 000 h	3 435	3 639	4 243	4 172	4 193	3 536	3 779	3 787	3 726
davon										
* Wohnungsbau	1 000 h	1 394	1 547	1 810	1 767	1 921	1 385	1 477	1 466	1 390
* gewerblicher Bau ³⁾	1 000 h	824	856	927	961	886	810	886	890	933
* öffentlicher und Straßenbau	1 000 h	1 217	1 194	1 506	1 441	1 386	1 341	1 416	1 431	1 403
darunter Straßenbau	1 000 h	587	613	781	734	718	705	710	668	700
* Entgelte ⁴⁾	Mill. EUR	79	81	85	83	82	81	85	83	87
* Baugewerblicher Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. EUR	305	349	359	360	416	269	324	348	373
davon										
* Wohnungsbau	Mill. EUR	98	116	124	121	153	80	100	100	111
* gewerblicher Bau ³⁾	Mill. EUR	80	94	84	98	113	78	91	100	100
* öffentlicher und Straßenbau	Mill. EUR	128	139	151	141	150	110	133	149	162
darunter Straßenbau	Mill. EUR	56	67	78	74	78	51	64	69	75
Ausbaugewerbe/ Bauinstallation und sons- tiges Ausbaugewerbe ^{5) 6)}										
		Einheit	2005	2006	2005	2006			2007	
			Durchschnitt		4.Quartal	1.Quartal	2.Quartal	3.Quartal	4.Quartal	1.Quartal
Betriebe ⁷⁾	Anzahl	319	304	319	307	306	302	302	302	297
* Beschäftigte ^{2) 7)}	Anzahl	11 350	11 059	11 353	10 880	10 970	11 170	11 215	11 264	11 245
* Geleistete Arbeitsstunden	1 000 h	3 557	3 524	3 615	3 311	3 465	3 600	3 721	3 583	3 593
* Entgelte ⁴⁾	Mill. EUR	76	75	81	70	73	74	81	74	76
* Baugewerblicher Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. EUR	251	274	327	193	238	256	410	216	255
HANDEL ⁸⁾										
Großhandel ⁹⁾										
		Einheit	2005	2006			2007			
			Durchschnitt		Mai	Juni	Juli	April	Mai	Juni
* Beschäftigte	2003=100	95,8	.	115,8	116,5	117,3	117,3	117,7	115,0	115,7
darunter Teilzeitbeschäftigte	2003=100	105,4	.	129,7	133,0	135,2	134,6	133,8	124,0	126,8
* Umsatz nominal ¹⁰⁾	2003=100	104,1	.	128,1	125,3	118,7	117,0	124,7	120,5	118,8
* Umsatz real ¹⁰⁾	2003=100	99,4	.	118,5	115,3	109,3	106,2	113,1	109,2	107,6
Einzelhandel ¹¹⁾										
* Beschäftigte	2003=100	103,8	.	109,2	109,3	109,9	110,5	110,5	111,0	111,3
darunter Teilzeitbeschäftigte	2003=100	105,8	.	111,5	111,5	112,8	113,2	113,0	114,2	115,1
* Umsatz nominal ¹⁰⁾	2003=100	103,9	.	112,1	109,3	109,5	112,6	110,1	109,5	108,5
* Umsatz real ¹⁰⁾	2003=100	103,1	.	109,9	107,3	107,9	109,6	107,0	106,6	105,9
Kfz-Handel u. Tankstellen ¹²⁾										
* Beschäftigte	2003=100	97,8	.	99,1	99,0	99,3	100,3	100,3	100,3	101,1
darunter Teilzeitbeschäftigte	2003=100	93,1	.	98,5	98,7	99,6	97,9	98,8	98,6	100,4
* Umsatz nominal ¹⁰⁾	2003=100	111,6	.	128,3	123,2	117,9	116,1	117,7	120,2	118,4
* Umsatz real ¹⁰⁾	2003=100	109,4	.	123,6	118,4	113,3	108,8	110,2	112,5	110,8
GASTGEWERBE ^p										
* Beschäftigte	2003=100	108,6	.	114,2	114,6	115,0	114,6	117,8	119,0	118,4
darunter Teilzeitbeschäftigte	2003=100	115,4	.	122,6	123,4	124,5	126,3	130,8	131,3	130,4
* Umsatz nominal ¹⁰⁾	2003=100	98,0	.	110,7	109,6	108,7	102,7	109,9	109,5	109,2
* Umsatz real ¹⁰⁾	2003=100	96,2	.	108,0	105,7	104,4	98,0	104,4	103,1	102,6

1) Nach der Totalerhebung hochgerechnete Ergebnisse; teilweise vorläufige Werte. – 2) Einschließlich der tätigen Inhaber. – 3) Einschließlich landwirtschaftlicher Bauten sowie Unternehmen der Bahn und Post. – 4) Entgelte = Bruttolohn- und -gehaltssumme. – 5) Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten. – 6) Einschließlich Vermietung von Baumaschinen und -geräten mit Bedienungspersonal. – 7) Am Ende des Berichtsvierteljahres. – 8) Eingeschränkte Vergleichbarkeit durch Änderung des Berichtskreises. – 9) Einschließlich Handelsvermittlung. – 10) Ohne Umsatzsteuer. – 11) Ohne Reparatur von Gebrauchsgütern. – 12) Sowie Instandhaltung und Reparatur von Kfz.

1) Nach der Totalerhebung hochgerechnete Ergebnisse; teilweise vorläufige Werte. – 2) Einschließlich der tätigen Inhaber. – 3) Einschließlich landwirtschaftlicher Bauten sowie Unternehmen der Bahn und Post. – 4) Entgelte = Bruttolohn- und -gehaltssumme. – 5) Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten. – 6) Einschließlich Vermietung von Baumaschinen und -geräten mit Bedienungspersonal. – 7) Am Ende des Berichtsjahres. – 8) Eingeschränkte Vergleichbarkeit durch Änderung des Berichtskreises. – 9) Einschließlich Handelsvermittlung. – 10) Ohne Umsatzsteuer. – 11) Ohne Reparatur von Gebrauchsgütern. – 12) Sowie Instandhaltung und Reparatur von Kfz.

TOURISMUS ¹⁾										
Einheit	2005	2006				2007				
	Durchschnitt	Mai	Juni	Juli	April	Mai	Juni	Juli		
* Gästeankünfte	1 000	595	600	743	782	777	600	748	778	798
* darunter von Auslandsgästen	1 000	137	141	167	189	240	141	169	173	246
* Gästeübernachtungen	1 000	1 660	1 660	1 960	2 117	2 375	1 646	1 999	2 044	2 397
* darunter von Auslandsgästen	1 000	394	405	456	517	803	355	470	468	804
VERKEHR										
Straßenverkehrsunfälle										
Einheit	2005	2006				2007				
	Durchschnitt	April	Mai	Juni	März	April	Mai	Juni		
* Unfälle mit Personenschaden und Sachschaden ²⁾	Anzahl	2 203	2 056	1 734	2 145	2 219	1 997	2 175	2 356	2 278
* darunter Unfälle mit Personenschaden	Anzahl	1 430	1 347	1 150	1 465	1 573	1 264	1 638	1 585	1 568
* Getötete Personen	Anzahl	24	22	20	22	29	16	17	16	25
darunter										
Pkw-Insassen	Anzahl	13	12	12	7	8	8	6	11	12
Benutzer motorisierter Zweiräder	Anzahl	5	5	4	11	15	3	8	3	8
Radfahrer	Anzahl	1	2	1	3	1	1	1	1	5
Fußgänger	Anzahl	3	2	2	1	3	3	2	1	-
* Verletzte Personen	Anzahl	1 874	1 745	1 521	1 916	1 971	1 624	2 107	2 050	1 971
dar. schwer verletzte Personen	Anzahl	362	329	264	383	419	287	425	421	383
darunter										
Pkw-Insassen	Anzahl	168	153	126	182	138	160	153	191	155
Benutzer motorisierter Zweiräder	Anzahl	83	79	69	105	160	51	161	117	115
Radfahrer	Anzahl	50	45	25	55	77	30	68	59	73
Fußgänger	Anzahl	41	37	31	30	28	34	30	36	32
Kraftfahrzeuge ³⁾										
Einheit	2005	2006				2007				
	Durchschnitt	Mai	Juni	Juli	April	Mai	Juni	Juli		
* Zulassungen fabrikneuer Kraftfahrzeuge	Anzahl	13 674	14 333	16 477	15 259	15 100	13 237	14 717	14 680	13 246
darunter										
Kraftfahrzeuge	Anzahl	801	797	1 414	1 121	1 004	1 401	1 292	1 025	1 059
* Personenkraftwagen ⁴⁾	Anzahl	11 752	12 247	13 806	13 058	12 705	10 498	11 994	12 233	10 833
* Lastkraftwagen	Anzahl	787	910	958	793	1 073	915	1 005	1 043	975
* Zugmaschinen	Anzahl	268	302	238	231	262	347	344	331	294
Personenbeförderung										
Einheit	2005	2006	2005	2006			2007			
	Durchschnitt		4.Quartal	1.Quartal	2.Quartal	3.Quartal	4.Quartal	1.Quartal	2.Quartal	
Beförderte Personen im Linienverkehr	1 000	62 432	62 993	63 816	69 273	63 761	54 906	64 030	66 305	63 828
Personenkilometer ⁵⁾	Mill.	574	588	660	612	581	499	658	589	584
Binnenschifffahrt										
Einheit	2005	2006				2007				
	Durchschnitt	April	Mai	Juni	März	April	Mai	Juni		
* Gütereingang	1 000 t	1 183	1 191	1 083	1 196	1 201	1 104	1 179	1 098	1 202
* Güterversand	1 000 t	852	901	835	1 033	929	1 051	975	1 067	1 049
AUSSENHANDEL ⁶⁾										
Ausfuhr (Spezialhandel)										
* Insgesamt	Mill. EUR	2 832	3 026	2 798	2 916	3 063	3 328	3 293	3 457	3 439
darunter										
* Güter der Ernährungswirtschaft	Mill. EUR	185	198	184	193	191	211	215	226	221
* Güter der gewerbl. Wirtschaft	Mill. EUR	2 601	2 681	2 475	2 575	2 716	2 952	2 920	3 066	3 051
* Rohstoffe	Mill. EUR	17	18	17	20	17	21	21	19	23
* Halbwaren	Mill. EUR	108	119	131	112	124	129	131	139	145
* Fertigwaren	Mill. EUR	2 476	2 544	2 327	2 443	2 575	2 803	2 767	2 909	2 883
* Vorerzeugnisse	Mill. EUR	719	817	753	761	831	881	899	897	882
* Enderzeugnisse	Mill. EUR	1 757	1 727	1 575	1 682	1 744	1 922	1 869	2 012	2 001

1) Betriebe ab 9 Betten; einschließlich Campingplätzen (Touristik-Camping). – 2) Schwerwiegender Unfall mit Sachschaden (im engeren Sinne) und sonstiger Sachschaden unter Alkoholeinwirkung. – 3) Quelle: Kraftfahrt-Bundesamt. – 4) Fahrzeuge zur Personenbeförderung mit höchstens 8 Sitzplätzen außer dem Fahrersitz, ab Oktober 2005 einschließlich Wohnmobile und Krankenwagen. – 5) Verkehrsleistung, berechnet aus Anzahl der Fahrgäste und Fahrtweiten. – 6) Wegen der unterschiedlichen Abgrenzung von Spezialhandel und Generalhandel ist eine Saldierung der Ein- und Ausfuhrergebnisse nicht vertretbar.

noch AUSSENHANDEL ¹⁾ Ausfuhr (Spezialhandel)	Einheit	2005	2006				2007			
		Durchschnitt	April	Mai	Juni	März	April	Mai	Juni	
davon nach										
* Europa	Mill. EUR	2 073	2 222	2 116	2 242	2 336	2 586	2 503	2 633	2 649
* darunter in EU-Länder ²⁾	Mill. EUR	1 842	1 941	1 853	1 976	2 062	2 271	2 185	2 274	2 304
Belgien	Mill. EUR	140	160	151	157	169	186	177	175	190
Luxemburg	Mill. EUR	41	47	53	49	42	43	50	51	46
Dänemark	Mill. EUR	38	42	39	42	37	45	45	55	49
Finnland	Mill. EUR	21	23	21	28	24	32	27	29	31
Frankreich	Mill. EUR	356	339	306	357	356	403	391	402	362
Griechenland	Mill. EUR	43	39	38	40	42	31	43	50	47
Großbritannien	Mill. EUR	224	240	233	229	241	244	245	246	253
Irland	Mill. EUR	13	16	19	18	15	16	17	13	14
Italien	Mill. EUR	200	232	213	241	293	289	276	293	295
Niederlande	Mill. EUR	155	159	142	156	156	212	176	191	209
Österreich	Mill. EUR	125	133	146	139	143	154	141	135	155
Schweden	Mill. EUR	59	51	50	48	50	68	59	66	70
Spanien	Mill. EUR	170	183	160	180	204	200	204	212	224
Portugal	Mill. EUR	18	20	21	20	21	20	23	25	25
* Afrika	Mill. EUR	64	72	77	68	81	76	67	74	72
* Amerika	Mill. EUR	333	377	308	304	325	324	372	350	340
darunter nach USA und Kanada	Mill. EUR	253	284	232	219	238	241	277	253	236
* Asien	Mill. EUR	333	326	276	280	297	322	329	371	346
darunter nach Japan	Mill. EUR	49	49	41	35	43	39	44	60	63
* Australien, Ozeanien und übrigen Gebieten	Mill. EUR	28	29	21	22	24	19	22	30	32
Einfuhr (Generalhandel)										
* Insgesamt	Mill. EUR	1 733	1 965	1 900	1 930	1 954	2 166	2 180	2 145	2 192
darunter										
* Güter der Ernährungswirtschaft	Mill. EUR	168	170	191	177	160	185	190	226	209
* Güter der gewerbl. Wirtschaft	Mill. EUR	1 513	1 626	1 539	1 589	1 621	1 796	1 804	1 722	1 794
davon										
* Rohstoffe	Mill. EUR	64	80	31	84	75	107	89	76	89
* Halbwaren	Mill. EUR	223	226	192	179	253	221	220	262	240
* Fertigwaren	Mill. EUR	1 226	1 320	1 316	1 326	1 293	1 468	1 495	1 384	1 465
davon										
* Vorerzeugnisse	Mill. EUR	321	347	333	342	340	418	434	431	420
* Enderzeugnisse	Mill. EUR	905	973	984	984	954	1 051	1 062	953	1 046
davon aus										
* Europa	Mill. EUR	1 347	1 508	1 458	1 445	1 533	1 664	1 676	1 674	1 673
* darunter aus EU-Ländern ²⁾	Mill. EUR	1 249	1 346	1 348	1 266	1 383	1 434	1 447	1 499	1 471
Belgien	Mill. EUR	186	243	233	226	266	235	264	260	262
Luxemburg	Mill. EUR	35	36	35	35	29	46	45	49	41
Dänemark	Mill. EUR	33	29	32	29	29	48	46	44	38
Finnland	Mill. EUR	8	10	11	10	9	12	10	11	15
Frankreich	Mill. EUR	231	234	252	210	227	265	259	253	257
Griechenland	Mill. EUR	4	5	4	6	5	5	4	9	8
Großbritannien	Mill. EUR	64	63	62	66	54	76	77	74	72
Irland	Mill. EUR	16	13	25	15	28	6	14	17	17
Italien	Mill. EUR	112	128	122	126	135	130	143	144	141
Niederlande	Mill. EUR	218	232	215	206	251	237	205	260	213
Österreich	Mill. EUR	53	63	63	60	65	66	61	67	67
Schweden	Mill. EUR	42	50	62	41	38	54	44	46	49
Spanien	Mill. EUR	66	72	93	77	77	87	102	79	103
Portugal	Mill. EUR	10	11	11	8	13	13	12	13	12
* Afrika	Mill. EUR	35	32	27	34	32	34	26	28	51
* Amerika	Mill. EUR	157	204	209	234	176	220	199	225	222
darunter aus USA und Kanada	Mill. EUR	116	150	152	180	133	154	136	137	151
* Asien	Mill. EUR	190	216	202	211	203	241	272	212	239
darunter aus Japan	Mill. EUR	28	27	27	31	27	25	28	29	23
* Australien, Ozeanien und übrigen Gebieten	Mill. EUR	4	5	4	5	10	8	6	6	7
GEWERBEANZEIGEN ³⁾										
	Einheit	2005	2006				2007			
		Durchschnitt	Mai	Juni	Juli	April	Mai	Juni	Juli	
* Gewerbeanmeldungen	Anzahl	3 630	3 707	3 899	3 865	3 449	3 364	3 409	3 483	3 564
* Gewerbeabmeldungen	Anzahl	2 883	2 958	2 763	2 727	2 785	2 421	2 670	2 707	2 889

1) Wegen der unterschiedlichen Abgrenzung von Spezialhandel und Generalhandel ist eine Saldierung der Ein- und Ausfuhrergebnisse nicht vertretbar. – 2) Einschließlich Bulgarien und Rumänien (EU-27); die Angaben aus 2006 werden rückwirkend entsprechend umgerechnet. – 3) Ohne Automatenaufsteller und Reisegewerbe.

1) Wegen der unterschiedlichen Abgrenzung von Spezialhandel und Generalhandel ist eine Saldierung der Ein- und Ausfuhrergebnisse nicht vertretbar. – 2) Einschließlich Bulgarien und Rumänien (EU-27); die Angaben aus 2006 werden rückwirkend entsprechend umgerechnet. – 3) Ohne Automatenaufsteller und Reisegewerbe.

INSOLVENZEN										
	Einheit	2005		2006			2007			
		Durchschnitt		Mai	Juni	Juli	April	Mai	Juni	Juli
* Insgesamt	Anzahl	548	611	625	541	605	594	612	623	692
davon										
* Unternehmen	Anzahl	138	132	130	132	136	130	115	129	115
* Verbraucher	Anzahl	264	336	349	289	325	349	363	343	422
* ehemals selbstständig Tätige	Anzahl	130	129	136	111	130	103	116	134	135
* sonstige natürliche Personen, ¹⁾										
Nachlässe	Anzahl	15	14	10	9	14	12	18	17	20
* Voraussichtliche Forderungen	Mill. EUR	116	131	132	89	170	104	97	124	92
HANDWERK ²⁾										
	Einheit	2005	2006	2006			2007			
		Durchschnitt		4.Quartal	1.Quartal	2.Quartal	3.Quartal	4.Quartal	1.Quartal	2.Quartal
* Beschäftigte ³⁾	2003=100 ⁴⁾	91,2	91,7	91,1	89,8	90,7	93,6	92,7	92,6	93,8
* Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	2003=100 ⁵⁾	94,7	101,8	105,2	83,0	99,2	102,6	122,4	84,6	102,3
PREISE										
	Einheit	2005		2006			2007			
		Durchschnitt		Juli	Aug.	Sept.	Juni	Juli	Aug.	Sept.
* Verbraucherpreisindex	2000=100	108,2	110,0	110,6	110,5	110,0	112,0	112,5	112,4	112,5
VERDIENSTE ⁶⁾										
	Einheit	2005		2006			2007			
		Durchschnitt		Jan.	April	Juli	Okt.	Jan.	April	Juli
* Bruttonomatsverdienste der Arbeiter im produzierenden Gewerbe										
* Männer	EUR	2 597	2 666	2 555	2 662	2 683	2 703	.	.	.
* Frauen	EUR	2 667	2 738	2 622	2 734	2 756	2 776	.	.	.
* Bruttostundenverdienste der Arbeiter im produzierenden Gewerbe										
Gewerbe	EUR	1 962	2 004	1 960	1 999	2 011	2 021	.	.	.
* Männer	EUR	15,70	15,95	15,78	15,88	15,97	16,04	.	.	.
darunter	EUR	16,10	16,34	16,20	16,28	16,35	16,42	.	.	.
Facharbeiter	EUR	17,22	17,43	17,27	17,35	17,46	17,51	.	.	.
angelernte Arbeiter	EUR	15,51	15,72	15,58	15,65	15,73	15,81	.	.	.
Hilfsarbeiter	EUR	12,77	13,05	12,85	13,08	13,05	13,13	.	.	.
* Frauen	EUR	12,06	12,25	12,05	12,20	12,30	12,33	.	.	.
darunter Hilfsarbeiterinnen	EUR	11,24	11,45	11,20	11,43	11,50	11,53	.	.	.
Bezahlte Wochenarbeitszeit	h	38,1	38,5	37,3	38,6	38,7	38,8	.	.	.
Arbeiter	h	38,1	38,6	37,3	38,7	38,8	38,9	.	.	.
Arbeiterinnen	h	37,4	37,6	37,4	37,7	37,6	37,7	.	.	.
* Bruttonomatsverdienste der Angestellten im produzierenden Gewerbe	EUR	3 833	3 903	3 852	3 891	3 918	3 921	.	.	.
* Männer	EUR	4 109	4 181	4 123	4 168	4 199	4 200	.	.	.
* Frauen	EUR	3 024	3 099	3 057	3 081	3 109	3 119	.	.	.
* kaufmännische Angestellte	EUR	3 552	3 616	3 569	3 606	3 626	3 634	.	.	.
Männer	EUR	4 051	4 111	4 052	4 102	4 124	4 131	.	.	.
Frauen	EUR	2 947	3 019	2 980	3 005	3 027	3 039	.	.	.
* technische Angestellte	EUR	4 058	4 133	4 076	4 117	4 152	4 151	.	.	.
Männer	EUR	4 137	4 215	4 158	4 200	4 234	4 234	.	.	.
Frauen	EUR	3 314	3 388	3 335	3 361	3 408	3 410	.	.	.
* Bruttonomatsverdienste der Angestellten in Handel; Instandhaltung und Reparaturen von Kfz und Gebrauchsgütern; Kredit- und Versicherungsgewerbe	EUR	2 930	2 987	2 964	2 978	2 980	3 007	.	.	.
* Männer	EUR	3 219	3 283	3 261	3 278	3 278	3 300	.	.	.
* Frauen	EUR	2 527	2 571	2 552	2 563	2 561	2 593	.	.	.
* kaufmännische Angestellte	EUR	2 952	3 008	2 986	2 999	3 001	3 030	.	.	.
Männer	EUR	3 300	3 361	3 340	3 356	3 356	3 379	.	.	.
Frauen	EUR	2 533	2 577	2 559	2 568	2 566	2 599	.	.	.
* Bruttonomatsverdienste aller Angestellten im produzierenden Gewerbe; in Handel; Instandhaltung und Reparaturen von Kfz und Gebrauchsgütern; Kredit- und Versicherungsgewerbe	EUR	3 387	3 454	3 415	3 444	3 459	3 472	.	.	.

1) Beispielsweise Gesellschafter oder Mithafter. – 2) Ohne handwerkliche Nebenbetriebe. – 3) Am Ende eines Berichtsvierteljahres. – 4) 30. September. – 5) Vierteljahresdurchschnitt. – 6) Zum Bruttoverdienst gehören alle vom Arbeitgeber laufend gezahlten Beträge, nicht die einmaligen Zahlungen wie 13. Monatsgehalt, Gratifikationen, Jahresabschlussprämien u.Ä. sowie Spesenersatz, Trennungsentschädigungen, Auslösungen usw.

GELD UND KREDIT ¹⁾

			Durchschnitt	31.12.	31.3.	30.6.	30.9.	31.12.	31.3.	30.6.
Kredite an Nichtbanken	Mill. EUR	113 247	116 220	116 611	117 476	117 418	118 096	118 057	117 898	118 796
kurzfristige Kredite (bis 1 Jahr)	Mill. EUR	12 465	12 276	12 031	12 876	12 338	12 859	12 396	12 510	12 528
mittelfristige Kredite (über 1 bis 5 Jahre)	Mill. EUR	9 938	9 331	9 188	9 412	9 533	9 390	9 468	9 608	10 105
langfristige Kredite (über 5 Jahre)	Mill. EUR	90 844	94 614	95 392	95 188	95 547	95 847	96 193	95 780	96 163
Kredite an inländische Nichtbanken	Mill. EUR	107 347	110 708	110 993	111 487	110 960	111 770	111 637	111 323	111 587
davon an										
Unternehmen und Privatpersonen	Mill. EUR	93 937	96 206	96 569	97 079	97 326	97 921	97 784	97 677	98 388
öffentliche Haushalte	Mill. EUR	13 408	14 503	14 424	14 408	13 634	13 849	13 853	13 646	13 199
Kredite an ausländische Nichtbanken	Mill. EUR	5 899	5 512	5 618	5 989	6 458	6 326	6 420	6 575	7 209
Einlagen u. aufgenommene Kredite von Nichtbanken	Mill. EUR	87 584	93 933	95 512	95 741	96 718	97 633	99 307	97 596	99 893
Sichteinlagen	Mill. EUR	24 185	26 954	28 055	28 003	28 756	27 841	28 752	27 753	29 609
Termineinlagen	Mill. EUR	27 994	30 217	30 766	31 267	31 654	33 850	34 559	34 255	35 041
Sparbriefe	Mill. EUR	5 159	5 317	5 293	5 403	5 580	5 775	6 051	6 577	7 086
Spareinlagen	Mill. EUR	30 246	31 446	31 398	31 068	30 728	30 167	29 945	29 011	28 157
Einlagen von inländischen Nichtbanken	Mill. EUR	84 868	90 659	92 115	92 497	93 232	94 040	96 139	94 595	96 440
davon von										
Unternehmen und Privat- personen	Mill. EUR	82 935	88 986	90 405	90 905	91 409	91 390	93 016	91 950	93 879
öffentlichen Haushalten	Mill. EUR	1 933	1 674	1 710	1 592	1 823	2 650	3 123	2 645	2 561
Einlagen von ausländischen Nichtbanken	Mill. EUR	2 716	3 274	3 397	3 244	3 486	3 593	3 168	3 001	3 453

STEUERN

		Durchschnitt	Juni	Juli	Aug.	Mai	Juni	Juli	Aug.	
Aufkommen nach Steuerarten										
Gemeinschaftsteuern	Mill. EUR	2 208	2 379	2 695	2 072	2 394	2 825	3 099	2 467	3 006
Steuern vom Einkommen	Mill. EUR	753	824	1 152	519	882	978	1 203	536	930
Lohnsteuer	Mill. EUR	582	591	535	484	795	875	573	521	844
Einnahmen aus der Lohnsteuerzerlegung	Mill. EUR	110	112	-	-	340	349	-	-	358
veranlagte Einkommensteuer	Mill. EUR	49	87	367	- 31	- 11	- 13	390	- 61	- 10
Kapitalertragsteuer	Mill. EUR	36	39	30	34	13	26	28	42	20
Zinsabschlag	Mill. EUR	26	27	12	13	37	90	11	22	67
Einnahmen aus der Zinsabschlagzerlegung	Mill. EUR	9	10	-	1	24	72	-	3	44
Körperschaftsteuer	Mill. EUR	60	80	207	19	47	- 1	200	12	9
Einnahmen aus der Körperschaftsteuerzerlegung	Mill. EUR	10	5	-	-	36	3	-	-	- 3
Steuern vom Umsatz	Mill. EUR	1 455	1 554	1 543	1 553	1 512	1 847	1 896	1 931	2 077
Umsatzsteuer	Mill. EUR	374	372	320	407	368	465	441	453	486
Einfuhrumsatzsteuer	Mill. EUR	1 081	1 183	1 223	1 146	1 144	1 382	1 455	1 478	1 591
Zölle	Mill. EUR	130	150	151	147	152	145	158	160	182
Bundessteuern	Mill. EUR	86	78	97	67	63	64	98	62	58
darunter										
Verbrauchssteuern (ohne Biersteuer)	Mill. EUR	43	32	30	33	31	26	26	26	21
Solidaritätszuschlag	Mill. EUR	34	38	60	26	23	28	62	26	26

1) Die Angaben umfassen die in Rheinland-Pfalz gelegenen Niederlassungen der zur monatlichen Bilanzstatistik berichtenden Kreditinstitute (ohne Landeszentralbank).

noch STEUERN		2005		2006			2007			
		Durchschnitt		Juni	Juli	Aug.	Mai	Juni	Juli	Aug.
Landessteuern	Mill. EUR	92	87	59	106	88	87	87	87	95
Vermögensteuer	Mill. EUR	0	0	0	0	0	- 0	0	0	0
Erbschaftsteuer	Mill. EUR	20	14	11	28	13	11	11	10	14
Grunderwerbsteuer	Mill. EUR	16	19	18	18	17	18	17	17	25
Kraftfahrzeugsteuer	Mill. EUR	38	39	39	40	36	42	38	44	38
Rennwett- und Lotteriesteuer	Mill. EUR	13	10	- 16	15	18	12	13	11	15
Feuerschutzsteuer	Mill. EUR	2	1	4	0	0	0	4	0	0
Biersteuer	Mill. EUR	3	3	4	4	4	3	4	3	3
		2005		2006			2007			
		Durchschnitt		4.Quartal	1.Quartal	2.Quartal	3.Quartal	4.Quartal	1.Quartal	2.Quartal
Gemeindesteuern	Mill. EUR	434	509	477	532	515	527	463	501	579
Grundsteuer A	Mill. EUR	5	4	4	4	4	6	4	4	5
Grundsteuer B	Mill. EUR	102	103	93	95	109	115	94	94	112
Gewerbesteuer (brutto)	Mill. EUR	319	392	373	423	388	398	359	395	450
sonstige Gemeindesteuern ¹⁾	Mill. EUR	9	10	8	11	14	9	6	8	12
Steuerverteilung										
Steuereinnahmen der Gemeinden u. Gemeindeverb.	Mill. EUR	626	716	769	653	680	744	785	635	768
Gewerbesteuer (netto) ²⁾	Mill. EUR	250	311	273	376	308	320	242	351	379
Anteil an der Lohnsteuer und veranlagten Einkommensteuer	Mill. EUR	232	257	354	150	216	267	393	160	229
Anteil an der Umsatzsteuer	Mill. EUR	28	30	38	16	29	28	46	18	32
		2005		2006			2007			
		Durchschnitt		Juni	Juli	Aug.	Mai	Juni	Juli	Aug.
Steuereinnahmen des Landes	Mill. EUR	597	655	773	581	637	741	983	600	736
Landessteuern	Mill. EUR	92	87	59	106	88	87	87	87	95
Anteil an den Steuern vom Einkommen	Mill. EUR	272	304	440	166	322	352	458	174	340
Lohnsteuer	Mill. EUR	196	199	175	154	285	307	193	171	305
veranlagte Einkommensteuer	Mill. EUR	21	37	156	- 13	- 5	- 5	166	- 26	- 4
Kapitalertragsteuer	Mill. EUR	13	16	0	10	2	11	- 6	14	5
Zinsabschlag	Mill. EUR	11	12	5	6	16	39	5	9	29
Körperschaftsteuer	Mill. EUR	30	40	104	9	24	- 1	100	6	4
Anteil an den Steuern vom Umsatz	Mill. EUR	216	242	273	251	224	291	438	277	294
Umsatzsteuer	Mill. EUR	158	176	215	179	162	208	370	203	217
Einfuhrumsatzsteuer	Mill. EUR	57	66	58	72	63	83	68	74	77
Anteil an der Gewerbe- steuerumlage	Mill. EUR	6	6	-	16	1	3	-	18	2
Gewerbesteuerumlage- Anhebung (FDE)	Mill. EUR	2	3	-	7	0	1	-	7	1
Gewerbesteuerumlage- Anhebung (LFA)	Mill. EUR	8	11	-	29	1	6	-	32	3
Gewerbesteuerumlage- Unternehmenssteuerreform	Mill. EUR	2	2	-	6	0	1	-	7	1
Steuereinnahmen des Bundes	Mill. EUR	1 189	1 252	1 407	1 110	1 225	1 459	1 628	1 331	1 554
Bundessteuern	Mill. EUR	86	78	97	67	63	64	98	62	58
Anteil an den Steuern vom Einkommen	Mill. EUR	336	359	507	224	379	418	528	231	398
Anteil an den Steuern vom Umsatz	Mill. EUR	761	809	802	803	783	973	1 002	1 020	1 097
Anteil an der Gewerbesteuer- umlage	Mill. EUR	6	6	-	16	1	3	-	18	2

1) Einschließlich Restabwicklung der Grunderwerbsteuer. – 2) Nach Abzug der Gewerbesteuerumlage.

September

STATISTISCHE BERICHTE

Bevölkerung, Gesundheitswesen, Gebiet, Erwerbstätigkeit

Bevölkerung der Gemeinden
am 31. Dezember 2006
Bestellnr.: A1033 200622

Abgekürzte Sterbetafel 2004/2006
Bestellnr.: A2033 200601

Land- und Forstwirtschaft, Fischerei

Anbau von Gemüse und Erdbeeren
zum Verkauf 2007
Bestellnr.: C1053 200700

Wachstumstand und Ernte von
Feldfrüchten und Grünland
Anfang September 2007
Bestellnr.: C2013 200702

Wachstumstand der Reben
im August 2007
Bestellnr.: C2063 200702

Milcherzeugung und -verwendung,
Schlachtungen, Legehennen-
haltung und Eiererzeugung
April bis Juni 2007
Bestellnr.: C3053 200742

Produzierendes Gewerbe, Handwerk

Verarbeitendes Gewerbe sowie
Bergbau und Gewinnung von

Steinen und Erden im Juli 2007
Bestellnr.: E1023 200707
Index des Auftragseingangs für das
verarbeitende Gewerbe
im Juli 2007
Bestellnr.: E1033 200707

Bauhauptgewerbe im Juli 2007
– Vorbereitende Baustellenarbeiten,
Hoch- und Tiefbau
Bestellnr.: E2023 200707

Elektrizitäts- und Wärmeerzeugung
der Kraftwerke der allgemeinen
Versorgung im Juni 2007
Bestellnr.: E4023 200706

Umsatz und Beschäftigte
im Handwerk
im 2. Vierteljahr 2007
Bestellnr.: E5023 200742

Wohnungswesen, Bautätigkeit

Bewilligungen im sozialen
Wohnungsbau
im Jahr 2006
Bestellnr.: F2083 200600

Handel, Tourismus, Gastgewerbe

Aus- und Einfuhr im Juli 2007
Bestellnr.: G3023 200707

Verkehr

Straßenverkehrsunfälle im Juli 2007
Bestellnr.: H1023 200707

Binnenschifffahrt im Juni 2007
Bestellnr.: H2023 200706

Unternehmen der
Binnenschifffahrt 2005
Bestellnr.: H2033 200500

Öffentliche Finanzen, Personal, Steuern

Gemeindefinanzen in Rheinland-
Pfalz – Kassenergebnisse für das
2. Vierteljahr 2007
Bestellnr.: L2023 200742

Preise und Preisindizes

Verbraucherpreisindex
in Rheinland-Pfalz und Deutschland
im August 2007
Bestellnr.: M1013 200708

Löhne und Gehälter, Arbeitszeiten und -kosten

Verdienste und Arbeitszeiten im
produzierenden Gewerbe, Handel,
Kredit- und Versicherungsgewerbe
im Oktober 2006
Bestellnr.: N1013 200644

SONSTIGE VERÖFFENTLICHUNGEN

Statistische Monatshefte
Rheinland-Pfalz –
Ausgabe September 2007
Bestellnr.: Z2201 200709

Gemeinschaftsveröffentlichungen der statistischen Ämter des Bundes und der Länder

Internationale Bildungsindikatoren
im Ländervergleich – Ausgabe
2007 (kostenfreier Download, Druck-
version gegen Schutzgebühr)
Bestellnr.: B1015 200700

Kindertagesbetreuung regional
2006 – Ein Vergleich aller 439
Kreise in Deutschland
(kostenfreier Download)
Bestellnr.: K5015 200600

DVD: Statistik lokal – Daten für die
Kreise, kreisfreien Städte und Ge-
meinden Deutschlands
(Ausgabe 2007)
Bestellnr.: Z1065D 200700

Die Veröffentlichungen können
beim Statistischen Landesamt,
Vertrieb der Veröffentlichungen,
56128 Bad Ems, bestellt werden.
Telefon: 02603 71-2450,
Telefax: 02603 71-194322,
E-Mail: vertrieb@statistik.rlp.de.

Unter der Internetadresse www.statistik.rlp.de stehen die aktu-
ellen Statistischen Berichte zum
kostenfreien Download zur Ver-
fügung. Zudem sind die Neu-
erscheinungen der letzten acht
Wochen und das wöchentlich
aktualisierte Verzeichnis aller Ver-
öffentlichungen abrufbar.

Statistik lokal

Gemeinschaftsveröffentlichung der statistischen Ämter des Bundes und der Länder mit vielfältigen Gemeinde-
und Kreisdaten neu aufgelegt

Deutschlandweite Vergleiche von Gemeinden ermöglicht die Statistik-Datenbank
auf DVD, deren aktualisierte Ausgabe kürzlich erschienen ist. Die DVD „Statistik
lokal“ bietet für alle 12 400 Kommunen in der Bundesrepublik Deutschland einen
Datenquerschnitt aus wichtigen Bereichen der amtlichen Statistik. Die DVD-Daten-
bank ist unter allen Windows-Betriebssystemen nutzbar. Daten können individuell
zusammengestellt und für Auswertungen in gängige Standardsoftware exportiert
werden.

Die DVD kostet 74,00 Euro. Sie kann bei allen statistischen Ämtern des Bundes
und der Länder bestellt werden.



Impressum

Statistische Monatshefte Rheinland-Pfalz

Bestellnummer: Z 2201

ISSN: 0174-2914

Herausgeber:

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

56128 Bad Ems

Telefon: 02603 71-0, Telefax: 02603 71-3150

E-Mail: poststelle@statistik.rlp.de

Internet: www.statistik.rlp.de

Redaktion: Romy Feldmann

Layout und Vertrieb:

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

Fotos: Iris Stadler und Manfred Riege

Druck: Hessisches Statistisches Landesamt

Erscheinungsfolge: monatlich

Einzelpreis der Printausgabe: 5,50 EUR

Jahresbezugspreise:

Printausgabe: 60,00 EUR

PDF-Datei: 30,00 EUR (E-Mail-Versand)

Alle Preise verstehen sich einschließlich Versandkosten.

© Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz
Bad Ems · 2007

Für nichtgewerbliche Zwecke sind Vervielfältigung und unentgeltliche Verbreitung, auch auszugsweise, mit Quellenangabe gestattet. Die Verbreitung, auch auszugsweise, über elektronische Systeme/Datenträger bedarf der vorherigen Zustimmung. Alle übrigen Rechte bleiben vorbehalten.